Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Volk ohne Führung — Staat ohne Bürger

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Willy Max Rademacher
zum Problem der innerdeutschen Kontakte — Ein Interview

Dr. Hermann Rauschning
1914 — 1939 — 1964

Heinz Abosch
BILD-Zeitung — Ein politisches Symptom

2,50 DM **IX. Jahrgang** **September 9/64**

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats August 1964 S. 673

Die Lage
Dr. Achim v. Borries
Für eine „Politik des Schlußstrichs" S. 675

Dr. Hermann Rauschning
1914 – 1939 – 1964 S. 682

Der FDP-Abgeordnete Willy Max Rademacher
zum Problem der innerdeutschen Kontakte (Interview) S. 695

Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Volk ohne Führung – Staat ohne Bürger S. 697

Lorenz Knorr
Die Goldwaters der Bundesrepublik S. 706

Heinz Abosch
BILD-Zeitung – Ein politisches Symptom S. 711

Peter Lust, Montreal
Der Aufstand von New York S. 720

Roshan Dhunjibhoy
Die Krise in Südostasien in pakistanischer Sicht S. 724

Kalixte Mukendi
Das Erbe Lumumbas und die Tragödie der Freiheit im Kongo S. 728

Gertrud Bienko
Über das katholische Lesebuch „Junge Welt" S. 735

Anmerkungen – Glossen – Zuschriften
Vor 25 Jahren: Hitler-Stalin-Pakt
Pfarrer Herlyn: „17. Juni" und „8. Mai" S. 738

Bücher
Zur Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen
Neuerscheinungen S. 742

Fernsehspalte
Proporz-Mathematik S. 746

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte ... S. 747

Dokumente zum Zeitgeschehen
Die Kosten der Notstandsgesetzgebung
Bundeswehr – „größter Auftraggeber in Europa"
Protest gegen die neue Bundespostordnung
4 Millionen Russen in deutscher Kriegsgefangenschaft umgekommen
„Stockholms Tidningen" über die deutschen Ostgrenzen
Die „Times" für Rüstungsstop in Mitteleuropa S. 748

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

IX. Jahrgang | September 1964 | Heft 9

Chronik des Monats August 1964

1. 8. — Kernwaffen. In einem britisch-sowjetischen Kommunique über die Gespräche Außenminister Butlers in Moskau wird der Abschluß eines internationalen Vertrages zur Verhütung der weiteren Verbreitung von Kernwaffen befürwortet. — Am 5. 8. veröffentlichen die Regierungen der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA anläßlich des ersten Jahrestages der Unterzeichnung des Moskauer Teststopvertrages (dem inzwischen mehr als einhundert Staaten beigetreten sind) eine gemeinsame Deklaration und erklären ihre Absicht, „alles nur mögliche für die Lösung noch offener internationaler Probleme auf dem Verhandlungswege zu tun". Die bisher erzielten Übereinkommen seien nur als „erste Schritte" zu werten.

2. 8. — Vietnam-Krise. Das US-Verteidigungsministerium beschuldigt nordvietnamesische Torpedoboote eines Angriffs auf den vor der Küste von Nord-Vietnam patrouillierenden amerikanischen Zerstörer „Maddox" und erteilt den Marineeinheiten „verschärften Feuerbefehl". Zwei Tage später berichtet das Pentagon über einen neuen Zwischenfall. — Am 5. 8. ordnet Präsident Johnson „Vergeltungsmaßnahmen" an: Amerikanische Flugzeuge werfen Bomben auf das Territorium Nord-Vietnams ab und versenken dabei 25 Schnellboote. Die Regierung in Hanoi bestreitet am gleichen Tage die amerikanische Darstellung der Ereignisse und erklärt, die „Maddox" habe sich am 2. 8. in nordvietnamesischen Hoheitsgewässern befunden. Die Berichte über einen zweiten Zwischenfall seien „frei erfunden" und sollten nur den Vorwand für das amerikanische Vorgehen liefern. — Am 6. 8. beziffert die US-Botschaft in Saigon die Zahl der in Süd-Vietnam stationierten amerikanischen Militärs auf 16 323 Mann. Am 10. 8. lehnt die Regierung von Nord-Vietnam die Einladung des Sicherheitsrates zur Erörterung und Überprüfung der Zwischenfälle im Golf von Tonking mit der Begründung ab, für diese Frage seien einzig die Sowjetunion und Großbritannien als Präsidialmächte der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 zuständig. — Am 12. 8. veröffentlicht die chinesische Nachrichtenagentur eine Solidaritätsadresse für Nord-Vietnam. — Am 23. 8. erregt ein Bericht des US-Geheimdienstes Aufsehen, der durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangt. Sein Verfasser meint, ein militärischer Sieg des Westens in Vietnam scheine zweifelhaft und daher könne eine Neutralisierung dieses Gebietes notwendig werden.

5 8. — Kongo. Einheiten der „Volksbefreiungsarmee", die sich aus Anhängern des ersten Ministerpräsidenten Lumumba zusammensetzt, erobern auf ihrem Vor-

marsch Stanleyville. Ministerpräsident Tschombe setzt Regierungstruppen in Richtung auf die Stadt in Marsch. — Am 12. 8. entsendet das US-Verteidigungsministerium vier Transportflugzeuge mit fünfzig Mann Besatzung zur Unterstützung Tschombes in den Kongo. Wenige Tage später folgen Fernaufklärer und weitere Ausrüstungen. — Am 20. 8. kommt es in Dar es Salaam und später in Brazzaville, auf Sansibar und in anderen afrikanischen Städten zu Protestdemonstrationen gegen die amerikanische Militärhilfe an Leopoldville.

6. 8. — Bundeswehr. Der Verteidigungsausschuß beendet eine dreitägige Feriensitzung über den „Fall Heye". Der Wehrbeauftragte wird zu einem späteren Termin vor den Ausschuß geladen.

7. 8. — Zypern. Türkische Düsenflugzeuge bombardieren verschiedene Ortschaften auf dem Nordostteil der Insel. In einer Mitteilung aus Ankara werden die Angriffe mit den Maßnahmen der Regierung von Zypern gegen den türkischen Bevölkerungsteil begründet. — Am 9. 8. fordert der UN-Sicherheitsrat nach einer Sondersitzung die sofortige Einstellung der Kämpfe. Der Rat ruft alle Staaten auf, „sich jeder Aktion zu enthalten, welche die Situation verschärfen oder zur Ausweitung der Feindseligkeiten beitragen könnte". Erzbischof Makarios richtet ein Ersuchen um militärischen Beistand an die Regierungen der Sowjetunion, Syriens, der VAR und Jugoslawiens. — Am 10. 8. erteilen Zypern und die Türkei eine zustimmende Antwort auf den Appell der Vereinten Nationen. — Am 16. 8. verspricht die Sowjetregierung in einem Telegramm an Makarios Hilfe im Falle einer „fremden Invasion".

— Süd-Vietnam. Ministerpräsident Generalmajor Khanh verhängt das Kriegsrecht und verfügt eine Teilmobilisierung. Das entsprechende Dekret ermöglicht die Zuweisung von „Zwangsaufenthalten", regelt die Pressezensur und schränkt das Streikrecht ein. — Am 16. 8. läßt sich General Khanh von der regierenden Militärjunta zum Staatsoberhaupt wählen. — Am 24. 8. fordern im ganzen Lande tausende Demonstranten die Abschaffung der Militärdiktatur und den Rücktritt des Generals. In Saigon besetzen Studenten das Informationsministerium und die Studios des Rundfunks. — Am 27. 8. überträgt der „Revolutionsrat" die militärische und zivile Gewalt einem Dreierkollegium, dem auch Khanh angehört. Die Demonstrationen gegen die Regierung gehen trotz zahlreicher Verhaftungen weiter. Am 29. 8. heißt es, General Khanh habe einen „längeren Erholungsurlaub" angetreten.

9. 8. — Vatikan. Papst Paul VI. unterzeichnet seine erste Enzyklika („Ecclesiam suam"). Das Oberhaupt der katholischen Kirche bejaht darin das Gespräch mit den Vertretern anderer Religionsgemeinschaften und, trotz vieler Vorbehalte, ebenso mit überzeugten Atheisten. Der Papst verurteilte jeden Angriffskrieg, „der auf Eroberung und Vormacht ausgeht".

10. 8. — Kuba. Die sowjetische Regierung bezeichnet die Aufforderung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zum Abbruch der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Kuba als einen Verstoß gegen die UN-Charta, da das Recht zur Verhängung von Sanktionen ausschließlich dem Sicherheitsrat zustehe. Die Regierungen von Chile und Bolivien, die sich zunächst dem Beschluß der OAS widersetzt hatten, teilen am 11. 8. bzw. am 21. 8. die Schließung ihrer Vertretungen in Havanna mit. Mexiko und Uruguay bleiben als einzige lateinamerikanische Staaten auf Kuba vertreten.

12. 8. — Polen. Zum Nachfolger des am 7. 8. verstorbenen Staatspräsidenten Aleksander Zawadzki wird Edvard Ochab gewählt.

14. 8. — Innerdeutsche Kontakte. Zwischen dem Leiter der Interzonentreuhandstelle, Dr. Leopold, und dem Vertreter des DDR-Verkehrsministeriums wird der Wiederaufbau der zerstörten Saalebrücke bei Hirschberg an der bayerisch-thüringischen Grenze vereinbart. Die Kosten des Projekts trägt die Bundesrepublik, die Bauausführung liegt in den Händen der DDR. Eine gemeinsame Kommission soll etwaige Streitfragen bereinigen.

— Frankreich. Informationsminister Peyrefitte erklärt in einer Stellungnahme, Voraussetzung einer Lösung der Krise um Süd-Vietnam sei die strikte Einhaltung des Prinzips der Nichteinmischung fremder Mächte. Nach französischer Ansicht sei das

Zypern-Statut aus dem Jahre 1959 überholt und müsse durch neue Vereinbarungen abgelöst werden.

17. 8. — U S A. Auf der Eröffnungssitzung der Programmkommission des Demokratischen Parteikonvents vertritt Außenminister Rusk die Ansicht, die Politik der USA gegenüber den komunistischen Ländern müsse „von mehr als unversöhnlicher Feindschaft geprägt" werden. Es sei nötig, „Gebiete einer möglichen Übereinstimmung in Fragen von gemeinsamem Interesse und von beiderseitigem Vorteil" zu suchen. — Vom 25.—29. 8. tagt der Konvent in Atlantic-City und nominiert Präsident Johnson für die kommenden Wahlen. Kandidat für die Vizepräsidentschaft wird Senator Hubert Humphrey.

21. 8. — D D R. Der Staatsrat sichert in einem Erlaß allen Personen, die die DDR vor dem 13. August 1961 unter „Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen" verlassen haben, im Falle ihrer Rückkehr Straffreiheit zu.

23. 8. — R u m ä n i e n. Während der Feiern zum 20. Jahrestag der Befreiung führen in Bukarest Delegationen aus allen Ostblockstaaten, darunter der sowjetische Staatspräsident Mikojan, Gespräche mit den führenden Politikern des Landes.

24. 8. — P o s t k o n t r o l l e. Bundespost und Finanzministerium verweigern eine Stellungnahme zu Berichten des „Spiegel" über die Vernichtung von Postsendungen aus der DDR im Strafgefängnis Hannover. Die Zahl der nach dem „Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote" kontrollierten und beschlagnahmten Briefe, gelte als „Verschlußsache".

27. 8. — T s c h e c h o s l o w a k e i. Der sowjetische Ministerpräsident Chrustschow trifft in Prag ein. Anlaß des mehrtägigen Besuches ist der 20. Jahrestag des slowakischen Volksaufstandes.

30. 8. — B e r l i n. Zu den laufenden Passagierscheingesprächen zwischen der DDR und dem Senat von Westberlin stellt der Regierende Bürgermeister fest, es seien „in der Sache und in der Form einige Fortschritte erzielt worden". Es gelte jetzt, „auch die letzten noch offenen Fragen zu klären".

31. 8. — A r a b i s c h e L i g a. Die Außenminister der 13 Mitgliedsstaaten treten zu einer Konferenz zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Entwicklung im Kongo und die Schaffung eines gemeinsamen arabischen Wirtschaftsmarktes.

Die Lage

Dr. Achim v. Borries

Für eine „Politik des Schlußstrichs"

I

In der WELT vom 27. August war in einem Bericht aus Bonn zu lesen:

„Der 1. September wird in Bonn ein Tag wie jeder andere sein. Vermutlich wird Bundeskanzler Erhard der 25. Wiederkehr jenes Tages, an dem deutsche Truppen die polnische Grenze überschritten und damit den Zweiten Weltkrieg begannen, in einem Artikel gedenken. Vielleicht wird er auch einige Worte im Rundfunk zu uns sprechen. Das aber ist alles.

Was sollte denn mehr geplant sein? Ein Bundestagsabgeordneter fragte uns das erstaunt, als er auf dieses Thema angesprochen wurde. In seinem Erstaunen kam das weitverbreitete Unbehagen darüber zum Ausdruck, immer nur der Kata-

strophen und Niederlagen, der gescheiterten Attentate und Aufstände, der falschen und sogar verbrecherischen Politik gedenken zu müssen.

Niemand in der Bundesregierung, niemand im Bundestag kam auch nur auf den Gedanken, am 1. September in einer besonders betonten Form, mit einer Sitzung oder was immer es sei, den Blick 25 Jahre zurückzulenken und daraus Folgerungen und Lehren für die Gegenwart zu ziehen."

Das hier erwähnte Versäumnis macht besonders deutlich, wie unklar noch immer das Verhältnis der Bundesrepublik zur jüngsten deutschen Vergangenheit ist. Auch die Reden des Bundeskanzlers und des Bundestagspräsidenten zum 1. September ändern daran nichts: einer wirklichen Konfrontation mit jener Vergangenheit weicht man am liebsten aus. Einer Konfrontation nämlich, die dann alle die konkreten politischen Konsequenzen verlangen würde, um die wir uns ungeachtet aller Worte über „Vergangenheitsbewältigung" immer noch herumdrücken, mit deren bloßer öffentlicher Erörterung bestimmte politische Tabus berührt werden.

An dieser Halbherzigkeit und Inkonsequenz krankt unser nationales Selbstverständnis, und sie ist gleichzeitig das Kernübel unserer heutigen Politik. Gewiß, der Bundeskanzler hat des Tages gedacht, an dem das Deutschland Hitlers den Zweiten Weltkrieg entfesselte. Aber man wird schwerlich sagen können, dieser 1. September 1964 sei in der Bundesrepublik ein Tag nationaler Selbstbesinnung in dem einzig fruchtbaren weiten und tiefen Sinne gewesen. Stattdessen hat sich in letzter Zeit die Aktivität gewisser Kreise verstärkt, die deutsche Verantwortlichkeit für den Zweiten Weltkrieg abzuschwächen oder gar ganz zu leugnen. Sogar in offiziösen Äußerungen zum 1. September fanden sich Hinweise auf die „Mitschuld Stalins am Kriege", woraus vielfach nur allzu schnell das „Hitler und Stalin zusammen haben den Krieg entfesselt" wurde! Auch dies ein Versuch, sich wenigstens teilweise von der eigenen Vergangenheit zu entlasten. (Vgl. dazu den Beitrag über den Deutsch-sowjetischen Vertrag vom August 1939 in der Spalte „Anmerkungen, Glossen, Zuschriften" dieses Heftes.) In Wahrheit handelt es sich hier um ganz verschiedene Formen und ein völlig verschiedenes Maß von Verantwortung und Schuld.

Mit alledem entgehen wir der Vergangenheit doch nicht. Überall in der Politik des Tages begegnen wir ihr, vor allem in der Ostpolitik. Alle politischen Hauptprobleme der Gegenwart führen auf sie zurück. Und daraus folgt, daß eine sinnvolle deutsche Ostpolitik nur möglich ist, wenn sie von den geschichtlichen Hypotheken ausgeht, die die Bundesrepublik als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches übernommen hat. In unserer Politik gegenüber Frankreich werden sie grundsätzlich anerkannt, die Wiedergutmachungsleistungen an den Staat Israel tragen diesem Zusammenhange ebenfalls Rechnung — doch in der Ostpolitik will man nach wie vor davon möglichst wenig wissen.

Weder ein „Wirtschaftswunder" noch eine „Wiederaufrüstung" können Geschehenes von der Tragweite dessen, was zwischen 1939 und 1945 in Osteuropa unter deutscher Herrschaft geschehen ist, ungeschehen machen. Darum steht die Bundesrepublik noch immer vor der Frage, ob sie endlich die praktischen politischen Konsequenzen aus der Tatsache ziehen will, daß Deutschland den Zweiten Weltkrieg ebenso total verloren wie total verschuldet hat. Ob es sich um das Problem der Oder-Neiße-Grenze und damit unser Verhältnis zu Polen, um die Frage des Sudetenlandes und unser Verhältnis zur Tschechoslowakei, schließlich die Frage der Atomrüstung und damit unsere Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten, nicht zuletzt zur Sowjetunion handelt: immer wieder stoßen wir auf die Notwendigkeit, Konsequenzen zu ziehen. Nicht anders als durch eine fundamentale, glaubwürdige Wandlung unserer Gesinnung und unserer Politik ver-

möchten wir den Schatten jener Vergangenheit mit der Zeit loszuwerden. Und nicht allein der Sache der uns aufgegebenen Versöhnung mit Polen, Russen und Tschechen täten wir damit einen Dienst, sondern auch uns selbst. Denn nur so werden wir einen Weg in die Zukunft finden und nicht mehr, wie bisher, in diese Zukunft mit verdrängtem schlechten Gewissen und ohne sinnvolle politische Konzeption gleichsam hineinstolpern.

An Beteuerungen „guten Willens" hat es in Bonn vor und nach dem 1. September 1964 nicht gefehlt. Aber sie bedeuten nun einmal wenig. Denn nach wie vor ermangeln sie jener letzten Glaubwürdigkeit, die ihnen nur angemessene Taten zu geben vermögen. Und diese sind, alles in allem, ausgeblieben. Ja, jene Beteuerungen selbst werden immer wieder durch allzu viel Anderes, Befremdliches, Mißtönendes direkt in Frage gestellt.

Aber wie dem auch sei: konkrete politische Konsequenzen werden uns bestimmt nicht erspart bleiben. Es kommt alles darauf an, daß sie Sache unseres freien Willens, unserer Einsicht — und uns nicht als ein über uns verhängter Zwang eines Tages einfach auferlegt werden. Mit anderen Worten: es kommt darauf an, den längst fälligen Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg, den Krieg Hitlers, zu einem Akt unserer vielberufenen Selbstbestimmung und damit zu einem Element einer in die Zukunft weisenden deutschen Politik zu machen! Derjenige deutsche Politiker verdiente das Prädikat eines Staatsmannes, der es auf sich nehmen würde, vor der Nation und für sie eine solche „Politik des Schlußstrichs" zu vertreten. Er würde eine wahrhaft befreiende Tat tun.

II

Jedermann, der sich in der deutschen Politik dieser Tage einigermaßen auskennt, wußte sogleich, wen Bundeskanzler Erhard meinte, als er in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk am 25. August sagte, er werde nicht dulden, daß „unter dem Feigenblatt einer angeblich konservativen Politik ein neuer Nationalismus bayerischer Provenienz entwickelt wird"; und er hoffe, daß Bayern diesmal standhafter sein werde als in vergangenen Zeiten ... Die Gemeinten selbst fühlten sich denn auch durchaus getroffen; teils mimten sie Empörung, teils spielten sie die beleidigte Unschuld. Flugs machte sich Herr Junker, seines Zeichens bayerischer Innenminister (CSU), daran, sozusagen „gutachtlich" nachzuweisen, daß die „rechtsradikalen Gruppen" in Bayern von Jahr zu Jahr schwächer, bedeutungsloser werden. Wie sollten sie auch anders, als immer schwächer werden — wo ihnen inzwischen doch in der großen Sammelpartei CSU eine längst übermächtige Konkurrenz erstanden ist. Von der freilich, und damit von den Kadern des Franz Josef Strauß, sprach Herr Junker nicht.

Daß es in Bayern seit einigen Monaten mit nur allzu „rechten" und gerade darum nicht mehr mit rechten Dingen zugeht, ist in letzter Zeit wiederholt festgestellt worden. Wir zitieren hier noch einmal die bereits im Juni-Heft der „Blätter" erwähnten Warnungen Albrecht von Kessels in der WELT vom 27. Mai:

> „Inzwischen hört man aus Bayern merkwürdige Gerüchte. Unter Berufung auf gaullistische Methoden soll sich dort ein Bündnis zwischen dem rechten Flügel der CSU, den radikalen Vertretern der Vertriebenen und den Kreisen um die Nationalzeitung anbahnen. Diesmal heißt es, rechtzeitig aufpassen. Ein Rückfall in einen Nationalismus, in welchem Gewand auch immer er auftreten möge, wäre das Ende jeder Hoffnung auf Wiedervereinigung und der Tod jeder Einigung Europas."

Gerade diese Kreise sind es, die Prof. Erhard seit Monaten heftig zusetzen, die nicht müde werden, seine Ansätze zu einer neuen Außenpolitik zu attackieren. Ihre Agitation ist längst mehr als nur ein innerparteiliches Problem der CDU/CSU,

sie ist eine ernste Gefahr für die deutsche Politik geworden. Denn sie sind die Vertreter eines außenpolitischen Revisionismus, der uns daran hindern will, den notwendigen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Keineswegs handelt es sich um eine rein bayerische Bewegung; die Bonner CDU-Fronde der Adenauer, Krone, Dufhues spielt hier eine führende Rolle. Die Hauptmacht des revisionistischen Blockes jedoch, der sich in den letzten Monaten gebildet hat, ist bis jetzt in Bayern konzentriert. (Siehe zu diesem Thema auch den Aufsatz von Lorenz Knorr in diesem Heft.)

Der Bundeskanzler hat offensichtlich die Gefährlichkeit dieser Tendenzen erkannt, jedenfalls hat er sie erstmals, ohne Namen zu nennen, beim Namen genannt. Er hat dann freilich auf den Einspruch des Ministerpräsidenten Goppel hin seine „unglücklichen Formulierungen" durch eben diese Wendung in einer für seinen politischen Stil leider schon charakteristischen Weise wieder abgeschwächt. Das mußte, einmal mehr, den Eindruck einer gewissen Unsicherheit, eines Mangels an Entschiedenheit erwecken, wie auch die Absage des zunächst fest vereinbarten Gespräches mit dem bayerischen Ministerpräsidenten wie ein Ausweichen aussieht.

Es wird auf die Dauer nicht genügen, daß der Kanzler sich ab und zu von der nicht zu unterschätzenden revisionistischen Gruppe verbal absetzt — er wird sich mit ihr wohl oder übel politisch auseinandersetzen müssen. Die Erfordernisse der deutschen Politik zwingen ihm diesen Kampf auf. Ihn zu führen sollte ihm umso eher möglich sein, als Ludwig Erhard in dieser Frage der Unterstützung weiter Kreise auch außerhalb seiner eigenen Partei gewiß sein kann. Ja, es liegt geradezu des Bundeskanzlers Erhard große politische Chance darin, mit solch breiter Unterstützung die neo-nationalistischen Elemente, vor allem in der CDU/CSU, politisch mattzusetzen. Wie umgekehrt seine Kanzlerschaft zu einem blamablen Fiasko führen muß, wenn er die offene Auseinandersetzung mit ihnen scheut.

III

Kaum weniger beunruhigend als die Kampagne der Revisionisten schon gegen bloße Andeutungen einer sinnvolleren deutschen Politik ist das Zögern im Grunde einsichtiger, doch praktischen Konsequenzen vorerst ebenfalls ausweichender Kreise. Als Beispiel dafür sei hier auf die Ausführungen der Gräfin Dönhoff zur Frage der Oder-Neiße-Linie in der ZEIT vom 4. September eingegangen. Die Verfasserin ist als unabhängig denkende, klarsehende Publizistin bekannt. Umso befremdlicher, daß auch sie sich in dem genannten Aufsatze die von anderer, weit weniger vertrauenswürdiger Seite immer wieder vertretene These zu eigen macht „Versöhnung — ja, Verzicht — nein". Man wird nicht daran zweifeln, daß die Gräfin Dönhoff das Wort von der Versöhnung ernst meint, im Gegensatz zu anderen, denen es nur als Feigenblatt für ihr Nein zu jedem „Verzicht" dient. Aber gerade darum erstaunt es, sie in einem so schwerwiegenden Irrtum über die unabdingbaren Voraussetzungen einer jeden Versöhnung mit Polen befangen zu sehen.

Denn kann es nach all dem, was zwischen 1939 und 1945 und dem anderen, was von 1945 bis heute geschehen ist, auch nur den geringsten Zweifel daran geben, daß eine Versöhnung zwischen Deutschen und Polen einzig auf der Basis der heutigen Grenzen, und insofern allerdings auf der eines deutschen Verzichts möglich sein wird? Eines Verzichts wohlgemerkt nicht auf etwas, was wir noch haben, sondern auf etwas, was wir, durch eigenes geschichtliches Verschulden, vor beinahe zwei Jahrzehnten verloren haben.

Nun gibt die Gräfin Dönhoff freilich zu verstehen, daß sie auf absehbare Zeit gar keine politischen Aussichten für eine friedliche Revision der gegenwärtigen

Ostgrenzen sieht. Das müßte ihr an sich die unumgänglichen politischen Konsequenzen erleichtern. Doch sie besteht darauf, einen ausdrücklichen Verzicht dürfe es nicht geben. Gewiß hätten die Vertriebenen den faktischen Verzicht auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße hinzunehmen, niemals aber sei ihnen eine politische Bestätigung dieses Verzichts zuzumuten.

Und doch geht es gerade um diesen und, soweit es sich um Politik handelt, nur um ihn. Denn alles andere ist politisch nun einmal allzu unverbindlich, als daß es die andere Seite, um deren Vertrauen wir uns bemühen müssen, befriedigen könnte. Es bleibt uns wirklich nichts anderes als uns „festzulegen". Nur das ist ein wirklicher Schlußstrich — und er wird uns abverlangt auf Grund der deutschen Polen-Politik der Jahre 1939-45. Ohne ihn ist das Wort von der „Versöhnung" unglaubwürdig. Der bloße „Gewaltverzicht" genügt nicht — ist doch gerade die jüngste europäische Geschichte nur allzu reich an solchen nur pragmatisch gemeinten Erklärungen, denen die Gewaltanwendung nur allzu schnell folgte, sobald die Umstände es erlaubten. Wir befreien uns von der Last der eigenen Vergangenheit, wenn wir uns zu einem ausdrücklichen Ja zu den heutigen Grenzen bequemen. Das kann niemals ein „Verrat" an den Toten sein: gerade ihnen sind wir, wie unsern Enkeln, eine solche reinigende Eindeutigkeit schuldig! Unseren eigenen Toten, aber auch den Millionen toter Polen und Russen, den Opfern einer wahrhaft fürchterlichen deutschen „Ostpolitik".

Das sind in einer Bundesrepublik, die auch eine Republik der Illusionen ist, noch immer unbequeme Wahrheiten. Aber gerade die ZEIT war doch mehr und mehr ein Forum für solch unbequeme Wahrheiten geworden, so daß man von der Gräfin Dönhoff wohl ein klärendes Wort zu dieser entscheidenden Frage der deutschen Politik, nicht aber ein verwirrendes hätte erwarten dürfen.

Es gibt Ansätze zu einer neuen Bonner Politik gegenüber Polen und der CSSR. Aber über Ansätze kommen wir bisher auch nicht heraus, eben weil uns der Mut zur Konsequenz mangelt. Der 1. September hätte zu einem Tag der „Bewältigung der Vergangenheit" werden können, hätte man ihn zum Anlaß genommen, durch einen verbindlichen politischen Akt in den deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Beziehungen endlich ernst zu machen mit der Versöhnung. Das wäre ein entscheidender Schritt nach vorn gewesen.

Es wird neuerdings wieder viel von der Gefahr einer internationalen „Aufwertung" der DDR gesprochen. Aber auch die Bundesrepublik bedarf durchaus einer Aufwertung — und sie würde sich selbst nicht unwesentlich aufwerten, entschlösse sie sich endlich zu einer „Politik der Versöhnungß in Wort u n d Tat. Der ausdrückliche Verzicht auf ohnehin nicht mehr unter deutscher Kontrolle stehende Gebiete erscheint längst als das politisch weitaus kleinere Übel, verglichen mit dem Mißtrauen, das das ständige Ausweichen der Bundesregierung vor einer solchen Entscheidung nicht allein in Osteuropa immer wieder hervorruft. Wie schwach unsere internationale Position in der Grenzfrage heute ist, haben in letzter Zeit unter anderem die Erklärungen des Generalsekretärs der gaullistischen UNR, Jacques Baumel, der der schwedischen Regierung nahestehenden Zeitung „Stockholms Tidningen" (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen") und des israelischen Ministerpräsidenten Eshkol zur Frage der Oder-Neiße-Grenze erkennen lassen.

In diesem Zusammenhange muß ein Vorgang aus den letzten Wochen erwähnt werden, der zeigt, wie virulent der Bazillus revisionistischer Tendenzen zur Zeit ist und welche Gefahren von ihnen drohen. Der Landesgeschäftsführer der „Jungen Union" (CDU) Hessen, Norbert Höf, forderte kürzlich, die Bundesregierung solle die noch laufenden Wiedergutmachungszahlungen an Israel einstellen und den entsprechenden Betrag einem Sonderfond für den Aufbau der Gebiete jen-

seits von Oder und Neiße zur Verfügung stellen, den Aufbau nach ihrer Wiederangliederung an Deutschland ... wenn der Staat Israel die Oder-Neiße-Grenze anerkenne. Nicht genug damit, diese Forderung wurde in Zuschriften an die Münchner „Nationalzeitung" unterstützt u. a. von: Staatsminister a. D. Stain (GDP), Bankdirektor Herbert Prochazka, stellvertretender Landesvorsitzender der GDP in Bayern, dem FDP-Bundestagsabgeordneten Ertl, dem früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Jakob Diel, dem Ehrenbundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Walter Rinke (CSU), dem Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien in Hessen, Dr. Friedrich Stein, dem Bundesvorsitzenden der „Aktion Oder/Neiße", Joachim Drischel, und — Probst Asmussen!

IV

Eine konsequente „Politik des Schlußstrichs" ist nicht allein darum unerläßlich, weil Deutschland den Zweiten Weltkrieg entfesselt und total verloren hat. Das ist die entscheidende geschichtliche Voraussetzung jeder heutigen deutschen Politik. Hinzukommt eine unmittelbar politische, nämlich weltpolitische, als Bilanz der bisherigen Nachkriegspolitik der Großmächte. Der Westen kann den Kalten Krieg nicht mehr gewinnen — der Osten ebensowenig —, und damit hat die Bundesrepublik keine Chance mehr, Nutznießer eines solchen „Sieges im Kalten Krieg" zu werden. So wird sie ihre künftige Ost-Politik auf einem langfristigen Waffenstillstand zwischen Ost und West aufbauen müssen, aus dem eines Tages ein halbwegs befriedigender Friedens-Zustand hervorgehen mag. Das ist entscheidend für das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion, aber auch für die inner-deutschen Beziehungen. Auch hier ist ein Schlußstrich notwendig, auch hier wird er politisch fruchtbar sein — ein Schlußstrich unter die bisherige Politik des Kalten Krieges, die materiell wie politisch allzu kostspielig geworden ist.

Die Bundesrepublik muß an einer Verbesserung ihrer Beziehungen zur Sowjetunion interessiert sein, wie umgekehrt der Sowjetunion an einer Entspannung in diesen Beziehungen gelegen sein dürfte. Der nun sichere Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in Bonn wird Möglichkeiten dazu bieten. Erwartet man den Gast aus Moskau ohne Illusionen, dann wird man ihn nicht ohne Hoffnungen erwarten dürfen. Von den Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen ganz abgesehen, wird über das nicht zu unterschätzende Atmosphärische hinaus auch politisch vieles zu besprechen und wenn möglich zu klären sein. Es scheint nicht ganz undenkbar — wenn vorläufig auch Anhaltspunkte dafür fehlen —, daß die sowjetische Regierung zu einer gewissen Modifizierung ihrer Berlin-Politik bereit wäre, wenn die Bundesregierung sich bereit erklärt, den sowjetischen — und allgemein osteuropäischen — Sicherheitsinteressen mehr als bisher Rechnung zu tragen. Vorläufig wird das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau durch das Bonner Streben nach maßgeblicher Beteiligung an dem Projekt der Multinationalen Atomwaffe und durch die strikte Weigerung der Bundesregierung, Entspannungskonzepte wie den Rapacki-Plan auch nur zu diskutieren, ernsthaft belastet.

Auch über die Wiedervereinigung Deutschlands wird gesprochen werden. Aber in diesem Punkte wird man von vornherein realistisch, das heißt illusionslos sein müssen. Hier gibt es nichts zu handeln und wenig zu verhandeln — zwischen Bonn und Moskau. Chrustschow wird der Bundesregierung zu verstehen geben, daß der Weg zu einer kleinen oder relativen Wiedervereinigung Deutschlands — da an eine große, absolute zunächst überhaupt nicht zu denken ist! — über Ostberlin, über die DDR führt. Es mag, nicht ohne entsprechende Initiativen

der Sowjets, in der DDR morgen oder übermorgen Veränderungen im Sinne einer Liberalisierung des Regimes geben. Sie wären zu begrüßen. Aber auch sie werden am Grundsätzlichen nichts ändern, nämlich an der faktischen deutschen Zwei-Staatlichkeit. Die Sowjetunion hat sich erst kürzlich durch ihren neuen Freundschaftsvertrag mit der DDR noch einmal unmißverständlich festgelegt und wird von dieser Zwei-Staaten-Konzeption nicht abrücken. Abgesehen von diesem Unverrückbaren aber dürften sich Möglichkeiten genug für eine Verbesserung unserer Beziehungen zu Moskau ergeben, auch solche, die für uns von vitaler Bedeutung sind.

V

Der Verzicht auf eine längst zur Fiktion gewordene Wiedervereinigungs-Konzeption bedeutet mitnichten eine politische Selbstaufgabe der Bundeserepublik. Er gibt ihr vielmehr, endlich, die notwendige Bewegungsfreiheit für das, was heute als konkrete gesamtdeutsche P o l i t i k möglich ist. Also an Koexistenz, Kontakt und auch Kooperation mit einem kommunistischen deutschen Staate. Es versteht sich von selbst, daß das kein Weg ins „gelobte Land" ist. Aber mit all den Schwierigkeiten, die dabei auftauchen werden, mit all den Kompromissen, die man dabei wird schließen müssen — um selbst etwas zu erreichen — ist es gewiß nicht nur sehr viel fruchtbarer, sondern auch sehr viel ehrenwerter als alles gesamtdeutsche Getue und Gerede der letzten Jahre!

Es ist erfreulich, daß über dies Problem neuerdings in der Bundesrepublik wesentlich konkreter gesprochen wird als in den Jahren zuvor. Eine offene Diskussion über die praktischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten gesamtdeutscher Politik hat begonnen. Auch ohne daß es in Bonn ausdrücklich zugegeben wird, merkt man von Tag zu Tag deutlicher: die alte Politik ist tot. Noch befinden wir uns in einer Übergangssituation, in einer Art Gärungszustand, aus dem hoffentlich bald eine klare und konsequente neue Konzeption hervorgehoben wird. Denn einer solchen bedarf es, sollen die sich bietenden Chancen gesamtdeutscher Politik voll wahrgenommen werden.

Doch es wird nicht allein diskutiert, es wird auch bereits experimentiert. Am 17. August wurde zwischen der Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn eine Vereinbarung über eine Erweiterung des Güterzug-Verkehrs nach Westberlin abgeschlossen, die durch die schwierige Verkehrslage, infolge der anhaltenden Trockenheit, auf den Schiffahrtswegen notwendig geworden war. Dabei hat man die Unterschriftsformeln „im Auftrag der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn" und „im Auftrag des Verkehrsministeriums der DDR" gewählt — und es erscheint unfruchtbar sophistisch, nun darüber nachzugrübeln, welches Mehr an „Anerkennung" der DDR das bedeutet, gemessen an der bisherigen Unterschrifts-Praxis. Bereits am 14. August war ein Abkommen mit der DDR über den gemeinsamen Wiederaufbau der verkehrsmäßig wichtigen Autobahnbrücke über die Saale bei Hof unterzeichnet worden, mit der Unterschriftsformel „im Auftrag der zuständigen Behörden", während bisher jeweils von den beiderseitigen „Währungsgebieten" die Rede gewesen war. Gleichzeitig laufen die Passierschein-Verhandlungen in Berlin weiter. Und offensichtlich hat es auch Absprachen zwischen Bonn und Ostberlin über die Entlassung von rund 1200 politischen Gefangenen in der DDR, wie über die Freilassung des seit längerem in der Bundesrepublik unter Spionage-Verdacht inhaftierten ostberliner Verlagsdirektors Günther Hofè gegeben. Dies alles Beispiele einer vorerst noch beschränkten, aber sachlich fruchtbaren und darum ermutigenden gesamtdeutschen P r a x i s.

Natürlich schließt sie so etwas wie eine gewisse indirekte „Anerkennung"

der DDR ein, deren Existenz von Fall zu Fall in dieser oder jener protokollarischen Form Rechnung getragen werden muß. Aber es scheint sich hier auch eine Art Kompromiss-Praxis zu entwickeln. Die DDR macht den Abschluß vertragsartiger Vereinbarungen offenbar nicht mehr unbedingt abhängig von einem Maximum an formeller Anerkennung, sie begnügt sich mit der „kleinen Anerkennung" in all ihren Spielarten, die ihr von Seiten der Bundesrepublik faktisch — und durchaus sinnvollerweise — mehr und mehr zugestanden wird. Das macht eine Einigung in bestimmten beiderseits interessierenden Sachfragen schon jetzt möglich. Und diese rechtfertigt mehr als genug ein zunächst pragmatisches Abrücken Bonns von seiner früheren, ebenso „festen" wie völlig fruchtlosen Haltung in der Frage gesamtdeutscher Kontakte.

Allerdings, und damit knüpfen wir auch an schon Gesagtes an, ein bloßes „Sichdurchwursteln" wird gerade auf diesem für Bonn weitgehend neuen politischen Terrain je länger desto weniger genügen. Ohne den Mut zu einer gewissen Konsequenz wird man hier nicht sehr weit kommen, sondern sich bald in heillose Widersprüche verwickeln. Von solchen Überlegungen scheinen auch die Initiatoren und Befürworter des aus Kreisen der FDP kommenden Projekts einer Bonner Koordinierungsstelle für gesamtdeutsche Kontakte auszugehen. (Vgl. dazu das Interview mit dem FDP-Bundetagsabgeordneten Willy Max Rademacher in diesem Heft.) Es gibt heute schon in allen Parteien Kräfte, die für eine Ausdehnung solcher Kontakte eintreten, wie es in allen Parteien starrsinnige Gegner jeder in die Zukunft weisenden Politik gibt. Nicht übersehen läßt sich aber, daß die FDP zur Zeit in dieser Hinsicht besonders aktiv ist. Es wäre unbillig, ihre Verdienste um eine wesentliche Intensivierung der politischen Diskussion, soweit es sich um die Frage der innerdeutschen Beziehungen handelt, zu bestreiten. Um so befremdlicher erscheint, gerade daran gemessen, das Stummbleiben, die Inaktivität der Sozialdemokraten, die nach wie vor alles andere als ein im notwendigen Sinne motorisches, dynamisches Element der deutschen Politik sind.

Dr. Hermann Rauschning

1914 - 1939 - 1964

„Deine Propheten haben Dir erschaut
Trug und Tünche, haben Deine Schuld
nicht aufgedeckt, Dein Schicksal zu wenden."
Klagelieder 2, 14

I

Können Völker aus ihren Katastrophen lernen? Man weiß, wie hart es im persönlichen Schicksal ist, sich überwindend seinem Leben eine neue Richtung zu geben. Um wieviel schwerer ist es für Völker. Denn mit „Lernen" dessen, was man falsch gemacht hat, oder gar nur andere verfehlt und gefehlt haben, was man im einzelnen hätte anders machen müssen, ist es nicht getan. Persönliche wie nationale Katastrophen weisen nicht auf Irrtümer und Fehler in der Verwirklichung des eigenen Daseins, sondern auf eine falsche Lebensrichtung, auf „falsche Tendenzen" (wie Goethe das zu nennen liebte). Daher kann im persönlichen Schicksal nur der sich aus seiner Katastrophe erheben, der jene „Umkehr",

teschuwa, jene innere Wandlung vollzieht, die etwas wie ein neuer Beginn, eine zweite Geburt ist. Nichts ist somit unfruchtbarer als, die Überwindung nationaler Katastrophen, die auf eine falsche Grundrichtung der nationalen Entwicklung hinwiesen, mit einer Restauration zu beginnen, mit einer, wenn auch im einzelnen verbessernden Wiederherstellung einer Ordnung und der Wiederaufnahme einer politischen Lebenslinie, aus deren Schoß die Katastrophe geboren wurde und in deren Richtung sich die alten Tendenzen entfalteten. Nur in einer Revolution können Völker aus ihren Katastrophen nicht allein lernen, sondern ihr Schicksal überwinden und verhindern, daß sie in der Kontinuität eines Grundirrtums ihres geschichtlichen Lebens sich selbst zerstören. Nur aus einer Revolution kann sich eine Nation erneuern.

Man kann nicht anders als mit einer solchen allgemeinen Überlegung an die Klärung des tragischen Schicksals des deutschen Volkes in den zurückliegenden fünfzig Jahren seit Ausbruch des Ersten Weltkrieges gehen, um zu jener Katharsis zu gelangen, die die Hybris der Vergangenheit bannt und den Schicksalsspruch aufhebt. Mag es den einen unbequem sein in ihrem neu errungenen bürgerlichen Wohlstand, mag es anderen spöttisch die Lippen schürzen in der Verachtung aller anderen Faktoren als Macht und nackte Gewalt. Eine Revolution kann man sich nicht durch allgemeinen Wohlstand ersparen. Nicht durch wirtschaftliche Erfolge und die schnelle Beseitigung äußerer Schäden werden falsche Tendenzen beseitigt. Eher besteht die Gefahr, daß sie durch schnelle äußere Erfolge neue Nahrung finden und das Verdikt der Geschichte nicht ernst genug genommen wird. Man kann sich nicht die Segnungen einer Revolution zu eigen machen und doch auf die Opfer einer solchen verzichten, die Härte eigener schöpferischer Neugestaltung scheuen. Zweimal ist das deutsche Volk davor zurückgeschreckt, durch die Wehen einer wirklichen Revolution hindurch zu einer Wiedergeburt zu gelangen, in der Meinung, die Niederlage selbst sei schon die Gewähr einer Verjüngung. „Der Deutsche freut sich keiner Untergänge", klingt es vermessen aus den ersten Nachkriegsjahren in unsere Zeit herüber, „weil sie die Verjüngung sind; er geht gelassen durch seine Niederlagen, da sie nichts anderes als seine kommenden Siege verbergen, ja sie ermöglichen und voraussetzen" (Schauwecker). Mögen gegenwärtig nicht viele bewußt so denken, das Gefühl, daß der allgemeine Wohlstand die Richtigkeit der gegenwärtigen deutschen Politik pragmatisch rechtfertige und so etwas wie „kommende Siege" vorbereite, ist weit verbreitet. Das Gefühl auch, daß es nicht lohne, sich weiterhin Gedanken über Fehler der Vergangenheit zu machen und altes Unheil wieder aufzuwärmen und breit zu treten.

Wenn es überhaupt noch einen Zweck hat, statt das Leben in seiner täglichen Müh gedankenlos herunterzuleben, nach Zusammenhängen zu fragen, so können wir nicht umhin, in diesen fünfzig Jahren ein einziges zusammenhängendes Geschehen zu sehen, das noch nicht zu einem Ziel und Ende gelangt ist, das als Ganzes in Sinnlosigkeit und Selbstzerstörung enden kann, aber wohl auch die Möglichkeit eines sinnvollen Endes, vor allem aber den Deutschen noch einmal die Aussicht bietet, sich als Volk zu vollenden, wenn auch erst nach abermals fünfzig Jahren. Wenn wir uns hier überhaupt mit den Schicksalsphasen, die sich in den Jahren 1914 und 1939 bekunden, beschäftigen, so geschieht es indessen nicht in akademischer Weise, um für die Erforschung der Geschehnisse eine klare Grundlinie zu finden, obwohl auch dies sehr wohl von Bedeutung wäre, um von Grund aus verfehlte, nach beiden extremen Seiten hin einseitige Darstellungen zu vermeiden. Es geschieht vielmehr in der notwendigen Beziehung auf unser Heute, auf dies so kritische Jahr 1964. Wir gehen somit von der Gefahr der Gegenwart aus, indem wir nach den falschen Tendenzen in der jüngeren

deutschen Politik fragen. Diese Frage ist es, die uns auf den Fingern brennt. Entwicklungen und Ereignisse drohen aus der zweimal versäumten Überwindung solcher Tendenzen über Nacht über uns hereinzubrechen; nicht weil wir im Grund nicht mehr das Subjekt einer eigenen Politik sind, und eine solche nur im Gefolge anderer Mächte führen können. Nicht zuletzt darum ist es im deutschen Volk nicht zu einer Wende gekommen, weil es nicht in Erkenntnis der falschen Tendenzen seines nationalen Lebens zu einer neuen klaren Lebenslinie gefunden hat, die zu verfolgen nicht allein ihm eine Bestimmung hätte geben können, sondern auch einen entscheidenden Beitrag zu einem allgemeinen Frieden bedeutet hätte. Wir beschäftigen uns mit der Vergangenheit nur so weit als sie die Gegenwart vorprägte, und es geschieht aus der Sorge um die Zukunft.

Wenn wir hierbei einen zweimal begangenen Irrtum auch ein drittesmal wieder zum Leben kommen sehen, oder doch fürchten, daß es dazu kommen könnte, so soll das gewiß nicht heißen, daß wir so etwas wie einen Wiederaufstieg des Nationalismus befürchten oder eine Politik in den Linien der Wilhelminischen Ära. Aber wir sehen in beiden wie im Ansatz bereits wieder ein Gemeinsames am Werk, eine Grundtendenz, eine gemeinsame Richtung, die wir als die eigentliche Ursache der Katastrophe beurteilen; während das, worauf überwiegend das Augenmerk der Öffentlichkeit und auch vieler Historiker gerichtet ist, die Besonderheiten der Wilhelminischen Politik, der grauenhaften Folgen der biologistischen Seite des Nationalsozialismus, historisch-pragmatisch, wenn auch gewiß nicht moralisch-geistig, nicht als causa prima, sondern secunda zu bewerten wäre. Sie, diese wiederkehrende Grundtendenz eben als das herauszuschälen, was sie ist, als die prima causa des deutschen Verhängnisses, ist der Zweck dieser kritischen Bemerkungen, die nur dann einen gewissen Wert beanspruchen können, wenn in ihnen zugleich versucht wird, die richtige, die gesunde, die dem deutschen Volk durch Lage und Veranlagung vorgezeichnete Bahn und damit die Möglichkeit einer neuen Politik und fruchtbaren Entwicklung aufzuweisen.

II

„Wir stehen gegenwärtig am Anfang einer der größten Mutationsperiode der Weltgeschichte", hatte noch vor dem Ersten Weltkrieg Max Kemmerich („Das Kausalgesetz der Weltgeschichte") prophezeit. Wir stünden kurz vor dem Augenblick, in dem „das Deutschtum mit elementarer Gewalt explodieren wird. Es wird eine ungeheuere Erschütterung alles Bestehenden bis in seine Grundfeste kommen und zwar auf fast allen Gebieten".

Zweierlei ist hier vorausgesehen: eine allgemeine weltrevolutionäre Entwicklung allergrößten Ausmaßes auf allen Gebieten und über die ganze Welt hin, und ein besonderes Schicksal als ein hervorstechendes Element in diesem allgemeinen Geschehen, das dem deutschen Volk zugemessen ist. Mochten die Diplomaten in den Ersten Weltkrieg „hineingeschlittert" sein, die junge deutsche Generation, mindestens ein geistig wacher Teil derer, die vor fünfzig Jahren als 20—30jährige in den Krieg zogen, ahnte, daß sich hier ein Schicksal zu vollziehen begann, das bewußter Wille und rationale Vorsicht der Politiker nicht wie in früheren Kriegen zu steuern imstande sein würden. Im Gefühl einer amor fati, nicht allein um der Größe Deutschlands willen, zogen wir in den Krieg, im Bewußtsein, daß es um ein Schöpferisches, um ein Befreiendes ginge. Ein Notwendiges geschah, wenn nicht im Sinne eines Fatums, so doch als ein unabwendbares „Stirb und Werde", und Ernst Jünger sprach mit Recht von dem Lebensgefühl dieser Generation, die „sich mit Lust in die Luft zu sprengen vermag und — in diesem Akt noch eine Bestätigung der Ordnung erblickt".

Wir können das deutsche Schicksal nicht von dem Hintergrund des allgemei-

nen Weltgeschehens ablösen und isoliert sehen. Die Weltrevolution, mit der das 19. Jahrhundert schloß und das 20. noch vor dem Weltkrieg mit anderen Ereignissen (russisch-japanischer Krieg, erste russische Revolution, Balkankrieg, chinesische Revolution u. a.) begann, war gewiß nicht allein die Folge einer „Explosion" des Deutschtums. Diese mag den Ablauf beschleunigt haben, aber sie ist gewiß nicht die Ursache selbst. Beides gehört in eine Betrachtung der letzten fünfzig Jahre. Es geht somit nicht um Deutschlands „falsche Tendenzen" allein, nicht um Irrtum und Schuld der ewig aggressiven Deutschen allein. Nicht sie sind der „Schlüssel zur Weltgeschichte" der jüngsten Zeit. Aber der Lauf der Dinge ist ebenso gewiß auch nicht ohne den besonderen deutschen Anteil denkbar. Es ist durchaus nicht ein nur negativer zerstörender. Wie man von einem Heil im Unheil bei dem geistigen Phänomen des modernen Nihilismus sprechen kann, indem er uns von falschen Ideologien, von utopischen Illusionen und Verharmlosungen unseres tragischen Menschendaseins befreit und ernüchtert, so kann man auch bei dem schauerlichen Ausbruch eines ungehemmten Willens zur Macht und einem bedenkenlosen Biologismus, dem deutschen Beitrage zu der großen, alle Doktrinen überrollenden, ganz und gar nicht mehr rationalen Revolution der Menschheit, von einer heilsamen Wirkung wider Willen sprechen. Gewisse soziale und politische Tendenzen sind schlechterdings nicht mehr möglich, seitdem sie im Nationalsozialismus infolge ihrer extremen Verwirklichung ad absurdum geführt wurden. Dazu gehören nicht nur der Rassismus, der politische Biologismus und das Herrenmenschentum, sondern auch der Imperialismus jeder Art, eine nackte Macht- und Gewaltpolitik. Dazu gehört auch der moderne Caesarismus, der Personenkult mit dem charismatischen Massenführer, wie sie nicht nur in Deutschland im Schwange waren, dort aber zur absurdesten Gestalt entwickelt wurden. Was immer davon noch übrig geblieben ist, es kann mindestens nicht mehr mit dem Anspruch auftreten, politisches oder soziales Heilmittel für die Nöte der Zeit zu sein. Die Rassenlehre Hitlers, sein mörderischer Versuch sie zu verwirklichen, haben auch im Westen die Gleichberechtigug der farbigen Völker mit den weißen unwiderruflich statuiert.

Blicken wir fünfzig Jahre zurück auf die, jüngeren Geschlechtern nicht mehr erlebbare, Größe der Wandlung auf allen Gebieten des menschlichen Lebens und gewiß nicht nur auf technischem und wirtschaftlichem, eine Wandlung, die wohl durch die Kriege in Gang gebracht und beschleunigt, aber nicht verursacht sein kann, so können wir die Weltkriege nicht ausschließlich als imperialistische bezeichnen. Das ist ihre Außenseite, in ihrem Wesen sind sie revolutionäre Ereignisse. Nicht die Kriege als solche, nicht die imperialistischen Kriegsziele verdienen unsere Aufmerksamkeit, sondern die sich hinter und trotz den bewußten politischen Zielen und Bestrebungen vollziehenden Wandlungen, ihre Stromrichtung, ihr Gefälle. Wir wissen, daß diese fünfzig Jahre historisch gesehen ein einziges zusammenhängendes Geschehen sind und daß es nicht zu seinem Ende gelangt ist, daß das, war wir den Kalten Krieg nennen, die unvermeidliche Fortsetzung des revolutionären Prozesses ist, daß wir noch mitten in der „Mutation" stehen, von der gesprochen wurde. Keine Macht der Welt kann die immanente Folgerichtigkeit dieses Prozesses aufhalten, der sich nicht allein in der allgemeinen Verbreitung der technischen Weltzivilisation zu der mindestens technisch „Einen" Welt, der sich nicht nur außenpolitisch im Aufbruch der farbigen Völker gegen jede Art Vorherrschaft der Weißen, sondern auch im Durchbruch der Erkenntnis vollzieht, daß allgemeine Freiheit nur aus dem Element der G l e i c h h e i t dauerhaft zu begründen ist. Keine Macht der Welt kann es verhindern, daß die Entwicklung im Großen und Weiten der Völkerbeziehungen sich auch auf die Regelung der Verhältnisse der Gruppen und Schichten innerhalb der ein-

zelnen Nationen umgestaltend auswirkt. Es war der große englische Konservative Disraeli, Lord Beaconsfield, der (in seinem noch gegenwärtig lesenswerten Roman „Sibyl oder die zwei Nationen") darauf hingewiesen hat, daß im Verhältnis herrschender und unterworfener Schichten innerhalb einer Nation der Gegensatz von Eroberervolk und entrechtetem, besiegtem Volk erhalten blieb, in England der zwischen Normannen und Sachsen; und Deutschland ist dabei mit seiner Ostkolonisation und den Beziehungen zwischen Deutschen und Slawen gewiß nicht ein Sonderfall. Er ließ einen seiner Helden von der großen politischen „Mystifikation" sprechen, wie ein entmachtetes Volk dazu gebracht sei, sich selbst für frei zu halten, indes seine Arbeit verpfändet wurde, um eine Oligarchie aufrechtzuerhalten, die weder durch Alter noch Dienst ihre Usurpation rechtfertigen konnte. Was von dieser Mystifikation in dem verflossenen Jahrhundert übrig geblieben ist, das ist in den Weltkriegen verweht.

Es ist hier gewiß nicht der Ort, eine „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters" zu entwerfen oder Diagnosen des künftigen zu stellen, wie das in fast ausschweifender Weise im gegenwärtigen deutschen Schrifttum geschieht, aber wir können uns auch nicht auf den machtpolitischen Aspekt allein beschränken. Die drei Kriege — ich spreche von drei; denn der Kalte Krieg i s t ein Krieg, und nicht nur ein kalter — sind Revolutionskriege, Bürgerkriege, Kriege, die um außenpolitische Machtpositionen zu gehen scheinen, in Wirklichkeit aber um die Elemente, die Ideen und Normen einer neuen Ordnung gehen, Kriege, die eine alte außenpolitische Struktur zu erhalten suchten, statt dessen die innerpolitische einer um so radikaleren Wandlung auslieferten. Wir sehen heute, daß das, was die politischen Führer im Handeln bestimmte, was sie erreichen wollten, nicht das eigentliche Geschehen bestimmt, daß ihnen die Aktionen aus den Händen gewunden wurden und in ganz anderer Richtung weiterliefen, als sie es beabsichtigt hatten. Wir wissen, daß der Erste Weltkrieg das europäische Gleichgewicht der Mächte beseitigte und die Vorherrschaft Europas in der Welt erschütterte. Wir wissen, daß der Zweite Weltkrieg in der Niederwerfung neuer radikaler gegenrevolutionärer Herrschaftssysteme, die ihre Macht in nackten Eroberungskriegen ältester Art auszubreiten trachteten, die für die betroffenen Siegermächte gewiß nicht leichte, aber in der Logik der Entwicklung unabwendbar enthaltene generelle Abdankung alter Herrschaftssysteme und Kolonialreiche zur Folge hatte und damit die Hegemonie der weißen Völker über die Farbigen endgültig liquidierte. Wir wissen schließlich auch, daß, was sich seitdem vollzieht, der unvermeidliche Prozeß ist, die entstandenen „Machtvakua" auszufüllen und die Struktur eines neuen, eines Weltgleichgewichtes der Mächte — das nicht mit dem Gleichgewicht der Atomwaffen zu verwechseln ist — rein pragmatisch, nicht einem Plan oder Programm folgend, zu gestalten. Ein langwieriger und in seinem Endresultat nicht abzusehender Prozeß, in dessen Verlauf ein globaler Krieg um so wahrscheinlicher wird, je länger die Großmächte dabei eine dominierende Position und für ihre Ordnungssysteme ausschließliche Geltung zu erstreben versuchen, je ungewisser das Bestreben der regenerierten und neu aufstrebender Völker bleibt, eine selbständige Funktion in diesem Gleichgewicht zu erringen, und sich statt dessen neue Abhängigkeitssysteme, Klientelsysteme um Führungsmächte bilden. So offensichtlich und allgemein anerkannt dies ist, so hart kommt es noch die gegenwärtig bestimmende Generation an, zu erkennen, daß die revolutionären Wandlungen der Struktur der Völkergemeinschaft unweigerlich auch ihre innerpolitischen sozialen Entsprechungen haben müssen. „Wonach eben der Nebenmensch nicht mehr, wie im Egoismus der droits de l'homme, als Schranke der Freiheit, sondern als deren Kommunität lebt." (Ernst Bloch, Naturrecht und menschliche Würde.)

Diese Revolution folgt in ihrem sozialen Aspekt wohl noch den Impulsen der Revolution des Rationalismus, die in der Russischen Revolution ihre zweite Phase als Folge des verlorenen Ersten Weltkrieges konkretisierte, zugleich aber über sie hinaus nicht „eine abstrakte Sozialutopie mit ein wenig Verwirklichung füllt", sondern eine Bewegung in der konkreten Dialektik der Realität auslöst. Wie in den Religionskriegen Deutschland im Mittelpunkt der machtpolitischen und geistespolitischen Auseinandersetzungen stand, so steht es nun im Zentrum der doppelten Problematik der großen Revolution. Nicht weil das deutsche Volk wie in der Reformation den entscheidenden Anstoß gegeben, sondern weil es sich seiner Berufung hierbei entzogen hat, weil es sich ihr in extremster Gegenbewegung entgegengestellt hat, und nun, in sich geteilt, nicht mitführend und gestaltend, sondern abhängig und geistig unselbständig wie im Zeitalter der Glaubensspaltung die Dialektik der Gegensätze in sich selbst durchkämpfen muß. Wenn wir daher von einem ersten grundlegenden Versäumnis, einem wiederholten Irrtum des deutschen Volkes sprechen sollen, der dem Verhängnis nicht nur der letzten fünfzig, sondern der vergangenen hundert Jahre den Boden bereitete, dann ist es der, dem revolutionären Grundzug der Zeit nur in der Spekulation und Theorie, aber nicht in der konkreten Wirklichkeit Rechnung getragen zu haben, dann ist es das Versäumnis von 1848/49, das sich seitdem dreimal wiederholt hat, dann ist es die Scheu des deutschen Volkes, dem Beispiel anderer großer Nationen folgend, eine Wiedergeburt durch Revolution zu wagen, um sich statt dessen bei schwachmütigen Restaurationsversuchen zur Ruhe zu setzen und sich erst durch einen Geisteskranken für die extremste G e g e n r e v o l u t i o n erwecken zu lassen.

Was ist es, das dem Deutschen hier mangelt? Ist es politisches Temperament? Ist es Jahrhunderte hindurch kultivierte Untertänigkeit, Servilismus? Es ist wohl ein Tieferes. Man findet in Karl Barth's großer Dogmatik einen befremdend neuen Einblick in das Wesen der „Trägheit", der wohl über seine theologische Bedeutung hinaus gültig ist. Sie erscheint als der Gegensatz zu jener Hybris, die den Menschen schuldig vor den Göttern werden läßt, auch sie ein Verschulden, die negative Entsprechung zu dem zuviel am Deutschen gepriesenen „Faustischen" oder Prometheischen, eine negative Form des Unglaubens, ein der Quelle des Lebens und der Freiheit der schöpferischen Liebe gegenüber „verwerfliches Versagen und Zurückbleiben".

III

Es wird derzeit viel für und wider den „Griff nach der Weltmacht" des kaiserlichen Deutschland geredet und geschrieben, als ob es sich hierbei um das eigentliche schuldhafte Verhalten Deutschlands, die Quelle des Unheils und den immer wiederholten Grundirrtum der deutschen Politik handele. Was die Tatsache selbst, die expansionistischen Kriegsziele des kaiserlichen Deutschland anlangt, so wird man den Ausführungen Fritz Fischers in seinem gleichnamigen Werk wenig Entkräftendes entgegenhalten können. Es ist übrigens nichts Neues. Jeder, der den Krieg mitgemacht hat und noch im letzten Kriegsjahr das Unterrichtsmaterial zugewiesen bekam, mit dem er seine Truppe durchhaltewillig machen sollte, wußte um diese Kriegsziele. Unzweifelhaft ist, daß sie zur Verlängerung des Krieges und somit seinem Verlust beitrugen. Unzweifelhaft ist auch, daß diese Kriegsziele die Verbindung der konservativen Elemente mit der Hitler-Bewegung herstellten. Insofern steckt in dem Weltmachtbegehren der deutschen Politik schon vor dem Ersten Weltkriege, in der ganzen haltlosen, fahrigen Vorkriegspolitik ein Grundirrtum, der, in fataler Weise wiederholt und ins Phantastische übersteigert, dann die Politik des Dritten Reiches bestimmte und

den Zweiten Weltkrieg, bewußt von Deutschland als der einzige Weg zur Weltmacht gewollt, auslöste.

Aber man wird sich doch hierbei zwei Fragen vorlegen müssen: nämlich, ob wir in diesem Streben nach Weltmacht nicht eher die Folge eines lange bestehenden Grundirrtums, und daher eher eines seiner Symptome sehen müssen als ihn selbst. Die andere Frage betrifft die Tatsache, daß das Verdikt der Geschichte gegen eine Weltmacht Deutschland in der Größenordnung der wirklichen Weltgroßmächte endgültig ist. Der Griff nach der Weltmacht könnte somit nicht wiederholt werden, und Freund wie Feind könnten beruhigt über jede künftige deutsche Politik sein. Sie sind es jedoch nicht, und zwar nicht, weil ein ungerechtfertigter Verdacht gegen die deutsche Unberechenbarkeit immer noch besteht, sondern weil den Deutschen objektive Bedingungen aufgebürdet wurden, die auf die Dauer nicht erträglich sind, und weil der Deutsche zweimal, statt in beharrlichen Bemühungen einer elastischen Politik ungleich weniger schwierige Lagen mit Geduld zu meistern, in gewaltsame Explosionen ausbrach.

Man wird bei der Hervorhebung des Strebens nach Weltgeltung im kaiserlichen Deutschland, nach einem „Platz an der Sonne", nach mehr „Lebensraum" gerechterweise auch nicht übersehen dürfen, daß dies in einem Zeitalter geschah, in dem der Imperialismus und Kolonialismus noch legitime politische Objekte der damaligen Großmächte und einiger kleinerer Mächte waren. Es war gewiß nichts, das mit der wahnwitzigen Expansionspolitik Hitlers auf eine Stufe gestellt werden könnte, wenn Deutschland hinsichtlich Weltgeltung, Kolonien und Einflußzonen sich nicht damit abfand, nach dem Wort quod licet Jovi non lice bovi, der Ochs zu sein, und als zu spät gekommene Nation auf die Forderung nach Gleichberechtigung nicht verzichtete. Es war gewiß eine falsche Politik, insofern sie ungeschickt, ja tölpelhaft war und, überall als Störenfried und unberechenbarer Faktor auftauchend, zur Selbstisolierung, zur Koalition gegen Deutschland und in den Krieg führte. Man bleibt indessen an der Oberfläche der Ereignisse, wenn man die politischen Ungeschicklichkeiten, Taktlosigkeiten, das parvenühafte Geltungsbedürfnis und das pomphafte Auftrumpfen der deutschen Politik nach Bismarck mit seinem fahrigen Herumdilettieren in delikaten außenpolitischen Konnexionen als den Urgrund des Unheils auffaßt. Zudem war sich nicht erst dank Oswald Spengler eine denkende Schicht auch unter den Politikern Deutschlands klar darüber, daß die Weltentwicklung zu neuen großräumigen Gestaltungen voranschritt, daß man in „Kontinenten" denken müsse, und daß die Macht, die sich nicht in der Linie einer Entwicklung zu neuen Größenordnungen in Bewegung setze, unrettbar in solche zweiten und dritten Ranges absinken würde. Somit ist hier zweierlei zu unterscheiden. Es ist nicht das Streben nach größeren Räumen, nach Erweiterung der eigenen Entfaltungsmöglichkeiten schon expansionistisch und aggressiv. Es kann vielmehr gerade im Streben nach Teilnahme an einem gemeinsamen größeren Raum mehrerer Völker ein eminent befriedender, Spannungen beseitigender Zug gesehen werden. Auch solche Ideen waren im Vorkriegsdeutschland lebendig. Zerstörend und zum Kriege treibend war erst der Versuch, dies in den Beherrschungsformen des Imperialismus und auf Kosten anderer Völker zu tun, und es in einer Zeit nachzuholen, als in den alten Kolonialmächten und Imperien längst die Einsicht zu reifen begann, daß diese Herrschaftsformen nicht in Übereinstimmung mit Prinzipien und Normen ständen, die in ihrer eigenen Ordnung bestimmend waren, daß sie überholt und auf die Dauer nicht zu erhalten seien. Dies erst führt zum Kern der Sache und es führt weiter zurück in die deutsche Vergangenheit, in die Zeit der „Einigungskriege", in die Zeit der Reichsgründung und damit an die eigentliche Quelle des Unheils.

Was auch ein drittesmal, was immer wieder als Versuchung der deutschen Politik auftreten könnte, ist die seit dem Scheitern der deutschen Revolution 1848/49 auffällige Wendung der Politik zu gewaltsamen, zu militärischen Lösungen statt zu politischen. Nicht der „Griff nach der Weltmacht" ist das eigentliche Unheil. Er ist ein abgeschlossenes historisches Phänomenon. Es ist Vergangenheit. Das zutiefst Unheilvolle ist vielmehr der für ein Volk der Mitte besonders unfruchtbare „Griff nach der Gewalt", der Ausweg in die gewaltsame Lösung, in die militärische, wo angeblich eine politische nicht mehr möglich ist. Und diese Versuchung einer Kurzschluß-Lösung ist es, die auch in der gegenwärtigen Lage nahe liegt, in der für die Deutschen die Weltmacht nicht mehr greifbar ist. Sie ist es, die offensichtlich, im Schatten einer „Politik der Stärke", schon wieder in einigen Gemütern Wurzel gefaßt hat. Gegenwärtig gewiß nicht nur eine deutsche Versuchung. Aber für die deutsche Politik kann sie zu einer besonders naheliegenden dann werden, wenn in verbündeten Nationen, die nicht durch die erschütternden Erfahrungen der Deutschen gegangen sind, ihrerseits Erwägungen im Gange sind, zu einer gewaltsamen Lösung ihre Zuflucht zu nehmen. Dann könnte es die deutsche Politik sein, die anstatt, aus ihren tragischen Erfahrungen lernend und gewandelt, das mäßigende, das ausgleichende Element zu sein, die günstig erscheinende Gelegenheit zur abermaligen gewaltsamen Lösung ergreift und den Ausschlag zum Weg gibt in die Katastrophe. Diesmal gewiß nicht allein; dafür bei dem Marsch in die Vernichtung „Germans to the front!"

IV

Es ist nicht so sehr der „persönliche Stil" Bismarcks, den Weg der gewaltsamen Lösung zu wählen. Hier liegt mehr Zwang als Neigung vor. Hier zeigt sich eine allgemeine Tendenz im abendländischen Geist; Skeptik über die „Macht der Ideen", gestaltender Griff in die konkrete Wirklichkeit. Hier liegt ein allgemeiner Zug vor, das, was man in USA „the Revolt of Pragmatism" (W. J. Elliott) genannt hat. Man erinnert sich, daß auch in USA eine Entsprechung zu der kriegerischen Lösung der „deutschen Einigung" in einem Bundesstaat existiert, der etwa in denselben Jahren unvermeidbar gewordene Bürgerkrieg; die Erhaltung der Einheit des amerikanischen Bundesstaates durch den Appell an die Waffen statt durch jenes Prinzip, das maßgebend für das amerikanische Gemeinwesen ist, government by discussion. Erst mit Bismarck, mit der Gründung des kleindeutschen Reiches als Nationalstaat, erst mit der durch das Scheitern der 48er Revolution unmöglich gewordenen Neuordnung des mitteleuropäischen Raumes gelangen wir zu der eigentlichen Quelle der Irrtümer und falschen Tendenzen, auf die man sich vernünftigerweise wird beschränken müssen, um bei der Sache zu bleiben und nicht in fruchtlose Spekulationen bis in die Zeit der Völkerwanderungen zu verfallen oder gar die ganze Geschichte des deutschen Volkes als eine einzige Fehlleistung zu verurteilen, dabei die Augen vor ähnlichen Entwicklungen wie im deutschen Volk bei anderen Nationen verschließend.

Nach dem unwiderruflichen Ende des Bismarck'schen Reiches sind wir Nachfahren eher als seine Bürger imstande, Größe und Grenze dieser Staatsschöpfung in ihren rechten Maßen zu erkennen. Auch der politische Gegner dieses Versuches eines deutschen Nationalstaates und einer im wesentlichen legitimistisch-konservativen, auf den Fürsten als den „angestammten" Träger der alten Reichshoheit statt auf dem souveränen Volk gegründeten Lösung der deutschen Einheitsbestrebungen sollte sich der Größe und weisen Abgewogenheit dieser Staatsschöpfung nicht verschließen. Die Art, wie Bismarck die Haupttendenzen der deutschen Tradition in einer sich wandelnden politischen Wirklichkeit in ein

Gleichgewicht zueinander zu bringen wußte und durch Rezeption von Tendenzen des revolutionären Rationalismus ergänzte, ist eine einmalige geschichtliche Leistung. Er verstand es, der geschichtlichen Stunde, dem Kairos gehorchend, in seiner Reichsgründung ein „Versöhner-Gesetzgeber" zu sein. Trotzdem war der Weg in den kleindeutschen Nationalstaat die Verirrung in eine Sackgasse. Die Reichsgründung war ein Ende, nicht ein Beginn, ein Abschluß vor weiteren Entwicklungsmöglichkeiten. Sie war die Sicherung eines status quo, begründet auf der Saturiertheit der nationalen Wünsche. Aber die nationalen Wünsche waren nicht saturiert; sie konnten es nicht sein. Die Reichsgründung war der Schwerthieb durch den Gordischen Knoten des deutschen Problems. Aber der Schwerthieb löste nicht den Knoten. „Er schürzt sich stets wieder, wie die Frage sich stets von neuem stellt" (Ernst Jünger).

Tragik umwitterte schon die Reichsgründung, nicht erst das Ende des Reiches. Sie beruht auf einem Verzicht und dazu noch auf einem vergeblich geleisteten. Sie war ein Versuch wider die Natur der Dinge. Sie war eine gewaltsame Lösung, keine „gewachsene", und somit gerade als konservative Lösung ein Widerspruch in sich selbst und daher nur widerstrebend von echten Konservativen aufgenommen. Sie war eine Lösung, die unter dem Ansturm neuer politischer und sozialer Strömungen schon veraltet und unzulänglich war, als sie verwirklicht wurde. Auch hierfür gab es eine Parallele, Disraelis Schöpfung des Indischen Kaiserreiches als Erweiterung des Machtfundamentes Englands. Auch hier eine Ordnungsgründung in der geschichtlichen Stunde verwirklicht, da sie bereits überholt war. Schon die Väter der Generation, die als junge Männer 1914 ins Feld zogen, konnten in dem Bismarck'schen Reich nicht die Erfüllung der nationalen Wünsche sehen, und es geschah gewiß nicht aus alldeutschtümlicher Anmaßung und verwerflichem Nationalismus. Das Problem der deutschen Einheit war nicht gelöst. Die Stimme des greisen, vereinsamten österreichischen Dichters Grillparzer fand in den jüngeren Generationen mehr Gehör als in seiner eigenen. Die bittere Anklage, daß mit dem Ausschluß Österreichs aus dem werdenden deutschen Reich nicht ein Reich geboren, sondern ein Volk zerstört sei. Die Suche nach Schuldigen, nach den eigentlich Verantwortlichen für das Scheitern führt hier nicht weiter. Weder ist es Preußen und sein König, noch das Habsburger Reich, das durch eine Revolution am gefährdetsten in seinem Bestande an fremdvölkischen Kronländern war. Doch auch die deutsche Nationalversammlung von 1848/49 überfordert man wohl, wenn man das Versagen allein ihrem mangelnden revolutionären Willen zuzuschreiben gewillt ist. Hier war eine Aufgabe gestellt, für deren Lösung es kein modernes Vorbild gab. Hier war eine Entscheidung notwendig, die das gewöhnliche Maß politischer Einsicht und Voraussicht überstieg.

Welches ist die Frage, die sich im deutschen Schicksal stets von neuem stellt? Der Knoten, der sich stets von neuem schürzt? Es ist die Frage, ob für das deutsche Volk, seiner Lage und Geschichte nach, die Zusammenfassung in einen einheitlichen Nationalstaat, dem nationalen Vorbild der großen französischen Revolution entsprechend, angemessen sei, oder ob es nicht im Streben nach Einheit auch der Vielfältigkeit der mit ihm gemeinsam in demselben Raum siedelnden anderen Völker Rechnung zu tragen gehabt hätte, ob es nicht nach den anderen, eigenen, durch die eigene Vergangenheit vorgezeichneten Formen suchen mußte. Keiner der westlichen Nationalstaaten war auf dem einen, die gleiche Sprache redenden Volk derselben Abstammung begründet, sondern auf der Teilhabe an dem gemeinsamen Herrschaftsgebiet, an ein und derselben Geschichte. Der westliche Nationalstaat hatte verschiedene Völker zu einem gemeinsamen politischen Willensverband zusammengeschlossen. Das war in einem langen Prozeß, nicht

ohne Gewalt und Unterdrückung, geschehen. Die großen westeuropäischen Nationen hatten sich als Nationalstaaten vor dem großen Umbruch der Französischen Revolution gebildet. Sie erfuhren durch sie eine festere Prägung. Auf deutschem, auf mitteleuropäischem Boden war diese Entwicklung ausgeblieben. Hier war wohl das Bewußtsein einer volkhaften Zusammengehörigkeit aller Deutschen vorhanden: die politische Realität repräsentierten die Territorialfürstentümer und dynastischen Herrschaften. Die Männer der Frankfurter Paulskirche, sofern sie nicht den Begriff Nation mit dem des Volkstums verwechselten und sich damit von vornherein in Widersprüche verwickelten, hatten die Aufgabe vor sich, entweder den ganzen Bereich des deutschen Bundes samt seine fremdstämmigen Bürgern gewaltsam zu einem einheitlichen Nationalstaat zu zwingen und den Prozeß der Nationbildung in einem abgekürzten Verfahren nachzuholen. Das war nur im Feuer einer echten Revolution möglich. Oder auf den Nationalstaat überhaupt zu verzichten und nach einer loseren Verbindung selbständigerer Glieder zu suchen. Keins von beiden geschah.

Die Geschichte des Scheiterns der deutschen Nationalversammlung 1848/49 war unvermeidlich. Zu der „unbewältigten Vergangenheit" gehört vor allem das Versäumnis des deutschen Volkes, seine Geschicke selbst in die Hände zu nehmen. Es wirkt bis auf den heutigen Tag als nicht zu bewältigende Gegenwart. Wir müssen es uns versagen auf Einzelheiten einzugehen, auf das Für und Wider einer groß- oder kleindeutschen Lösung, so aufschlußreich dies auch noch für die Gegenwart sein mag: den Radowitz'schen Plan eines deutschen Bundesstaates in einer deutsch-österreichischen Konföderation; den Fürst Schwarzenberg'schen Plan eines mitteleuropäischen Bundes. Auch hier kam weder das eine noch das andere zum Zuge. Fünfzehn Jahre nach der 48er Revolution, am Vorabend des ersten der drei Reichsgründungs-Feldzüge, kam es auf dem Frankfurter Fürstentag 1863 noch einmal zu einem fruchtbaren Neuordnungsvorschlag in der Richtung auf einen übernationalen Bund in Anlehnung — wenigstens in symbolischer Weise durch den Kaiser — an das alte Reich. Aber inzwischen waren die Beziehungen zwischen Österreich und Preußen nicht mehr für eine solche Lösung tragfähig. Wäre sie überhaupt als eine Lösung der Fürsten statt des Volkes länger tragfähig gewesen als die kleindeutsche, das auf die Gemeinschaft der deutschen Fürsten gegründete Bismarckreich? Nur als ein Völkerbund, nicht als ein Fürstenbund hätte eine gemeinsame, eine dauerhafte große Lösung der staatlichen Ordnung im mitteleuropäischen Raum gelingen können.

Es war und bleibt das Verhängnis der neueren deutschen Geschichte, daß die deutsche Revolution von 1848 so wenig eine Revolution war wie es die von 1918/19 gewesen ist, daß sie weder die innenpolitischen Voraussetzungen für eine nationale Wiedergeburt schaffen, noch für eine solche den allein möglichen außenpolitischen Rahmen errichten konnte. Immerhin hat das Frankfurter Parlament eine klärende Arbeit geleistet, die unvergessen bleiben sollte. So jenen § 188 des Reichsverfassungsentwurfes, in dem die späteren Minoritätenschutzverträge der Friedensdiktate von Versailles und Trianon für die Nachfolgestaaten vorweg genommen sind: „Den nicht deutschredenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volkstümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprache, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterricht, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege". Da ist weder von „Eindeutschen" die Rede noch von der ausschließlichen Vorherrschaft der Deutschen als Herrenvolk. Auch solche Züge sollte man über dem „Griff nach der Weltmacht" nicht übersehen.

Eins zieht sich durch dieses ganze Ringen wie ein roter Faden hindurch: daß eine ausschließlich nationalstaatliche Lösung für den mitteleuropäischen Raum

nicht ohne Gewalt und Unterdrückung möglich war, und trotz der Völkerwanderungen und Vertreibungen nicht ohne Ungerechtigkeit und Zwang möglich ist, ob sie von den Deutschen als Vormacht unternommen wurde oder von den anderen Völkern, um das deutsche Volk in Schach zu halten. Es ist nach dem Gesagten wohl klar, daß und warum als die grundlegende falsche Tendenz in der deutschen Entwicklung die mit der Reichsgründung getroffene Entscheidung für einen deutschen Nationalstaat in den kleindeutschen Grenzen des Bismarckreiches anzusehen sei. An sie heftete sich das Unheil eines chauvinistischen Nationalismus, an sie die Maßlosigkeit der alldeutschen Bestrebungen. Aus ihr entsprang als Überkompensation der unzulänglichen nationalen Lösung zu einem guten Teil der „Griff nach der Weltmacht", und schließlich das „Großdeutsche Reich" Adolf Hitlers, mit allem, was sich daran anschloß an Maßlosigkeit und Verbrechen.

V

Es wäre wohl notwendig, auch noch von diesem zu sprechen; denn es wird immer ein Geheimnis bleiben, wie es geschehen konnte, daß in einem Volk wie es das deutsche war, sich ein solcher Abgrund von Bösartigkeit auftun konnte. Von all dem wäre zu reden, was an falschen geistigen Tendenzen, an lange im Blute Schwärendem in dem Totenzuge der schwarzen Horden aufgebrochen und offenkundig geworden ist, an jener Berauschtheit von allem „Gigantischen", an jener Feindschaft gegen Vernunft und rechtes Maß, an jenen Extremismus, der sich schon wieder regt und, wo er sich regt, Unheil wirkt, von all dem, was hinter dem nationalsozialistischen Aufbruch als das ihn von langer Hand Vorbereitende und ihn Nährende lebendig gewesen war und mit dem Nationalsozialismus noch nicht in den Abgrund zurückgefegt worden ist. Es muß hier mit dem Erwähnten, mit der Hervorhebung von ein paar konkreten politischen Tendenzen sein Bewenden haben, falschen Tendenzen in der Entwicklung des deutschen Volkes. Solchen Tendenzen haftet, nach Goethes eigenem Geständnis, das Fatale an, „daß man nie eine solche Tendenz erkannte, als bis man sich bereits frei gemacht". Es fehlt wohl noch vieles, daß sie als solche erkannt wurden, daß sich das deutsche Volk in allen seinen Gliedern von ihnen frei gemacht hätte. Am schwersten ist es wohl dem Deutschen, als eine solche seine Abneigung gegen das Vernünftige, Rationale zu erkennen, weil er seinen Vorzug anderen Völkern gegenüber gerade darin sieht, in einer besonderen Beziehung zu einem Übervernünftigen zu stehen, und so befähigt sei, sich „auf sein Gefühl verlassen" zu können, am schauderhaftesten wohl in der Gestalt jenes Mannes verkörpert, der sich seiner „traumwandlerischen Sicherheit" öffentlich rühmte. Woraus denn auch die negative Beziehung der Deutschen zu jener Revolution des Rationalismus zu erklären wäre, durch die andere Nationen nicht ohne Gewinn, wenn auch mit manchen Opfern hindurchgegangen sind, und weswegen die Aufklärung bei uns Deutschen ein unfinished business geblieben ist, ohne daß es uns den Glauben gestärkt hätte.

Doch warum diese historischen Erinnerungen; warum dieses Betonen falscher Tendenzen? Ist das nicht alles gegenstandslos geworden? Die Frage, ob kleindeutscher Nationalstaat oder mitteleuropäisches Gemeinwesen? Die Erinnerung an die versäumte Revolution und selbst an den „Griff nach der Weltmacht" oder nach den „Mitteln der Gewalt"? Ist das nicht alles restlos Vergangenheit? Leben wir nicht in einer völlig veränderten Wirklichkeit, die uns andere Aufgaben stellt, die uns neue Ziele und Möglichkeiten eröffnet? Das zu seiner Zeit Versäumte ist nicht nachzuholen; das einmal im Zuge der Geschichte Verfehlte ist nicht zu reparieren; das Geschehene ist nicht rückgängig zu machen, und das

zu Geschehende weist in andere Richtungen. Ist es nicht gerade das, was wir im Durchgang durch den „Null-Meridian" erfahren haben: daß wir nicht nur unermeßlich viel Unersetzliches verloren haben, sondern mit ihm auch das Falsche, die „falschen Tendenzen"? Ist es nicht dies, was uns das Gerede von der „unbewältigten Vergangenheit" so verdächtig macht?

Das, was als Maxime so banal klingt, gerade das versucht die Politik immer wieder, das Verfehlte nachträglich zu korrigieren, das früher Versäumte nun nachzuholen und das Geschehene rückgängig zu machen. Die Politik der deutschen Bundesrepublik macht hier keine Ausnahme. Damit aber werden alle falschen Tendenzen und Irrtümer wieder lebendig, wenn auch in anderen Masken und Metamorphosen, all das, was sich dem Wandelnden, dem Neuen widersetzt. Das deutsche Volk ist, wenn man nicht die leidenschaftliche Beschäftigung mit der neuen Prosperität und die Übernahme des amerikanischen Ideals des persönlichen Strebens, des pursuit of happiness als Lebensinhalt und Sinnerfüllung hinnehmen will, ohne glaubwürdige politische Konzeption geblieben. Es hat weder jene Wendung und Wandlung vollzogen, die, den Makel der alten Irrtümer auslöschend, einen Neubeginn in neuer Ausrichtung seiner Selbstgestaltung setzt; noch hat es trotz dem betonten Bekenntnis zum Christentum den Segen einer geistig-schöpferischen Aufgabe erlangt, mit der es über sich selbst hinaus gelangen könnte.

Es kann nicht ausbleiben, daß solcher Behauptung auf das Entschiedenste widersprochen werden wird. Und in der Tat: ist es nicht gerade das große historische Verdienst Konrad Adenauer's, das deutsche Volk, soweit es in der Bundesrepublik lebt, aus seinen alten falschen Tendenzen und Zielen herausgerissen und ihm eine neue, der Zeit und Lage angemessene Entfaltung, statt in einem eigenen Imperium, statt in einem kleinen oder großen Nationalstaat, in einem europäischen Gemeinwesen gleicher Partner als Ziel gewiesen zu haben? Ist nicht damit wirklich der Grund zu einer neuen dauernden Gestalt des deutschen Volkes gelegt? Die Mehrheit der Deutschen glaubt so. Gewiß leuchtet die Politik der Bundesrepublik in dem Schein eines guten, eines neuen, eines fruchtbaren Beginnes, einer grundlegenden Wendung. Aber trügt nicht der freundliche Schein? Es wäre gewiß ein Beginn gewesen, dem man nur aus vollem Herzen hätte zustimmen können, wäre nicht die neue gesunde Linie von ihrem ersten Ansatzpunkt an durchkreuzt und verwischt worden durch die Hereinnahme wesentlicher Züge in die neue Politk, die die alte illusionär, widerspruchsvoll gemacht und zweimal in die Katastrophe geführt hatten. Die Europapolitik Adenauers wäre gesund gewesen, wäre die Verwirklichung der Idee eines europäischen Gemeinwesens nicht von Anfang an als Mittel in dem Machtkampf zwischen den Westmächten und Sowjetrußland unternommen worden, mit allen Requisiten des alten politischen Spieles, einer „Politik der Stärke", dem Vorwiegen des militärischen vor dem politischen Denken, dem Illusionismus und der Wirklichkeitsentfremdung; wäre nicht deutscherseits diese Bündnispolitik mit dem Gedanken verkoppelt gewesen, auf solche Weise den Kriegsausgang doch noch korrigieren, die Revision der durch die Niederlage und die verursachten Kriegsschäden bedingten Gebietsabtretungen erlangen und die Einheit des Zweiten Reiches wiederherstellen zu können, wenn auch nicht in den Grenzen des Bismarckreiches, so doch in denen von 1937; somit eine Lage als die normale für das deutsche Volk zu erstreben, die eingestandenermaßen als das Ergebnis des Versailler Friedensdiktates gerade der Anlaß zu dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gewesen ist. Allein diese Verkoppelung der Europapolitik mit der

Forderung der Wiederherstellung der Grenzen von 1937 zeigte die Brüchigkeit und Widersprüchlichkeit der bisherigen bundesdeutschen Politik, zeigt, daß die alten Bahnen und Tendenzen nicht verlassen sind, zeigt, wenn nicht die Unaufrichtigkeit (Verschlagenheit) der Politik, so die alte Illusionsfähigkeit, die Wirklichkeitsentfremdung der Deutschen, die erst kürzlich in einer Diskussion den Gedanken ihrer im klinischen Sinne geistigen Erkrankung hat aufwerfen lassen. Man braucht nur auf die bundesdeutsche Ostpolitik zu verweisen, auf die Illusionen, mit denen die Landsmannschaften der abgetretenen Gebiete „wie die Kapaune gemästet" werden.

In der antikommunistischen Frontwendung bei der Bildung eines europäischen Gemeinwesens liegt der Keim ihrer Selbstvereitelung. So wie Adenauers Politik der Wiedervereingung durch den Beitritt zur antikommunistischen Koalition und dem militärischen Verteidigungssystem des Westens, so wie seine Revisionspläne gescheitert sind, so wird auch der Versuch eines europäischen Gemeinwesens so lange politisch unfruchtbar bleiben, als er ein Mittel im Kampf gegen den Kommunismus ist. Was die Europapolitik Adenauers als eine Politik alten Stils abstempelt, ist der militaristische Kern in ihr, ist, daß sie ganz in den machtpolitischen Kategorien der bisherigen Politik konzipiert ist. Es ist das alte Konzept, nur daß an die Stelle der Einheit Deutschlands, um die in dem Frankfurter Parlament gerungen wurde, an die des „Dreibundes" der Wilhelminischen Ära und die des Großdeutschen Reiches das europäische Bündnissystem getreten ist. Es ist Mittel zum Zweck, es ist Machtmittel. Dies Europa ist nicht als eine Zone des Friedens, des Ausgleichs, der Verbindung, als ein Element in einem werdenden universalen Gemeinwesen konzipiert, sondern als ein Machtinstrument im Kreuzzuge gegen einen neuen Erz- und Erbfeind, gegen den Weltfeind. So wenigstens faßt es der Durchschnittsbürger, muß er es auffassen, wenn er seine Zeitungen liest oder sein Radio hört.

Was ist zu tun? Bleibt noch etwas zu tun, um ein abermaliges Abgleiten der deutschen Politik in falsche Tendenzen zu verhindern? Diese Bemerkungen würden ihren Zweck verfehlt haben, wenn nicht zwischen den Zeilen abzulesen wäre, von welchem Punkt aus, mit welchen Voraussetzungen eine fruchtbare deutsche Politik der Verbindung mit anderen Nationen in der Grundlegung eines Friedens zu beginnen hätte. Sich darüber hier noch zu verbreiten, ist nicht der Platz. Hier galt es angesichts der notwendigen Erinnerung an die beiden Weltkriege, die fünfundzwanzig und zweimal fünfundzwanzig Jahre zurückliegen, der Sorge Ausdruck zu geben, daß das Schicksal eines dritten noch nicht von unserem Pfade gebannt ist, und daß im Mittelpunkt dieser Sorge Schicksal und Entscheidung des deutschen Volkes stehen. Wir Deutschen gehören der Lage und Veranlagung nach zu den innerlich wie äußerlich gefährdetsten Völkern, mit einer Bürde der Geschichte, die schwer auf uns lastet, die uns immer wieder zurückwarf oder stecken bleiben ließ in den Versuchen, zu einer gültigen Gestalt zu kommen. Wir sind die unfertige Nation geblieben, nicht nur die verspätete. Es ist wohl wahr, daß der Deutsche dem Wesen der Tragik in seinem Schicksal näher steht als andere Völker, jener Urtragik, in der man in die Spannung einander ausschließender Gegensätze gestellt wird. Es ist notwendig, ihnen stand zu halten. Es ist möglich. Andernfalls wäre das deutsche Volk nicht mehr am Leben.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Willy Max Rademacher zum Problem der innerdeutschen Kontakte

Im Anschluß an die Diskussion um eine von FDP-Seite geforderte Koordinierung der innerdeutschen Kontakte der Bundesrepublik haben wir den seit langem zu den führenden Deutschland-Politikern seiner Partei gehörenden Hamburger FDP-Bundestagsabgeordneten Willy Max Rademacher um die Beantwortung einiger Fragen zu diesem „Thema des Monats" gebeten. D. Red.

Herr Rademacher, seit 1949 sind Sie Spitzenkandidat der FDP in Hamburg und seit dieser Zeit in ununterbrochener Folge Mitglied des Bundestages. Die politisch interessierte Öffentlichkeit kennt Sie als einen Mann der Mitte. Uns würde interessieren, was Sie zur Diskussion über das Für und Wider eines Bundesamtes für innerdeutsche Kontakte zu sagen haben?

Bekanntlich steht es mit unserer Deutschland-Politik, zu der ich auch die innerdeutschen Beziehungen auf den verschiedensten Sektoren rechnen möchte, nicht gut. Daß man in den vergangenen 15 Jahren von einer Deutschland-Politik im konstruktiven Sinne kaum sprechen konnte, liegt wesentlich begründet in der Politik der vergangenen Kabinette. Unter dem Zwang der internationalen Entwicklung scheinen die Dinge jetzt allerdings etwas mehr in Fluß zu kommen. Wir haben zu Weihnachten das Passierscheinabkommen gehabt, es kam in den letzten Wochen zu dem Abkommen über den gemeinsamen Wiederaufbau der Saale-Brücke bei Hof, es gibt Gespräche über andere Fragen, wie die Entlassung zahlreicher politischer Gefangener zeigt.

Meine Partei hat von jeher — und oft unter schwierigen Bedingungen — an der Verbesserung des innerdeutschen Klimas durch den Ausbau möglichst vieler Kontakte auf vielen Ebenen gearbeitet. Mit dem jüngsten Vorschlag, der von Willi Weyer nochmals in Erinnerung gebracht wurde, und die Schaffung einer Stelle für innerdeutsche Kontakte vorsieht, setzt die FDP kontinuierlich ihren Weg fort, die deutsche Politik auf sinnvollere Bahnen zu führen.

Welche Funktion sollte diese Stelle nach Ihrer Auffassung haben?

Lassen Sie mich da zunächst noch einmal auf das Beispiel aus jüngsten Tagen zu sprechen kommen. Das Abkommen zwischen uns und den Behörden im anderen Teil Deutschlands, die Saale-Brücke wieder aufzubauen, hat zu lebhaften Diskussionen in der Presse geführt. Wie Sie wissen, wurde dieses Übereinkommen, dem man politische Akzente gewiß nicht absprechen kann, zwischen dem Leiter unserer Treuhandstelle in Westberlin, Dr. Leopold, und dem Beauftragten für innerdeutschen Handel, Herrn Behrendt aus Ostberlin, erörtert und zum Abschluß gebracht.

Im Grunde handelt es sich hier um eine Abmachung, der politische Entscheidungen sowohl in Bonn wie in Ostberlin vorausgegangen sind. In den Verhandlungen über die Saale-Brücke, und nicht nur über diese Brücke allein, wurde die einstmals auf rein wirtschaftliche Fragen fixierte Kompetenz der Treuhandstelle weit überzogen. Im Grunde sind ja auch andere Fragen, ob sie nun die Ausdehnung des Handels, das Anheben des Reiseverkehrs, die Amtshilfe der Justizstellen untereinander betreffen, Fragen mit mehr oder weniger eindeutigem politischen Hintergrund. Manches, was für uns unpolitisch sein mag, ist für die andere Seite politisch, und sicherlich auch umgekehrt. Es ist mir klar, daß man über all diese Fragen nicht fünf bis sechs Gremien entscheiden lassen kann, die

zudem oft noch verschiedene, zum Teil bewußt hemmende, Auffassungen haben. Darum ist es nur logisch und sinnvoll, alle Kontakte zu koordinieren und sie der Kompetenz des Ministers für Gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende, zu unterstellen. Selbstverständlich kann mein Parteifreund Mende, — der, wie ich weiß, als verantwortlicher Ressortminister nicht immer über alle Details innerdeutscher Kontakte, so zum Beispiel bei der Saale-Brücke, unterrichtet wurde — bei seinen Entscheidungen nur im Rahmen der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers handeln. Ich glaube, eine solche Verfahrensweise würde uns viel Ärger und Verdruß ersparen.

Das ist die eine Seite. Zum anderen möchte ich meinen, wäre es wenig sinnvoll, ein solches Amt zu schaffen, wenn nicht mehr als bisher im innerdeutschen Bereich geschehen soll. Was wir brauchen ist ja nicht nur eine Verbesserung der technischen Handhabung, sondern vor allem eine echte Hinwendung und Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen auf möglichst vielen Gebieten. Und hier, so scheint mir, kommt es in erster Linie darauf an, diese Kontaktstelle gegen den Widerstand eines bestimmten Teils der CDU/CSU durchzusetzen. Der an sich gute Gedanke darf nicht in der Diskussion untergehen oder auf die wenig fruchtbare Ebene der Technik allein geschoben werden. Drängt die Zeit nicht dahin, nunmehr endlich auch in Deutschland das Klima zu verbessern, andere Wege zu beschreiten, nachdem sich eine bestimmte Politik als abgenutzt erwiesen hat? Mir scheint, wir Deutschen sollten niemals die schrecklichen Alternativen vergessen, die sich in anderen äußerlich wie innerlich gespaltenen Länder wie Korea, Vietnam und Kongo gezeigt haben und zeigen. Gewiß mögen in diesen Ländern die Dinge in mancher Hinsicht anders liegen, aber so grundverschieden zu den unseren scheinen sie mir wieder nicht. In diesen Ländern wurde vergessen, was wir nicht vergessen dürfen: Zu verhandeln!

Manche Politiker der CDU sagen, mit einer solchen koordinierenden Stelle würde notwendigerweise eine Aufwertung oder gar schrittweise Anerkennung der DDR einhergehen. Was ist Ihre Meinung hierzu?

Natürlich spielt alles Außenpolitische und Gesamtdeutsche in die Hallstein-Doktrin hinein. Wir können tun, was wir wollen, immer steht sie in der einen oder anderen Form vor uns. Aber wollte man die Hallstein-Doktrin konsequent anwenden, dann dürften nicht einmal innerdeutsche Gespräche über Wirtschafts- und Verkehrsfragen stattfinden. Denn schließlich bedeutet ja jedes Gespräch, das ich mit irgend jemandem führe, daß er für mich existiert. Und in der Tat bedeutet jede Übereinkunft, ob ich das will oder nicht, eine de-facto-Anerkennung meines Partners. Juristische Konstruktionen mögen etwas anderes aussagen, aber juristische Konstruktionen sind ja, wie wir alle wissen, oft sehr lebensfremd. Aber mir scheint, diese de-facto-Anerkennung ist ja längst da. Die Bundesrepublik findet sich ja beispielsweise seit geraumer Zeit mit der diplomatischen Vertretung ab, die der andere Teil Deutschlands in Sansibar unterhält. Sie erkennt Deutsche auf afrikanischem Boden an, die für sie auf deutschem Boden nicht existieren. Schließlich bezahlen wir ja auch unser Geld für die Saale-Brücke auf ein Ostberliner Konto.

Im übrigen scheint mir das fortwährende Herumklopfen auf juristischen Positionen und Fiktionen allmählich steril. Stattdessen sollte man sich einmal Rechenschaft darüber ablegen, was denn mit der ‚Konzeption der Nicht-Existenz' eigentlich erreicht wurde. Schließlich nicht mehr, als die Teilung Deutschlands bis in die beinahe letzte Konsequenz. In den Augen der Welt scheint es doch nur als Komödie, daß bei jeder Reise einer SED-Delegation, sei es nach Paris oder Rom, in Bonn eine Art Palastrevolution ausbricht. Von niemandem habe ich gehört, daß

auch nur einer unserer NATO-Verbündeten Bedenken geäußert hat gegen die Errichtung einer Stelle für innerdeutsche Kontakte. Unsere Angst, daß jedes innerdeutsche Gespräch oder Abkommen als ‚Schritt zur Anerkennung der DDR' ausgelegt wird, verhindert ja geradezu jeden weiteren sinnvollen Kontakt. Nein, ich meine mit Präsident Johnson, daß wir Deutschen ‚nicht im Beton' stehen bleiben dürfen und uns der ernsten Probleme der Zeit würdig annehmen sollten.

Käme eine koordinierende Stelle zustande, welche Aufgaben würden Sie dieser Behörde vorrangig geben?

Lassen Sie mich zunächst auf eine Frage zu sprechen kommen, die ich schon im Jahre 1956 im Bundestag angeschnitten habe. Meine Anregung damals, die übrigens als Antrag formuliert war, war die, daß die Bundesregierung in den Hauptstädten der Oststaaten Handelsmissionen errichten solle. Dieser Vorschlag wurde damals durch Dr. v. Brentano brüsk zurückgewiesen. Aber heute haben wir Handelsmissionen in den europäischen Oststaaten, wie gesagt, sieben Jahre nach Beantragung im Bundestag. Vor Jahren wurde bei uns noch diskutiert, ob eine Amtshilfe zwischen den Instanzen der Justiz in beiden Teilen Deutschlands möglich sei. Mit Diskussionen dieserArt haben wir leider viel gute Zeit vertan und manchen politischen Kredit im Ausland verloren. Wollen wir, daß das Wenige, was wir bisher erreicht haben, in Gefahr gerät, vertan zu werden, oder wollen wir alle mühsam errungenen Positionen zum Wohle aller Deutschen weiter ausbauen? Das ist im Grunde die Frage, um die es auch bei der gegenwärtigen Diskussion über die Einrichtung einer Stelle für innerdeutsche Kontakte geht.

Wenn Sie an mich die Frage gerichtet haben, welche vorrangige Aufgaben ich dieser Stelle geben würde, dann kann ich nur antworten, sie sollte sich aller Fragen annehmen, die das Leben in Deutschland erleichtern und verbessern, die unserem Volk und den übrigen europäischen Völkern mehr Ruhe und Sicherheit und uns Deutsche dem nationalen Ziel der Einheit Schritt um Schritt näher bringen.

Prof. Dr. jur. Harold Rasch

Volk ohne Führung — Staat ohne Bürger

I

In diesen Tagen tritt der vierte Deutsche Bundestag in sein letztes Lebensjahr ein. Bald wird es Zeit sein, eine Bilanz seiner Leistungen und der Tätigkeit der Bundesregierung aufzumachen. Schon heute läßt sich sagen, daß sie schwerlich einen Gewinn ausweisen wird.

Der erste (1949), auch noch der zweite (1953) Bundestag haben tüchtige gesetzgeberische Arbeit geleistet. Damals wurden die rechtlichen Grundlagen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die mit der Währungsreform von 1948 und dem Übergang zu einer tendenziell marktwirtschaftlichen Ordnung des Wirtschaftslebens gelegt waren, ausgebaut, gewiß nicht konsequent genug, nicht selten beeinflußt durch den Druck massiver Sonderinteressen, — wie etwa an der Geschichte des Kartellgesetzes studiert werden kann —, aber im ganzen doch in

fleißigem Bemühen und einigermaßen richtungweisend. Über große außen- und innenpolitische Fragen, die Montan-Union als Grundlage einer politischen Einigung (Klein-)Europas, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Wiedereinführung der Wehrpflicht, den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO wurde ernsthaft zwischen Regierungsparteien und Opposition gerungen. Der damalige Bundeskanzler Adenauer hatte dabei, was immer man gegen ihn einwenden konnte, die Führung der Regierung fest in der Hand. Er ging nicht „pingelig" mit Recht und Moral um, bediente sich aller nur denkbaren Mittel parlamentarisch-taktischer Kniffe und Tricks, verteilte freigebig die ihm zur Verfügung stehenden reichen Pfründen zur Belohnung für geleistete, als Anreiz für zu leistende Dienste und scheute nicht vor oftmals recht häßlichen persönlichen Verunglimpfungen seiner politischen Gegner zurück. Aber er wußte zu jeder Zeit, was er wollte. Eine jahrelange Erfahrung im Umgang mit den Stadtverordneten seiner Heimatstadt Köln hatte ihn gelehrt, wie man es macht.

Seit Beginn der dritten Legislaturperiode des Bundestags (1957) etwa zeigte das Bild der Parlaments- und Regierungsarbeit veränderte Züge. Obwohl die CDU/CSU nunmehr die absolute Mehrheit im Bundestag besaß, vielleicht auch gerade deshalb, ging die Leistung des Parlaments nach dem Urteil aller kritischen Beobachter ständig zurück, wobei diese Leistung gewiß nicht an der Zahl der verabschiedeten Gesetze gemessen werden soll. Die Regierungspartei war satt und träge geworden, ihre Führung vermochte sich immer weniger gegen die einander widersprechenden Wünsche der Interessenten in den eigenen Reihen durchzusetzen, deren Unvereinbarkeit je länger desto mehr nur notdürftig durch die allen gemeinsame „christliche Tünche" überdeckt wurde. Wer heute die Rückblicke des Jahres 1961 auf die dritte Legislaturperiode des Bundestags liest, kann feststellen, wie groß die Unzufriedenheit mit dem Parlament schon damals war. Die zunächst angekündigte, dann plötzlich wieder zurückgezogene Kandidatur Adenauers für das Amt des Bundespräsidenten (1959) bewies, daß auch „der Alte" selbst innerlich unsicher geworden war. Außenpolitisch offenbarte die Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 auch dem politisch Blinden das Scheitern einer Politik, die behauptete, eine „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" durch militärische Aufrüstung der Bundesrepublik erreichen zu können.

Bei den Bundestagswahlen 1961 erhielt die CDU/CSU die Quittung für ihr Versagen, verlor die absolute Mehrheit wieder und war gezwungen, eine neue „Koalition" mit der FDP einzugehen. Diese erwies sich von Anfang an als wenig leistungsfähig. Die erste Hälfte der Legislaturperiode war vor allem durch heftige Kulissenkämpfe um das Verbleiben oder den Abgang des uralten Kanzlers gekennzeichnet, der in greisenhafter Starrheit an seinem Amt hing, bis er schließlich von seinen eigenen Parteifreunden zum Rücktritt gezwungen wurde. Größere und kleinere Skandale um den Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, den Generalbundesanwalt Fränkel, den Vertriebenenminister Krüger lösten einander ab. Aus dem Parlament gingen in drei Jahren nur zwei Gesetze von einiger Bedeutung hervor, das Gesetz zur Rationalisierung des Steinkohlenbergbaus und das Entwicklungshilfe-Steuergesetz, sonst fast ausschließlich Flickwerk auf dem Gebiet der Steuer-, Agrar- und Sozialgesetzgebung. Allzu häufig zeigten die Bänke des Bundestags gähnende Leere, in der letzten Sitzungsperiode vor den Ferien wurden dann jeweils ein Dutzend nebensächlicher Vorlagen im Eiltempo durchgepeitscht.

Schon jetzt kann man feststellen, daß der vierte D e u t s c h e B u n d e s t a g bei der Erfüllung seiner Aufgaben vollständig v e r s a g t hat. Weder die längst überfällige Reform unserer Finanzverfassung noch die geplante grundlegende Änderung des Umsatzsteuerrechts — der Übergang von der kumulati-

ven Allphasen- zur Mehrwertsteuer — noch die Aktienrechtsreform noch sonst irgendein wesentliches Gesetz sind verabschiedet. Man wagt keine Entscheidungen mehr zu treffen, die diese oder jene Gruppe verärgern, die nächsten Wahlen ungünstig beeinflussen könnten. Und da jede politische Entscheidung gewichtige Interessen berührt, da ferner jederzeit früher oder später Wahlen bevorstehen, wird überhaupt nichts mehr entschieden. Man fragt nicht, was zur Erreichung eines im Interesse der Allgemeinheit gewünschten politischen Ziels notwendig ist, sondern wie irgend eine Maßnahme bei den Wählern „ankommen" könnte. Das Sachargument ist durch die Antwort der „Meinungsforscher" ersetzt. Primäres Ziel ist es, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, immer ungenierter — um nicht zu sagen: schamloser — nehmen die herrschenden Parteien zu diesem Zweck die von der Gesamtheit aufgebrachten Steuergelder für sich in Anspruch. Schließlich kommt es ja, auch wenn man selbst nichts tut, in erster Linie darauf an, „Schlimmeres zu verhüten". Nun, wir kennen diese Schutzbehauptung.

Aber nicht nur die Regierungskoalition CDU/CSU-FDP schreckt vor allen echten politischen Entscheidungen zurück, auch die „Opposition" wagt nicht, für solche Entscheidungen zu kämpfen. Die SPD hat nicht nur marxistischen Ballast abgeworfen, sie hat auf jede Alternative zur Politik der Regierung verzichtet und treibt, mit aller Energie auf eine „große Koalition" hinarbeitend, Opposition nur noch in stark verdünnter Dosierung, manchmal könnte man annehmen, nur noch zum Schein. Ihr Führer Willy Brandt ist — trotz gelegentlicher Ansätze zu geistiger Selbständigkeit — auch deshalb gehindert, eine wirkliche Gegenposition insbesondere auf außenpolitischem Gebiet zu vertreten, weil er als Regierender Bürgermeister von West-Berlin auf engste Zusammenarbeit mit der Bundesregierung angewiesen ist. Eines der wichtigsten Elemente der parlamentarischen Demokratie, die ständige Kontrolle der Regierung durch eine Minderheitspartei, die eines Tages zur Mehrheit werden könnte, ist schon heute nahezu beseitigt. Setzt sich diese Politik der SPD weiter durch, dann haben wir in absehbarer Zeit praktisch eine „Christlich-Sozialistische Einheitspartei" Deutschlands, für die schon jetzt die Abkürzung CSED vorgeschlagen sei.

Was Oswald Spengler in den zwanziger Jahren empfand, nämlich daß wir es nur noch zur „K a r i k a t u r d e s P a r l a m e n t a r i s m u s" bringen, heute ist es, wenn auch in anderer Weise als damals, erneut Wirklichkeit: Wahrung äußerer Formen der Vergangenheit ohne Nutzung ihres materiellen Gehalts, ja überhaupt ohne Verständnis für diesen, Betriebsamkeit und Repräsentation — ein 100-Millionen-Bauprojekt für den Bundestag in der „vorläufigen" Hauptstadt Bonn — statt ernster geistiger Arbeit, taktische Kompromisse an Stelle sachlicher Auseinandersetzungen, Vertagung und immer wieder Vertagung der wichtigsten Entscheidungen. Daß selbst die schlechteste Demokratie noch besser sei als jede Art von Diktatur, ist zwar ein häufig wiederkehrender und sicher auch richtiger Hinweis, aber doch nur ein recht ungenügender Trost.

Der politischen Lethargie und Entschlußlosigkeit des Parlaments entspricht die S c h w ä c h e d e r R e g i e r u n g. Seit Konrad Adenauer zurückgetreten ist, ist der Bundeskanzler nicht mehr zugleich der Vorsitzende der ersten Regierungspartei. Schon deshalb entbehrt Professor Erhard der Stärke, die sein Amtsvorgänger besaß, schon deshalb können sich hinter den Kulissen Nebenregierungen bilden, ein Schattenkabinett der Gruppe Adenauer-Krone-Dufhues-Barzel in wechselnder Zusammensetzung etwa, von dem zur Zeit nicht amtierenden Minister Franz Josef Strauß gar nicht zu reden. Aber als ein „starker Mann" kann Ludwig Erhard leider auch sonst nicht gelten. Nicht wenige, die in ihm angesichts seiner großen Verdienste um die Durchsetzung einer marktwirtschaftlichen Ordnung mehr als eine bloße „Wahllokomotive" der CDU gesehen haben, sind vom ersten

Jahr seiner Kanzlerschaft enttäuscht. Noch hat er gewiß den Beifall breitester Kreise. Seine Redlichkeit, sein Optimismus — „Immer mit der Ruhe und 'ner guten Zigarre!" — gewinnen stets wieder von neuem. Aber die Eingeweihten ahnen längst, was der alte Adenauer immer wußte: das ist, obwohl er die „Richtlinien der Politik" bestimmt, kein Kanzler, der die Geschichte eines 60-Millionen-Volkes wirklich l e i t e n kann. Gute nationalökonomische Schulung, eine grundanständige Gesinnung, Offenheit, ehrlicher Wille, ein „Volkskanzler" zu werden („den das Grundgesetz weder kennt noch will" [1]), genügen nicht. Man muß auch Entscheidungen treffen können. Und eben das kann Ludwig Erhard nicht.

Wir sind ein V o l k o h n e F ü h r u n g geworden — das ist die bittere Erkenntnis, zu der man kommen muß, wenn man die politische Lage der Bundesrepublik im Herbst dieses Jahres 1964 überblickt.

II

Während Bundestag und Bundesregierung zu politischen Entscheidungen offenbar immer weniger fähig sind, feiert die M i n i s t e r i a l b ü r o k r a t i e höchste Triumphe. Aufmerksame Beobachter des Rechtslebens haben schon vor Jahren die Entwicklung unseres Rechtsstaats zum „Rechtsmittelstaat" bemerkt, jetzt hat ein begabter Journalist — kein „Linksintellektueller", sondern ein Mitarbeiter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und eifriger Verfechter der Kartellpolitik des Bundeskanzlers — die Bonner Demokratie als auf dem Wege zum „P a r a g r a p h e n s t a a t" befindlich gekennzeichnet. [2]) Was jeder Jurist in seiner täglichen Arbeit mit Verzweiflung sieht, die Flut der auf ihn einstürmenden Gesetze und Verordnungen, die kein Mensch mehr lesen, geschweige denn in ihrem Zusammenhang verstehen kann, — hier wird das Anwachsen dieser Flut einmal mit verhaltenem Galgenhumor geschildert. 771 Verordnungen — neben 188 Gesetzen — hat die Ministerialbürokratie uns in der Zeit vom 1. Oktober 1961 bis Mai 1964 beschert, zum großen Teil „puren nonsens", völlig überflüssiges, läppisches Zeug. „Die Gesetzblätter sind wahre Fundgruben des Paragraphenunfugs geworden." Ob es sich um die Aufstellung von Spielautomaten, das Reinigen von Bierleitungen, die Körung von Traberhengsten handelt — nichts entgeht dem Reglementierungsbedürfnis der Bürokratie, überall treibt der Verordnungsfimmel seine Blüten, lädt — weniger fein ausgedrückt — der Amtsschimmel seinen Mist ab. Und wie könnte es anders sein, wenn beispielsweise das Bundeswirtschaftsministerium — die frühere Wirkungsstätte des Bundeskanzlers — 1422 Beamte und Angestellte beschäftigt, obwohl wir doch offiziell jeden „Dirigismus" im Wirtschaftsleben verabscheuen. Die Leute wollen schließlich beschäftigt sein und ihr Gehalt ehrlich verdienen.

Das „Wirtschaftswunder" der vergangenen fünfzehn Jahre, die fast ununterbrochene Hochkonjunktur und Überbeschäftigung haben ohnehin wenig dazu beigetragen, in den breiten Massen Verständnis für die Interessen der Allgemeinheit zu erwecken und zu vertiefen. „Ihr privates Lebensglück, ihr persönlicher Lebensgenuß ist ihnen wichtiger als alle öffentlichen Verpflichtungen". [3]) Die unvermeidliche Folge der geschilderten Art von Gesetzesmacherei ist eine sich noch weiter ausbreitende Gleichgültigkeit des Volks gegenüber den Belangen der Gesamtheit, zunehmende Staatsverdrossenheit, schließlich offene Mißachtung der Gesetze. Der Apparat hat sich zum Selbstzweck entwickelt, — was geht er den einzelnen an? Wir sind nicht nur ein Volk ohne Führung, sondern auch ein S t a a t o h n e B ü r g e r.

Die Ordnungsfunktion der öffentlichen Gewalt sinkt mehr und mehr im Niveau. Natürlich glückt es trotz aller Bemühungen nicht, jeden Fall im voraus durch Ausführungsverordnungen, Erlasse und Richtlinien zu regeln, wirklich alle Tat-

bestände zu „erfassen", denn das Leben ist schließlich doch sehr viel bunter, als die kühnste Phantasie der Bürokraten sich träumen läßt. Das wiederum hat zur Folge, daß eine 13. Durchführungsverordnung zur 7. Änderung irgend eines Gesetzes alsbald erneut wieder geändert werden muß. Die Handhabung des Rechts entgleitet der Rechtsprechung und wird in die Hände von Verwaltungsfunktionären gelegt, das Judiz des Richters weitgehend durch ein Reglement ersetzt, das Subalternbeamte praktizieren.

Doch diese Entwicklung, die unser Gemeinwesen genommen hat, ist noch nicht einmal das Beunruhigendste. Die Väter des Grundgegesetzes haben sich seinerzeit, eingedenk der schrecklichen Rechtlosigkeit in den Jahren des „Dritten Reichs", mit besonderer Sorgfalt bemüht, die rechtsstaatlichen Grundlagen der Bundesrepublik soweit wie möglich zu sichern. Jeder Verwaltungsakt ist gerichtlicher Nachprüfung zugänglich, ein Bundesverfassungsgericht wacht darüber, daß die Gesetze sich im Rahmen der Verfassung, insbesondere der Grundrechte des einzelnen halten. Vielleicht ist hier des Guten sogar zuviel getan, die Möglichkeit, unerwünschte Gesetze auf dem Wege über Anzweiflung ihrer Verfassungsmäßigkeit zu Fall zu bringen, den Interessenten zu leicht gemacht. Aber wirkliche Gefahren drohen dem Rechtsstaat vor allem von einer anderen Seite.

Eine rechtsstaatliche Ordnung im klassischen Sinne erschöpft sich nämlich nicht im Verfahrensmäßigen, in der Nachprüfung der Gesetze und Verwaltungsakte durch unabhängige Gerichte. Sie verlangt darüber hinaus, ja sogar in erster Linie den materiellrechtlichen Schutz der Freiheitssphäre des Bürgers, namentlich in strafrechtlicher Hinsicht. Und insoweit bewegen wir uns seit langem auf gefährlichen Bahnen.

Wo es kein echtes Staatsbewußtsein, kein Gefühl der Verantwortung gegenüber der Gesamtheit gibt, wo eine Kluft zwischen dem Bürger und den Organen des Staates besteht, da tritt die Kriminalpolizei in Tätigkeit. Politische Führung der Nation, die sich auf die Mitarbeit, auch die Kritik der Bürger stützt, wird durch politische Strafjustiz ersetzt. Schon die Bereitschaft zu einem politischen Gespräch mit einem Vertreter der DDR droht einen unbescholtenen Mann ins Gefängnis zu bringen. [4]) Über 150 000 Verfahren wegen „Staatsgefährdung" sind von 1951 bis Mitte 1963 bei uns durchgeführt worden.[5]) Natürlich ist es nur in einem Bruchteil dieser Fälle zur Anklage oder gar zu einer Verurteilung gekommen. Aber allein die Tatsache, daß Ermittlungen geführt werden mußten, zeigt die Uferlosigkeit der Straftatbestände, in deren Schlingen sich der einzelne verfangen kann. Seit der Verhaftung der Redakteure des „Spiegel" (Herbst 1962) sind jetzt fast zwei Jahre vergangen, und noch heute ist — obwohl der Tatbestand, ein Aufsatz in diesem Nachrichten-Magazin, von Anfang an klar zu Tage lag — weder Anklage erhoben noch das Verfahren eingestellt, weil niemand wußte, was eigentlich ein „Staatsgeheimnis" ist. Ein Staat, in dem dergleichen passieren kann, ist kaum ein Rechtsstaat mehr.

Wenn dann noch die von der Regierung geplante, von einem Innenminister, den eine Arbeit „etwas am Rande der Legalität" nicht stört, entworfene Notstandsgesetzgebung in Kraft treten sollte, wenn wir erst im Zeichen des „Permanenten Notstands" leben, dann wird man nur mit größter Sorge in die Zukunft blicken können.

Nicht daß wir etwa die Wiederkehr von Zuständen befürchten, wie sie sich unter der Herrschaft des berüchtigten Ermächtigungsgesetzes von 1933 entwickelt haben. Unsere Politiker sind keine Verbrecher, mit Adolf Hitler und seinen Schergen nicht in einem Atem zu nennen. Sie wünschen keine Notstandsgesetzgebung in der Absicht, sie von Anfang an zu mißbrauchen. Sie sind ehrenwerte Leute, — „das sind sie alle, alle ehrenwert".

Nein, die wirkliche Gefahr der Entwicklung liegt darin, daß wir niemals lernen, politisch zu denken, niemals begreifen, daß eine Erziehung des Volkes zu einem Mindestmaß politischen Wissens und allgemein verpflichtender politisch-moralischer Überzeugungen unendlich viel wichtiger ist als tausend Gesetze, Verordnungen und Ministerialerlasse. „Bildung statt Bunker" sollte die Parole sein, aber bei uns wird das Gegenteil praktiziert. Was soll ein ganzes Netz von Paragraphen über die Bestrafung der „Staatsgefährdung" — nach den Worten des Sprechers der Parlamentsmehrheit im ersten Bundestag eine „Waffe, die geschmiedet wurde, um im Kalten Krieg zu bestehen" [6]) —, wenn wir keine geistigen Waffen entwickelt haben und bis heute nicht besitzen, um der „Unterwanderung" der Bundesrepublik durch kommunistische Funktionäre zu begegnen? In diesem Netz werden sich immer wieder nur die kleinen Fische verfangen, während die großen außen herumschwimmen, das eigentliche Problem aber bleibt ungelöst. Wofür zimmern wir ein gewaltiges Gebäude von Notstandsgesetzen zusammen, wenn dieses im Ernstfall mangels jeder inneren Bereitschaft und Fähigkeit unseres Volkes zur Entwicklung von seelischen Abwehrkräften wie ein Kartenhaus zusammenbrechen muß? Was besagt die ganze Diskussion über den Soldaten als „Bürger in Uniform", wenn es in diesem Lande bald überhaupt keine Bürger, keine Denkenden mehr gibt, sondern nur noch Konsumenten und Stimmvieh?

Nun könnte man einwenden, daß die Zeit für eine geistige Besinnung seit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft noch zu kurz gewesen sei. Das mag richtig sein. Aber immerhin besteht die Bundesrepublik bereits einige Jahre länger als das „Dritte Reich" bestanden hat, und das Niveau unseres politischen Lebens ist seit 1949 nicht höher, der Ernst der Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit, der Wille diesen Problemen zu begegnen, statt ihnen auszuweichen, nicht größer, sondern wesentlich geringer geworden. Trübe Aspekte für die Zukunft.

III

Die Kritik an der „inneren Führung" der Bundeswehr, die der Wehrbeauftragte des Bundestags, Vizeadmiral a. D. Helmut Heye, — wenn wir recht unterrichtet sind, nicht nur auf eigene Initiative — in der Münchner Zeitschrift „Quick" geübt hat, hat seit Juni d. J. eine lebhafte Diskussion bei uns ausgelöst. Gewöhnlich wurde dabei die Frage, ob Heye sich für die Vertretung seiner Auffassungen eines derartigen Massenblatts bedienen durfte oder gar mußte, scharf von der Sache selbst unterschieden. In Wahrheit gehören beide Fragenkreise aufs engste zusammen.

Was muß ein Mann von der unbestrittenen geistigen und moralischen Qualität Heyes, ein Mann zugleich in so exponierter halbamtlicher Stellung empfunden haben, als er sich zu seinem gewiß höchst ungewöhnlichen Schritt entschloß? Es gibt gar keine andere Erklärung als die, die er selbst, wenn auch mit vorsichtigen Worten, gegeben hat: seine Überzeugung, daß s a c h l i c h e A r g u m e n t e allein für den Bundestag in den Wind gesprochen wären, daß man vielmehr eine S e n s a t i o n hervorrufen müsse, um ernst genommen zu werden. Und hat er denn nicht mit dieser Überzeugung nach allem, was der Bundestag in den letzten Jahren geleistet, richtiger: nach allem Versagen und allen Versäumnissen, die er sich hat zuschulden kommen lassen, nur allzu Recht?

Aber wir gehen noch weiter.

Die Tatsache, daß es so ist, gibt den Äußerungen Heyes eine ganz besondere Note. Ob seine Kritik in jeder Hinsicht der Nachprüfung standhält oder ob er etwa einzelne Vorgänge zu sehr verallgemeinert hat, kann ein Außenstehender naturgemäß nicht beurteilen. Ihm muß es genügen zu registrieren, daß ein so

hervorragender Fachmann wie der Kommandeur des NATO Defence College in Paris, General Graf Wolf von Baudissin, selbst von der „inneren Misere" der Bundeswehr spricht [7]) und daß auch der Militärsachverständige der FAZ, Adelbert Weinstein, schreibt: „Gleichgültig, was von den Vorwürfen des Wehrbeauftragten im einzelnen übrig bleibt, die innere Spaltung der Bundeswehr kann man nicht mehr leugnen". [8])

Hier scheint uns der enge Zusammenhang zwischen der sachlichen Kritik Admiral Heyes und der Form, die er für seine Kritik gewählt hat, zu liegen. Was Heye beanstandet, — die Handhabung der Waffentechnik von morgen im Geist von gestern —, ist es im Grunde nicht dasselbe, was ihn veranlaßt hat, den Bundestag zu umgehen, und was unser ganzes öffentliches Leben kennzeichnet: das Geistlose, Engstirnige, Reaktionäre unserer Politik, die Mißachtung und Unterdrückung selbständigen Denkens durch die Routiniers? Ist nicht eine Armee, in der die alten Kräfte von damals mehr oder weniger den Ton angeben, nur ein getreues Spiegelbild der herrschenden politischen Kräfte? Und was kann sich ein Kritiker, der die geistige Erstarrung der Bundeswehr rügt und überwinden will, von einem Bundestag versprechen, der selbst in Gewohnheit und Routine erstarrt ist?

Wir sagten es schon: es kann keinen „Bürger in Uniform" geben, wenn es keine Bürger in Zivil gibt. Die Bundeswehr als militärisches Instrument der Politik kann nichts leisten, soweit diese Politik selbst nichts leistet. Sie hat kein glaubhaftes Ziel, soweit die Außenpolitik, der sie dienen soll, kein Vertrauen verdient. Sie kann nicht verteidigen, was ihren Angehörigen und dem ganzen Volk nicht überzeugend als verteidigenswert dargestellt wird.

Einzige Aufgabe der Bundeswehr ist Verteidigung der Bundesrepublik gegen einen etwaigen militärischen Angriff aus dem Osten. Diese Aufgabe muß von einer ihr entsprechenden Außenpolitik getragen sein. Solange die Bundesregierung amtlich von dem Fortbestehen der Grenzen des Deutschen Reichs vom 31. Dezember 1937 spricht, solange ihr Verkehrsminister die „Rückgabe der geraubten sudetendeutschen Heimatgebiete an das sudetendeutsche Heimatvolk" fordert und Verkehrsminister bleibt, solange der Bundeskanzler sich nicht eindeutig von jedem Verlangen nach Mitsprache über den Einsatz von Atomwaffen distanziert, solange besitzen wir keine glaubhafte „Verteidigungs"-Konzeption. Solange werden unsere jungen Soldaten Waffen von morgen im Geist von gestern handhaben. Das ist die eigentliche „innere Misere", die „innere Spaltung" der Bundeswehr.

Es sind nicht nur die schlechte Bezahlung und sonstige materielle Nachteile, die es der jungen Generation wenig reizvoll erscheinen lassen, sich der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen, die für das geringe Ansehen verantwortlich sind, das sie genießt. Ein echter Soldat hat noch niemals nach Geld und Macht gestrebt, weder im alten Preußen noch in der Reichswehr der zwanziger Jahre noch im „Dritten Reich". Es ist das Fehlen einer wirklichen Aufgabe, das die Besten abschreckt. In der Industrie gibt es solche Aufgaben in Hülle und Fülle, im Bankwesen ebenfalls, überhaupt in allen Zweigen des Wirtschaftslebens, in der Kommunalverwaltung (trotz der hier vielfach herrschenden Bonzenwirtschaft), in der Wissenschaft und im Schulwesen. Auch in der Politik sollte es sie geben, aber hier erstickt heute der Apparat allzusehr jeden neuen kräftigen Trieb. Darunter muß auch die Bundeswehr leiden. Keine „Bekenntnisse" zu ihr vermögen das zu ändern. „Die Frage ist also erlaubt, ob nicht die Malaise der Bundeswehr auch daher rührt, daß die Armee keinen Auftrag hat." [9]) Die Krise der „Inneren Führung" der Bundeswehr ist nichts anderes als die Krise des Volks ohne Führung, des Staats ohne Bürger überhaupt.

IV

Nun geht freilich der Einfluß der Parlamente auf das politische Geschehen überall, nicht nur in der Bundesrepublik zurück. Für das klassische Land des Parlamentarismus, für Großbritannien, hat das Anthony Sampson in seiner mustergültigen Darstellung der gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kräfte seines Landes, „Anatomy of Britain"[10]), anschaulich geschildert — vom Frankreich de Gaulles gar nicht zu reden. Überall wird die Regierungsarbeit umfangreicher und schwieriger und verlagert sich von den gesetzgebenden Körperschaften in Ausschüsse von Bürokraten und Sachverständigen der Wirtschaft. Auch das Unterhaus muß, wenn es seiner eigentlichen Aufgabe weiterhin gerecht bleiben will, „revise its old amateur debating procedures, and rely muck more heavily on expert examinations and committees; ... its historic amateur, club-like character must suffer a change". [11]) Die eigentlichen Entscheidungen werden außerhalb des Parlaments getroffen, die Masse der Abgeordneten hat Disziplin zu üben. „The whips do not want speeches but votes. The Ministers regard an oration in their praise or defence as only one degree less tiresome than an attack", — so hat es der alte Churchill formuliert. [12]) Die „backbenchers" kommen nur noch ausnahmsweise zum Zug, und nur dann, wenn sie — wie etwa bei dem Kampf um das kommerzielle Fernsehen oder bei der Unterstützung Katangas — von außerparlamentarischen Kräften gestützt werden.

Die tieferen Gründe für diese Entwicklung können uns hier nicht beschäftigen, sie liegen im Wandel, den die kapitalistische Gesellschaftsordnung seit Jahrzehnten durchmacht, einem Wandel „mit dem Erfolg, daß die Gesellschaft wirklich etwas anderes geworden ist". [13]) Was hier interessiert, ist die Tatsache, daß das britische Parlament trotz allem ein Hüter der Demokratie — „a watchdog of democray" — geblieben ist und als solcher im ganzen Volk angesehen wird. Um einen Sitz im Unterhaus kämpfen immer noch Männer, parteigebundene Personen gewiß, aber nicht anonyme Apparaturen. Die seriöse Presse berichtet ausführlich über seine Beratungen. Prime Minister ist selbstverständlich der Führer der Regierungspartei, ein permanentes Schattenkabinett neben diesem innerhalb der Regierungspartei undenkbar. Die Opposition ist Opposition geblieben, will die Regierung überwachen und sie eines Tages selbst übernehmen, sie ist um eine Alternative zur Regierungspolitik bemüht, schielt nicht nach einer „Großen Koalition". Und nicht zuletzt: wer die Würde des Parlaments verletzt, ist politisch erledigt.

Vielleicht kennzeichnet nichts besser den Unterschied zwischen einer Demokratie, wie sie in England gehandhabt wird, und dem, was man bei uns darunter versteht, als ein Vergleich der Fälle John Profumo und Franz Josef Strauß. Beide hatten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Regierung dem Parlament unwahre Angaben gemacht. Beide mußten aus der Regierung ausscheiden. Über die Konsequenzen der Affäre Profumo schreibt Lord Denning in dem Bericht, den er auf Wunsch des früheren Premierministers Macmillan erstattet hat:

> „Mr. Profumo übergab der Königin sein Dienstsiegel nicht persönlich, sondern schickte es durch einen Boten. Er reichte ... seinen Abschied ein und zog sich aus seinem Wahlkreis zurück. Das Unterhaus erkannte ihn der Mißachtung des Hauses für schuldig. Sein Name wurde aus dem Staatsrat gestrichen. Er war völlig in Ungnade gefallen." [14])

Franz Josef Strauß dagegen blieb Mitglied des Bundestags, wurde kurz nach seiner Entlassung als Minister demonstrativ von seiner Partei, der CSU, zum Vorsitzenden gewählt, agiert heute auf und hinter der politischen Bühne, als wenn nichts geschehen wäre, und kaum jemand scheint daran Anstoß zu nehmen.

In der Behandlung dieser beiden Fälle liegt der ganze Unterschied zwischen englischer und deutscher Demokratie beschlossen. Jenseits des Kanals gibt es gewiß manche alten Zöpfe, von den hohen Richtern werden Zöpfe sogar noch getragen. Aber sie sind auch Symbol einer fortwirkenden Tradition und des Rechtsempfindens von gentlemen geblieben. Bei einem Vergleich schneidet die Bundesrepublik auch dann nicht gut ab, wenn man — aus guten Gründen — bereit ist, bayerischer Mentalität eine reichliche Vorgabe zuzubilligen.

V

Wohin steuern wir? Sammeln sich die christlich-sozialen Heerscharen Franz Josefs zu einem neuen Marsch auf die Feldherrnhalle? Ist es bereits wieder so weit?

Wir wissen es nicht, sehen nur, daß unser Staatsschiff ohne festen Kurs dahintreibt. Die Politiker streiten darüber, ob wir eine „europäische" oder eine „atlantische" Politik verfolgen, ein Europa der Sechs, der mehr als Sechs oder zunächst nur der Zwei anzielen sollen. Aber ihre Diskussion hat etwas Gespenstisches an sich, weil sie weder erkennen läßt, welchen konkreten Inhalt die jeweils propagierten Zusammenschlüsse haben sollen, noch vor allem berücksichtigt, was denn eigentlich die ins Auge gefaßten Partner zu alledem sagen oder voraussichtlich sagen werden. Was soll man von neuen Projekten einer wie immer gearteten, aber gegenüber dem heutigen Zustand zweifellos irgendwie engeren politischen Union halten, wenn schon die bestehenden Teilzusammenschlüsse, die EWG einerseits, die NATO andererseits, in schwere Krisen geraten sind, aus denen sie bisher niemand hinauszuführen verstanden hat? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß alle diese Projekte ihren Ursprung in dem — bewußten oder unbewußten — Bestreben haben, einer Diskussion über andere, wenn nicht wichtigere, so doch viel akutere Fragen, nämlich eine Befriedung unseres Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten, insbesondere zur Sowjetunion und Polen, auszuweichen. Auf den Gedanken, eine deutsche Politik zu treiben, „eine Politik der Mitte und der Verständigung" scheint jedenfalls niemand zu kommen, obwohl Bundeskanzler Erhard eine solche in seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 angekündigt hatte; nur Bundesaußenminister Schröder macht insofern eine erfreuliche Ausnahme, als er sich in dem bescheidenen ihm zugewiesenen Rahmen bemüht, die wirtschaftlichen Kontakte zu den osteuropäischen Ländern auszubauen. Wie lange noch soll dieses Volk ohne Führung, dieser Staat ohne Bürger ohne klare politische Zielsetzungen auf innen- und außenpolitischem Gebiet bleiben?

Anmerkungen

[1]) Günther Gillessen, FAZ v. 21. 7. 1964 (Nr. 166).

[2]) Fritz Ullrich Fack, Gesetze am Fließband. Auf dem Wege zum Paragraphenstaat, FAZ v. 4. 7. 1964 (Nr. 152).

[3]) Ralf Dahrendorf, Die Politik der Massengesellschaft. Amerikanische Theorien und Europäische Realitäten. Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. 9. Jahr 1964, S. 187 ff., 197.

[4]) Werner Maihofer, Blätter f. deutsche u. internationale Politik, Heft 2/1964, S. 126.

[5]) Maihofer a. a. O. S. 128.

[6]) Maihofer a. a. O. S. 37.

[7]) S. Adelbert Weinstein, FAZ v. 27. 6. 1964 (Nr. 150).

[8]) Weinstein, FAZ v. 2. 7. 1964 (Nr. 150).

[9]) Weinstein, Armee ohne Auftrag? FAZ v. 22. 7. 1964 (Nr. 167).

[10]) London 1962, Fourth Impression 1963, S. 51 ff.

[11]) a. a. O. S. 65.

[12]) a. a. O. S. 62. Das Wort „whip" wird bei uns gewöhnlich mit „Einpeitscher" über-

setzt, der „Government chief whip" also ist der „Haupteinpeitscher der Regierung" — eine wörtliche, aber vom deutschen Sprachgefühl her etwas hölzerne Wiedergabe. Sampson a. a. O. S. 62 bezeichnet die whips als „the party policemen, known for their mixture of jolliness and toughness".

[13]) Eduard Heimann, Der entfremdete Sozialismus und die Konsumgesellschaft, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 9. Jahr 1964, S. 160 ff. 165.

[14]) Sonnemann-Löffler, Lord Dennings Report zum Fall Profumo oder Die funktionierende Demokratie, 1964, S. 138 (XV. Kapitel Nr. 222). Der englische Text „His disgrace was complete" ist hier übersetzt: „Seine Ungnade war besiegelt".

Lorenz Knorr

Die Goldwaters der Bundesrepublik

Wenn vom Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik die Rede ist, denkt der oberflächlich informierte Zeitgenosse an wenige, politisch unbedeutende Splittergruppen — von denen einige sogar noch für ein neutrales, von Ost und West gleicherweise unabhängiges Deutschland eintreten, obgleich sie zugunsten Deutschlands von „Kriegsschuldlüge" sprechen und am Dritten Reich nur einige „Übertreibungen" und Fehler Hitlers kritisieren — und an die Verbände der Heimatvertriebenen.

Bei genauer Betrachtung erweisen sich auch die Landsmannschaften nicht als das, für was sie gelegentlich gehalten werden. Wohl besteht ihre Führung aus einer Reihe von bekannten Scharfmachern und Möchte-gern-Ostland-Reitern, wie Seebohm, Schellhaus, Stain, Jaksch u. a., die sich durch ihre eigenen Reden hinreichend qualifiziert haben. Gewiß ereignete sich der ebenso bekannte wie bedenkliche Vorfall mit dem Fernsehreporter Neven du Mont auf dem Schlesiertreffen 1963, der nicht nur revanchistischen Geist, sondern auch totalitäre Praxis offenbarte. Zweifellos wird das quantitative Gewicht der Wählerstimmen der Heimatvertriebenen in die Waagschale geworfen, um die längst fällige Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu verhindern. Aber eine Reihe von Umfragen hat längst erwiesen, daß der Durchschnitt der Heimatvertriebenen kaum anders reagiert als der Durchschnitt der Bundesbürger.

Mit der herkömmlichen Betrachtungsweise ist das hier zu behandelnde Problem auch dann kaum lösbar, wenn man die jüngsten Attacken der Personengruppe um Strauß mit dazu nimmt. Wenn man das internationale Zusammenspiel der Rechtsextremisten von Goldwater bis Strauß betrachtet, will die oben skizzierte Auffassung überhaupt nicht passen.

Die eingangs zitierte Version stimmte schon in den 50er Jahren nicht. Die gegenwärtige Sammlung rechtsextremistischer Kräfte zeigt fürwahr ein ganz anderes Bild.

Die Rolle der „Ehemaligen" in Bonn

Wenn Sprecher des Bonner Innenministeriums in regelmäßigen Intervallen erklärten, die sogenannten Rechtsparteien und deren Jugendgruppen seien ein nicht ernst zu nehmender und in seiner Bedeutung rückläufiger Faktor, so war das formal richtig. In Wirklichkeit war es eine von der eigentlichen Gefahr ablenkende Irreführung.

Die tatsächlichen Köpfe unter den unbelehrbaren „Ehemaligen" hatten längst erkannt, daß es angesichts der deutschen Vergangenheit und unter Berücksichtigung der Stimmung im westlichen und östlichen Ausland unklug wäre, in einer eigenen Partei, sozusagen mit offenem Visier, weiterzukämpfen. Sie fanden bereits anfang der 50er Jahre in der Kanzlerpartei ein viel wirkungsvolleres und ungleich besser abgesichertes Wirkungsfeld.

Im Rahmen der Adenauer'schen Politik der Wiederaufrüstung, des geplanten rolling-back und der systematischen Diffamierung aller Gegner dieser Vorhaben als quasi staatsfeindliche Kräfte war es beinahe logisch, die Ost-Experten Hitlers und Rufmord-Spezialisten Goebbels, und weitere treue Diener dieser Herren zu rehabilitieren und zu reaktivieren. Zwar sollten diese Personen nach geltendem Völkerrecht nie wieder politischen Einfluß erlangen. Aber die neuerliche Nachfrage nach solchen „Experten" einerseits, das Verschweigen der wirklichen Schuld an vielen Verbrechen während des Dritten Reiches andererseits brachte es mit sich, daß sie bereits in den 50er Jahren wesentlichen Einfluß in der Staatsbürokratie, in der Justiz, der Bundeswehr, der Polizei und den Geheimdiensten erlangten.

Es soll hier kein Kollektivurteil über die Ehemaligen gesprochen werden. Viele erfuhren an sich einen tiefgreifenden Läuterungsprozeß. Um diese geht es hier nicht. Es geht um jene, die sich nicht wandelten.

Der Kalte Krieg schien ihnen Recht zu geben. So konnte man gelegentlich folgende typischen Argumente hören: Wir kämpften schon unter Hitler gegen den Kommunismus (und gegen die Sozialdemokratie, die nur eine Spielart desselben ist, bzw. gegen andere Gegner, die den Hauptfeind nicht erkannten); jetzt kämpfen wir mit den Amerikanern gegen den Kommunismus; folglich war unser damaliger Kampf prinzipiell richtig, auch wenn in der Methode viele Fehler gemacht wuden; wir können uns sogar zugute halten, daß wir den wirklichen Feind früher erkannten, während die Alliierten 1945 „das falsche Schwein schlachteten"; also wurden wir nach 1945 zu Unrecht diffamiert oder gar verurteilt; folglich müssen wir rehabilitiert werden und haben ein Recht auf Wiedergutmachung.

Es kann nicht verschwiegen werden, daß diese Argumentation einer bestimmten Gruppe von Nicht-Nazis, besonders während der Ära Stalins, recht wirkungsvoll vorkam.

Man kann diesen „Ehemaligen" nicht vorwerfen, daß sie den Kalten Krieg erfunden haben. Er begünstigte jedenfalls ihr come back und sie taten mit deutscher Gründlichkeit das ihre, um diesen, ihre weitere Existenz bedingenden, Kalten Krieg zu intensivieren und zu verlängern. Und in diesem Rahmen übten sie als „erfahrene Ratgeber" einen unheilvollen, weit unterschätzten Einfluß auf viele Demokraten und Unentschiedene aus. Nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse und der Kalte Krieg brachten rechtsextremistische Tendenzen hervor; auch jene Ehemaligen in leitenden Positionen halfen wesentlich mit und sitzen heute noch als wichtige Berater von Ministern und anderen Repräsentanten in entscheidenden Positionen. Sie geben allzu oft den Ausschlag, wenn es um die Alternative Entspannung oder Weiterführung des Kalten Krieges geht.

Am Rande sei noch erwähnt, daß viele dieser Ehemaligen als die „alten Herren" richtunggebend in manchen studentischen Korporationen und schlagenden Verbindungen wirken. Der Vorschlag, die erste Strope des Deutschland-Liedes wieder obligatorisch einzuführen und damit den Anspruch auf die Gebiete von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt zu erheben, kommt aus diesen Kreisen.

Am Beispiel der Bundeswehr

Es bedürfte einer Detail-Analyse, um aufzuzeigen, wie in den Geheimdiensten und in der politischen Polizei die Ehemaligen, begünstigt vom Kalten Krieg und von ihren „Kameraden" in anderen Bereichen, zum Abbau der — ach, so geringen! — demokratischen Substanz beitrugen; wie gerade in der (verfassungs- und völkerrechtswidrigen!) politischen Justiz die Opponenten gegen den Bonner Kurs und gegen die Unterwanderung des Staatsapparates mit Ehemaligen verfolgt, die „Kameraden" aber begünstigt wurden. Dafür gibt es hunderte bekannter Beispiele, von den tausenden nicht oder noch nicht bekannten ganz abgesehen.

Nur an einem ganz aktuellen Beispiel soll das Wirken der Ehemaligen kurz dargestellt werden: am Heye-Bericht und an der Bundeswehr.

Wer sich einreden ließ, daß „Nagold" und die vielen anderen verfassungswidrigen Ausbildungsmethoden „Einzelfälle", verschuldet von versagenden Ausbildern und Unteroffizieren, seien, befindet sich in einer ähnlichen Lage wie jene, die die gefährliche Halbwahrheit von den unbedeutenden rechtsextremistischen Splittergruppen für die Realität halten.

Wenn die am Vorbild Scharnhorsts und Gneisenaus orientierten Reformer in der Bundeswehr, die, dem hochtechnisierten und atomaren Zeitalter entsprechend, den mitdenkenden und mitverantwortlichen „Staatsbürger in Uniform" heranbilden wollten, von hochbelasteten Hitler-Generalen im Zusammenspiel mit zivilen Praktikern „etwas außerhalb der Legalität" schon vor Jahren ins Ausland abgeschoben oder kaltgestellt wurden, so entspricht das sowohl den rechtsextremistischen Intentionen als auch der Linie des Kalten Krieges; der mitdenkende und mitverantwortliche Staatsbürger in Uniform paßt nicht in den Rahmen ihres Gesamtplanes. Wer bei den gegenwärtigen (und zukünftigen) Machtverhältnissen den Kommunismus zurückrollen, in einer letzten siegreichen Kesselschlacht zwischen Elbe und Oder die DDR befreien (vgl. dazu Sebastian Haffner im STERN v. 26. I. 64), und den deutschen Gebietsanspruch im Sinne der ersten Strophe des Deutschlandliedes realisieren will, wer zur Vorbereitung dessen alle Opponenten gegen diesen Wahnsinn aus dem innenpolitischen Kräftespiel auszuschalten gedenkt, der braucht den unkritischen Jawoll-Sager, der braucht die Erziehung zum Kadaver-Gehorsam, aber nicht den Staatsbürger in Uniform. Hier dürfte die Wurzel des Übels liegen. Alles andere sind Nebenfaktoren und Randerscheinungen.

Die Tendenz zum „Staat im Staate" aber ist der Ausdruck des Selbstverständnisses, daß man zur Erreichung des oben angedeuteten Gesamtplans das Privileg erstrebt, außerhalb jeder Kritik zu stehen und jede solche als „Stunde der Anfechtung" zu betrachten. Die Tendenz zum „Staat im Staate" ist eine bewußte oder unbewußte Distanzierung und Isolierung von der Demokratie und ihren Lebensformen, mögen diese noch so schwach entwickelt sein.

Das politische Zusammenspiel zwischen Bundeswehr-Führung und zivilen rechtsextremistischen Kräften ist gerade während der Heye-Aktion deutlich sichtbar geworden; ebenso das Versagen der politischen Mitte hinsichtlich einer spürbaren Hilfe für den Wehrbeauftragten und der Abstellung der von ihm aufgezeigten Mängel und Strukturfehler. Nichts deutet darauf hin, daß sich die Rolle der Bundeswehr sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch in nächster Zeit zum Besseren ändern könnte, obschon personelle Veränderungen in der Führung Veränderungen in der politischen Richtung mit sich bringen könnten.

Im innenpolitischen Krisenfall dürfte die Bundeswehr die stärkste Stütze der rechtsextremistischen Kräfte sein, wenn die politische und militärische Spitze nicht rechtzeitig und grundlegend verändert wird.

Die neue Strategie von F. J. Strauß

Das neue Zentrum der Sammlung rechtsextremistischer Kräfte liegt zweifellos in der Personengruppe um F. J. Strauß, wobei man Adenauer, Krone, Barzel, Höcherl, von Hassel und Baron Guttenberg nicht vergessen sollte. Im wesentlichen handelt es sich um Politiker, die keine oder keine nennenswerte nazistische Vergangenheit aufweisen, die aber als Schrittmacher des Kalten Krieges bekannt wurden, die ihre Machtpositionen nur durch den Kalten Krieg festigen konnten und die jahrelang von den „Ehemaligen" beraten und beeinflußt wurden.

Solange die Bonner Politik mit der amerikanischen konform ging, gab es zwar viele Widersacher gegen diese Politik, die ebenso katastrophenschwanger war wie die jetzige. Aber sie trug durch die Übereinstimmung mit Washington den Schein des Realen. Mit dem Umschlag der amerikanischen Politik vom Taumeln am Rande des atomaren Abgrunds in die von der waffentechnischen Entwicklung und vom weltpolitischen Kräfteverhältnis diktierte Entspannungspolitik aber teilte sich das Regierungslager in Bonn: der eine Teil mit Schröder und Erhard versucht, sich taktisch an die neue US-Politik anzupassen, ohne die alten Kalte-Kriegs-Ziele preiszugeben, während die Gruppe um Strauß und Adenauer im offenen Widerspruch zur US-Politik steht und in der Verteidigung anachronistischer Positionen zusehends rechtsextremistische Verhaltensmerkmale annimmt. Der Rechtsextremismus war ja stets durch irreale, mystische Züge, durch blindes Vertrauen auf die Waffengewalt, durch undemokratische Haltung und totale Überschätzung der eigenen Kräfte bei gefährlicher Unterschätzung der Potenzen des Gegners gekennzeichnet.

Obwohl sich — vom Standpunkt der voraussehbaren weltpolitischen Entwicklung betrachtet — die rechtsextremistischen Verteidiger von Positionen des Kalten Krieges in eine wachsende Isolierung begeben, versuchen sie doch, mit ähnlichen Kräften in anderen Ländern auf eine Hemmung der gefürchteten Entspannungspolitik einzuwirken. Schon das Zusammenspiel mit der Goldwater-Gruppe in den USA zu Kennedy's Zeiten zeigte an, worauf man zielt: auf eine Änderung der gegenwärtigen US-Politik. Der Mord an Kennedy brachte nicht die erhoffte Wendung. Goldwater und die Seinen haben nun ein natürliches Interesse an einer starken rechtsextremistischen Kraft in Bonn, die man gegen Johnsons Entspannungspolitik aufbieten kann, und umgekehrt hat die Strauß-Gruppe in Bonn ein starkes Interesse an einer aktiven Goldwater-Gruppe in den USA, die auch ohne Regierungsverantwortung als Pressure-group wirkt.

Der souveräne de Gaulle, der in vielen Fragen trotz gelegentlichem Mystizismus gallischen Realismus zeigte, läßt sich nicht unbedingt in diese Front einreihen; obwohl auch de Gaulle als Gegenspieler der gegenwärtigen Politik Washingtons in Rechnung zu stellen ist. De Gaulle wird mit den Bonner Extremisten zusammenspielen, soweit es seinen Interessen dient und umgekehrt dürfte dasselbe gelten.

Ansonsten aber geht die Entwicklung in den meisten europäischen Ländern und in der ganzen Welt gegen die Interessen der Goldwaters in allen Ländern.

Die Kerntruppe und das Fußvolk der Sammlung

Wo finden sich die politischen Kerntruppen der neuen rechtsextremistischen Sammlung? Nicht erst seit dem letzten Parteitag der CSU in München weiß man, daß das quantitative Gewicht dieser Partei für Straußens Ziele in die Waagschale geworfen wird. Aber als politische Kerntruppe kommt die auf dem Beharrungsvermögen und der Uninformiertheit beruhende Wählerschaft der CSU kaum in Betracht. Sie bildet einen Teil des Fußvolks. Auch der Apparat der CSU und die Vorstände dürften die Funktion der politischen Kerntruppe kaum er-

füllen können. Selbst wenn die CSU viel stärker als bisher mit der GDP und anderen rechtsextremistischen Splittergruppen zusammenwirkt, so ändert sich am Charakter der CSU nur wenig.

Auch ein Teil der Landsmannschaften kann nur dem Fußvolk zugerechnet werden, während ein anderer Teil durch Strauß n i c h t ansprechbar sein dürfte.

Wer jedoch die Reden, Diskussionsbeiträge und Verhaltensweisen der Anwesenden auf dem letzten Deutschland-Treffen der Jungen Union in Fulda betrachtet, dem dürfte klar werden, daß die Jugendorganisation der CSU/CDU die eigentliche Kerntruppe der neuen rechtsextremistischen Sammlung darstellt: Die Kennedy-Politik wurde so in Bausch und Bogen angegriffen und die Goldwater-Linie wurde derartig frenetisch beklatscht, daß es selbst den sonst nicht zimperlichen Berichterstattern der „Welt" zuviel wurde. Die wenigen gemäßigten Redner waren isoliert und konnten sich nicht durchsetzen. „Man hätte am liebsten Adenauer als neuen Vorsitzenden gewählt", schrieb ein seriöser Berichterstatter.

Wer zudem das Auftreten der Jungen Union in verschiedenen Wahlkämpfen erlebte, wovon einige Szenen durchaus mit solchen vor 1933 vergleichbar waren und sind, wird diese Einschätzung nur bestätigen können.

Für das Fußvolk aber sorgt seit Jahren die Springer-Presse, deren Konzern-Herr bekanntlich ein Drittel der Auflage aller westdeutschen Zeitungen kontrolliert; und für die Ausrichtung der Kerntruppen ist entweder die Abendländische Akademie zuständig oder die ADK, die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise mit Herrn H. E. Jahn an der Spitze, der einst als Kreisschulungsleiter der NSDAP fungierte.

Nur wenn man dieses Zusammenspiel zwischen Springer-Konzern und Strauß-Gruppe samt Kerntruppen und Fußvolk mit den „Ehemaligen" und hier besonders der Bundeswehrführung betrachtet, erkennt man die wirkliche Gefahr dieser neuen Sammlung.

Sie wird sich n i c h t als neue rechtsextremistische Partei konstituieren. Sie strebt innerhalb der Regierungspartei zur Macht. Mit Seebohm, Höcherl und von Hassel ist sie bereits im Kabinett vertreten. Wenn Höcherl und die Seinen auch noch die Notstandsgesetze erhalten, dann könnte die Gefahr auf die Spitze getrieben werden.

Die politische Zielsetzung dieser neuen rechtsextremistischen Sammlung ist längst definiert: Durch die Störung aller Entspannungstendenzen soll der die entstandene Lage in Mitteleuropa fixierende Friedensvertrag verhindert und der fiktive rechtliche Anspruch auf die Grenzen von 1937 oder 1938 aufrechterhalten werden; durch den Griff nach der Atombombe will man diesem Anspruch machtpolitisches Gewicht verleihen; innere Widerstände gegen diese Politik sollen mit Hilfe von Rufmord, Isolierung und Notstandsgesetzen gebrochen werden.

D i e S a m m l u n g d e r G e g e n k r ä f t e

Die Frage nach den Gegenkräften ist nicht leicht zu beantworten. Die politische Mitte, zu der Teile der CDU, der SPD und der FDP gehören, scheinen die Gefahr noch nicht genügend erkannt zu haben, denn die Goldwaters in der Bundesrepublik werden längst nicht so intensiv bekämpft, wie ihre Gesinnungsfreunde in den USA.

Und was tun die Gewerkschaften, was tun die nicht-konformen Kräfte in der SPD und in der FDP, um diese Gefahr abzuwehren?

Hat die Gemeinsamkeitsformel und der Opportunismus die Kräfte schon derartig gelähmt, daß sie zur Aktion gegen die rechtsextremistische Sammlung nicht mehr fähig sind?

Was not tut, ist eine lose Sammlung aller Personen und Gruppen, die als

politisches Gegengewicht gegen die rechtsextremistische Gefahr wirken wollen.

Noch besteht die Möglichkeit, durch einige großangelegte Aktionen die unentschlossene Mitte dazu zu bewegen, daß sie nicht m i t den Rechtsextremisten, sondern g e g e n sie marschiert.

Unter der stragetischen Losung „Gemeinsamkeit g e g e n die Rechtsextremisten, aber keine Gemeinsamkeit m i t der neuen Sammlung" könnte einiges erreicht werden, selbst wenn durch die Verallgemeinerung, die in dieser Losung liegt, die vielen Nuancen nicht ganz getroffen werden.

Erforderlich wäre bei getrenntem Marschieren und vereinten politischen Vorstößen eine Koordinierung aller Kräfte, die den seit langem sich abzeichnenden allgemeinen Rechtstrend in der Bundesrepublik energisch entgegentreten wollen. Diese Aufgabe könnte im bevorstehenden Bundestagswahlkampf zur Hauptfrage in der deutschen Politik werden: Gelingt es, das personelle Zentrum der rechtsextremistischen Sammlung zurückzudrängen und damit entscheidend zu schwächen, oder soll Strauß wieder an die Schalthebel der staatlichen Macht gelangen? Welche Auswirkungen auf die internationale und auf die innere Politik würde es haben, wenn die westdeutschen Goldwaters zum Zuge kämen?

Die Antwort kann nur in der Sammlung und in der Aktivität einer politischen Gegenkraft liegen.

Heinz Abosch

BILD-Zeitung — Ein politisches Symptom

„Bild" ist die bei weitem größte Tageszeitung der Bundesrepublik. Im ersten Quartal dieses Jahres betrug ihre Auflage 4,2 Millionen, davon wurden 3,7 Millionen verkauft. Die Leserzahl ist jedoch bedeutend höher und erreicht fast 10 Millionen, so daß jeder fünfte Bundesbürger ein „Bild"-Leser ist. Sieben verschiedene Druckorte (Hamburg, Essen, Köln, Frankfurt, München, Stuttgart, Berlin) und 62 000 Verkaufsstellen sorgen für frühe, schnelle und weitgestreute Verbreitung. „Bild" gibt es in Großstädten, aber auch in Kleinstädten und auf dem Lande. Ist seine Leserzahl auch nicht überall gleichmäßig verteilt, so ist es doch in jede Provinz eingedrungen, und es gibt kaum ein Dorf, wo es nicht bekannt wäre. In Hamburg werden 43 % der Familien beliefert, in Oldenburg sogar 60 %, den Rekord heimst vielleicht die Volkswagen-Stadt Wolfsburg ein: mit 78 %. In den Städten ist die Verbreitung stärker als auf dem Lande. Den 43 % Hamburgern stehen 34 % Schleswig-Holsteiner gegenüber. Ähnlich ist es in München mit 27 % und München-Land mit 18 %, in Aschaffenburg mit 32 % und Aschaffenburg-Land mit 10 %.

Als städtisches Boulevard-Blatt vermochte „Bild" natürlich leichter die Industriestädte zu erobern, doch gelang es ihm auch, die vom Zeitstrom entferntere, traditionell gebundene Bevölkerung der kleinen Städte und sogar Landgemeinden zu interessieren. Sie dürfte darin wahrscheinlich den „Duft der weiten Welt" vermuten, wie eine Zigarettenmarke es von sich behauptet. Zum Charakter von „Bild" gehört es gerade, keine Besonderheit auszudrücken: nicht eine Stadt, eine Provinz oder eine Gruppe zu repräsentieren. Es will die Zeitung aller Deut-

schen sein. Statt zu unterscheiden, will es angleichen, was einer Nivellierung entspricht. Es will möglichst viel und viele unter einen Hut, auf einen Nenner bringen. Das ist ihm in einem erstaunlichen Ausmaß gelungen. Die „Bild"-Leserschaft ist ein Querschnitt bundesdeutscher Schichtung und setzt sich aus allen Klassen zusammen. Nach einer 1959/60 vorgenommenen DIVO-Befragung sind die Arbeiter mit 46 %, die Angestellten mit 22 %, die Beamten mit 8 %, Unternehmer und Geschäftsleute mit 11 % beteiligt. Der Anteil der freien Berufe ist mit 2 % unterdurchschnittlich schwach. Doch ist eine häufig geäußerte Ansicht irrig, wonach Springers Massenblatt die Lektüre der besonders Dummen darstelle: 16 % der Leser besitzen mittlere oder höhere Schulbildung, gar 6 % sind Abiturienten oder Akademiker. Ein Drittel der höheren Bildungsschicht ist damit vertreten. Im weiteren Sinne haben wir es also mit einem gesellschaftlichen Querschnitt zu tun, wonach „Bild" als repräsentatives Organ des „Volkes", aller Volksschichten zu betrachten wäre. Vom Straßenfeger bis zum Industrieboß, von der Sekretärin bis zum höheren Angestellten, vom Lehrling bis zum Vertreter erkennen sich viele in dem Blatt wieder. Was damit erreicht ist, gelang keiner anderen Tages- oder Wochenzeitung. Die am meisten verbreiteten Organe der Tagespresse erreichen eine Auflage von 250 000 bis 300 000, noch nicht einmal ein Zehntel. Erfolgreiche Wochenmagazine erzielen 1,5 Millionen, weniger als die Hälfte.

Was erklärt den Erfolg? Da ist der niedrige Verkaufspreis von 10 Pfennig, der sicher den Umsatz bedeutend erleichtert. Doch hätte dies den Erfolg allein nicht bewirken können: die billigste Ware muß den Käufer zufriedenstellen, die Zeitung, will sie täglich gelesen werden, die Treue des Lesers erobern, sich ihm als etwas Unentbehrliches erweisen, muß seinem Geist entsprechen, als notwendige Ergänzung und Ausdruck seines Wesens verlangt werden. Erst dann wird der Leser sie als ein tägliches zwingendes Bedürfnis ansehen. Empfindet er diese Befriedigung nicht, wird ihm auch ein Groschen zu schade sein. Zwischen Zeitung und Leser entsteht ein mehr oder weniger enges geistig-seelisches Verhältnis, das um so inniger wird, je länger es andauert. In dieser Bindung wird die Zeitung zum Freund, zum vertrauten Gefährten, zum Ratgeber oder zum Idol. Dies Verhältnis ist wahrscheinlich — wir werden das zu begründen suchen — im Falle von „Bild" besonders innig. Es werden Meinungsumfragen abgehalten, um das Denken der Bundesbürger zu ergründen, doch stellt das Blatt, das täglich zehn Millionen von ihnen beliefert, einen Test dar, der nicht weniger aufschlußreich ist als eine Meinungsumfrage. Eine Analyse der „Bild-Zeitung" enthüllt nicht nur ihren Charakter, sondern liefert auch wertvolle Hinweise auf den geistigen Zustand der Bundesbürger.

Anti-Denken

Einen Schlüssel bietet uns Axel Springer selber:

> „Ich war mir seit Kriegsende darüber klar, daß der deutsche Leser eines auf keinen Fall wollte, nämlich nachdenken. Und darauf habe ich meine Zeitungen eingestellt." (Evangelisches Sonntagsblatt, 5. VII. 1959)

In der Tat frönt „Bild" dem Ideal des Nicht-Denkens mit unermüdlicher Hingabe, es will ständig der Antipode des Denkens sein. Nun ist es keineswegs das erste Boulevard-Blatt, auch beileibe nicht die erste oder gar einzige Zeitung, die dem Denken den Krieg erklärte. Doch erwarb es auf diesem Gebiet unbestreitbare Meisterschaft, wozu freilich, neben professionellem Gespür, vor allem gehört, daß man im Gebrauch der Mittel nicht gerade delikat verfährt. „Bild" ist auch nicht die einzige Zeitung, die Bilder verwendet, doch ist es auch dabei am

weitesten gegangen. Es blieb seinem Namen verpflichtet, da es durchaus mehr Bild als Zeitung darstellt. Es hat den üblichen Charakter der Zeitung umgestürzt: das Bild ergänzt nicht den Kommentar, es ist der Kommentar, der das Bild ergänzt. Der Text steht nicht mehr im Mittelpunkt, sondern das Bild. Wobei dies nicht allein das Foto ist; auch die gewaltigen Schlagzeilen, die roten, gelben, rosa, blauen Flächen, Unterstreichungen, Umrandungen dienen dem optischen Effekt. „Bild" will mehr gesehen als gelesen werden. Es verlangt keine gedankliche Anstrengung, sondern bietet Zerstreuung. Auf diese Weise ist es der Antipode des Wesens einer Zeitung, das darin besteht, Texte zu vermitteln, an Aufmerksamkeit zu appellieren, zum Nachdenken herauszufordern und Zeit zu beanspruchen.

„Bild" erspart einem das alles und verlangt weder Aufmerksamkeit noch Nachdenken noch Zeit. Es ist im Halb- und Viertelbewußtsein zu schlürfen wie eine Suppe im Schnellimbiß. Es fordert nicht heraus und bestätigt eher alte Denkgewohnheiten. Der Text, als zentrale Struktur ist entthront; er ist auf ein Drittel reduziert; auf der ersten Seite wird er noch geringer, zur Karrikatur seiner selbst. Bei großen Tagen wie „Kennedy ermordet!", „Berlin-Krise wird heiß!", „Die Monroe ist tot" schrumpft er auf ein Zehntel. In jedem Fall ist er Beiwerk. Das Wesentliche besteht in der Schlagzeile und im Foto. Die Schlagzeile enthält alles Wichtige. Wer sie liest, kann sich informiert dünken. Der Text ist dazu da, sie zu kommentieren, ihre Wahrheit zu bestätigen. Da die Schlagzeile unbestritten dominiert und sich den Text unterordnet, wird auch er zu einer Sammlung von Schlagzeilen. Er darf das von Schlagzeilen und Bildern geprägte Niveau nicht stören, die Denkfaulen nicht abstoßen: sie müssen den Text so leicht schlürfen können wie alles übrige.

Ein Artikel versucht nicht, die Schwierigkeit eines Problems darzustellen, die verschiedenen Möglichkeiten zu seiner Lösung. Die Wahrheit ist bereits in der Schlagzeile enthalten, die das auch noch vom passenden Bild bestätigt bekommt. Nicht die Schwierigkeit der Dinge wird dargestellt: alles ist einfach. So einfach wie ein Titel, ein komprimierter Aussagesatz. Weltprobleme werden zum Bereich der Schlagworte. Der Ignoranz wird gefrönt, der Nichtwissende wird in seinem Zustand bestätigt und noch als klug-informiert gelobt. So wird zum Beispiel ein Interview mit Bundesminister Dr. Mende (9. 5. 1964) kein Gespräch, sondern eine Anhäufung von Losungen unter der die Schlußfolgerung vorwegnehmenden Überschrift „Wer Ulbricht anerkennt, ist ein Verräter". Am 9. 4. 1964 wird dem Bundeskanzler geschmeichelt und ihm gleichzeitig knappe Order für den Besuch bei Johnson auf den Weg gegeben, was immerhin „Schwieriger Erhard-Besuch in den USA" betitelt ist. Doch ist es gar nicht so schwierig, genügt doch die kategorische Formel: „Ohne Wiedervereinigung kann es in Europa keine echte Entspannung geben. Eine Anerkennung des Pankower Mauerregimes kommt für uns niemals in Frage. Wer dem von Präsident Johnson kürzlich ausgesprochenen sowjetischen Sicherheitsbedürfnis entsprechen will, muß Deutschland wiedervereinigen, um Europa zu befriedigen." Das am 9. 7. 1964 unter der Schlagzeile „Nicht nur auf die USA verlassen!" veröffentlichte Gespräch mit Adenauer und Strauß ist dergleichen auf das mechanische Wiederholen seit langem wiederholter Formeln abgestellt, wobei der „Bild"-Geist sich unschwer mit dem Denken der beiden Politiker verbindet. Wie das Blatt seit Jahren die „Stärke des Westens" als der Weisheit höchsten Schluß predigt, so lautet das biedermännische Rezept Adenauers „Europa muß eine politische Rolle spielen" und das von Strauß „Europa, zweite Kraft des Westens". Auf jede präzise Analyse wird zugunsten von primären Losungen verzichtet, denen gläubig vertraut werden muß, um über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Die Liebe der Gewalt . . .

Jede Methode besitzt grundsätzliche, nicht nur formelle Bedeutung, indem sie den Geist ausdrückt, dem sie verpflichtet ist. Die „Bild"-Vorliebe für die Schlagzeile, die Vernichtung des Denkens zugunsten von Losungen, die zu Zauberformeln werden und in ihrer Einfachheit „erleuchtend" wirken, die Ersetzung der Vernunft durch Gläubigkeit: dies kommt einer prinzipiellen geistigen Entscheidung gleich. Alles wird als leicht verständlich vorausgesetzt, weil auf jedes Verständnis verzichtet wird. An die Stelle des Denkens tritt der Slogan-Kult, wie ihn sowohl die Industrie als auch totalitäre Bewegungen betreiben, und der nicht selbständig Denkende, sondern gläubige Gefolgschaft verlangt. Dem Slogan, den die massive Schlagzeile beschwörend zusammenrafft und den der Text hundertfach wiederholt, wird eine magische Kraft zugeschrieben: es genügt, daran zu glauben, um des Sieges gewiß zu sein. Das Reich des Verstehens verlassend, in dem es zu ergründen, zu überzeugen und allmählich zu lösen gilt, gelangt man so in die Domäne ursprünglicher Triebe, wo irrationale Gewalt, Angst und Fluch herrschen. Die geistige Welt von „Bild" ist in der Tat die absoluter, sich ständig neu erzeugender Gewalt. Es ist die primitive Welt der Germanengötter, Wotans, der Nibelungen, wo ein überirdascher Fluch die Menschen zu blutiger Fehde treibt. Zum Glauben an die Unerbittlichkeit grausamen „Schicksals" gehört das manichäische Prinzip von Gut und Böse, das in Personen sich verkörpert. In der „Bild"-Welt gibt es Helden und Hexen, Jesus und Judas, Siegfried und Hagen, Schneewittchen und die böse Königin. In die Welt von heute übertragen, heißt das Freie Welt und Kommunismus? Hier die Reinen, dort die Verderbten, hier Licht, dort Finsternis, hier der fromme Erhard, dort der verräterische Chrustschow. Der „Bild"-Leser soll gewiss sein, wenn er nur den Zaubersprüchen folgt, daß er ein- für allemal dem Reich des Lichts angehört, dem der Fürst der Finsternis den Kampf angesagt hat. Der infantile Glaubenssatz macht ebenso unmöglich, die Tatsachen zu erkennen, wie das Gebanntsein durch Personen. Der Geist des Tages-Horoskops („Ab 16 Uhr in allem vorsichtig und zurückhaltend bleiben") durchzieht das Ganze.

„Bild" ist verzückt in die Gewalt verliebt. Das zeigen allein die Enormität der Titel, die lodernden roten Unterstreichungen, der ständige Gebrauch von Ausrufungszeichen, die die Gewalt der Auseinandersetzung, Schrecken wie Willen zur Abwehr, zu verkünden bestimmt sind. Es wimmelt von Kriegsverkündungen — die gewöhnlich nicht zutreffen. Die Verliebtheit in die Gewalt führt zu dauernden Übertreibungen. Am 25. 4. 1961 wurde auf der ersten Seite „Mobilmachung in Frankreich" falsch angesagt, am 20. 7. 1961 bedeckte „Blutige Schlacht im Hafen Bizerta" fast die ganze Seite, als handele es sich um den Ausbruch des Weltkriegs. Ein Studentenkrawall in Prag wird zur „Straßenschlacht", eine lokale Krise zur Weltkatastrophe vergrößert. Damit wird die Aufgabe verfolgt, der Menschen vermittels der Angstpsychose habhaft zu werden, das Rüstungsfieber anzuhalten und Kriege als unvermeidlich hinzustellen. Ganz natürlich geht die Bedrohung vom Reich der Finsternis aus, im Reich des Lichts herrscht nichts als Friedensliebe. „Moskau beleidigt die USA": in Permanenz. Das Reich des Lichts ist gerade wegen seiner Lauterkeit ständig bedroht, während wir uns freuen können, so vernünftige Regierungschefs zu besitzen: „Dramatischer Appell des Kanzlers: Rettet den Frieden! Handelt schnell! Adenauer beschwört Nikita Chrustschow". So fühlen wir uns denn in unserem guten Gewissen bestätigt und dürfen emsig weiter rüsten. Die Kriegspsychose wird mit Vertrauen angeheizt und immer wieder der bevorstehende Untergang des Bösen prophezeit: „Kein Brot! Keine Milch! Kein Wodka! Chrustschows große Pleite" (19. 11. 1963).

Am 10. 3. 1961 wurde verkündet: „Selbst der Osten gibt zu: Ulbrichts Lage

hoffnungslos." Nun kann es nicht mehr lange dauern, bis das „Bild"-Gute triumphiert!

Die Berlin-Frage wurde zur speziellen Domäne der Zeitung. Mehr als einmal wurde verzückt gemeldet „Berlin-Krise wird heiß!", „Gestern die ersten Schüsse!". Tatsächlich bemühte sich das Blatt fieberhaft, die Berlin-Frage zur Siedehitze zu bringen. Knapp vierzehn Tage vor dem 13. August rief es in einem Stil, der Deutschen nicht unbekannt ist: „Ein Wille! Ein Weg! Ein Ziel!". Am 5. 8. gab es „Straßenschlacht mit Taxi-Fahrern", am 9. 8. hieß es strahlend „Flüchtlings-Strom verdoppelt!". Das war für Axel Springer ein schöner Erfolg, nur trug er wahrscheinlich dazu bei, die DDR abzuriegeln. Nach dem 13. August bemühte sich das Blatt, die Westmächte zu „Aktionen" zu ermuntern und tobte: „Jetzt handeln! Papierproteste reichen nicht aus." Kennedy, Macmillan und Adenauer wurden der Untätigkeit bezichtigt: „Der Westen tut nichts!", und die Kampagne gegen den „Verkauf Deutschlands" wurde in Gang gesetzt.

Aber nicht nur die Politik wird als Gewalt und Krieg dargestellt, die Quintessenz jeder Sache wird der Gewalttätigkeit gleichgesetzt. Die Filmkrise wird übersetzt in „Der Staat erschießt deutschen Film". Der westdeutsche Film geht nicht etwa an den erstickenden gesellschaftlichen Tabus zugrunde: er wird ermordet. Für den Star Liz Taylor wird gebieterisch gefordert: „Haut ihr den Hintern voll." Am 17. 3. 1964 heißt es: „Erhard springt der SPD ins Gesicht". So werden politische Debatten der Mordkulisse eines Western angepaßt, optisch-prägnant werden sie in reine Gewaltanwendung umgemünzt. Die Liebe zur Gewalt bekundet sich sowohl in der terrorisierenden Massivität der Schlagzeilen wie in den bevorzugten Themen. Krieg und Mord stehen im Vordergrund, Grausamkeit wird genußreich ausgekostet. „Von Haien angefallen" oder „55 Minuten Todesqualen", als Leckerbissen serviert, sollen der sadistischen Lust genüge tun. Die Aufreizung aggressiver Triebe ist ein wirksames Mittel, um den Leser, unter Ausschaltung seines Verstandes, der Selbstbestimmung zu berauben. Als Gefühlswesen gezüchtet, wird er — fürchtend, hassend, sentimental-liebend — der Macht passiv untergeordnet.

Die unverständliche Gewalt, der der Mensch ausgeliefert, wird im übrigen durch die chaotische Präsentation der Nachrichten symbolisiert. Da besitzt Monroes Tod die gleiche Bedeutung wie ein Attentat auf de Gaulle, ein Raubüberfall nimmt kosmisches Ausmaß an, genau wie „Krach bei Dior", Parlamentswahlen in England besitzen den gleichen Wert wie die Hiobsbotschaft „Unsere Wurst ist schlecht". Das führt dahin, daß politisches Geschehen so „schicksalhaft"-unvermeidlich wird wie der Mord eines Wahnsinnigen. Hier wie dort herrschen unverständliche Mächte. Zum andern wird jede Orientierung, die nur auf Sichtung und sachgerechter Unterscheidung beruhen kann, verhindert. Die Welt präsentiert sich als einziges Chaos, in dem unergründliche Ereignisse wirr gegeneinander stoßen. Auf diese Weise wird das politische Bewußtwerden unmöglich gemacht. Denn der Durchschnittsmensch teilt die ererbte Überzeugung, daß die Politik eine übernatürliche Macht sei, auf die er keinen Einfluß ausüben könne. Verkehrsunfälle, Morde, die Wahl einer Schönheitskönigin, die Zigarre Erhards berühren ihn weit mehr, sie sind verständlicher als die Politik. Daher wirken sie konkreter, im Unterschied zur „Abstraktheit" der Politik. „Bild" fördert das dem Untertan angeborene Vorurteil über das angebliche Konkrete des Oberflächlichen.

Doch bekundet das Blatt keine unterschiedslose Liebe für Gewalttätigkeit, es weiß dabei sehr genau zu unterscheiden. Nicht jeder Mord erfreut sich gleicher Beliebtheit, nicht jeder Tote hat den gleichen Wert. Noch brachte es der Auschwitz-Prozeß zu keinen massiven Titeln auf der ersten Seite. Es gibt also Grauen, das auch die Springer-Redaktion verschmäht. Am 29. 8. 1962 hatte ein

„Fußballstar als Rififi-Einbrecher" die Schlagzeile, während ein anderer Titel sich klein bescheiden mußte: „Mitschuldig am Mord an 80 000 und 1 Million Juden". Es sind Morde, die das Blatt für weniger ergiebig zu halten scheint. Nicht anders verhielt es sich mit den hunderttausenden Toten des Algerien-Kriegs, die im Interesse der Freien Welt verschwiegen wurden. Erst im Sommer 1962 drohte „Algerien endgültig im Chaos zu versinken": nachdem es die Unabhängigkeit errungen hatte; solange der Krieg anhielt, war dem Chaos siegreich gesteuert. Die Toten der Bundeswehr teilen ein ähnliches Los, selten wird ihnen eine große Aufmachung zuteil, oft werden sie ganz verschwiegen. Auch das sind Tote, von denen kein Aufhebens zu machen ist, damit die Bundeswehr ihren Bestand nicht gefährdet sieht. Am 20. 6. 1962 lautete die Schlagzeile „500 000 gewonnen", in kleinerer Schrift hieß es: „Katastrophe bei der Bundeswehr / 4 Düsenmaschinen rasten zusammen". Auch mußte sich am 25. 10. 1963 die Nachricht „14 Krupp-Arbeiter stürzten in die Tiefe" mit kleinem Platz begnügen, während „Zonen-Bewohner" hochgespielt wurden, die „Bild" angeblich versichert hatten: „95 Prozent bleiben deutsch". Die Toten, die es mit Wonne zu gebrauchen gilt, sind diejenigen, die gegen den Kommunismus vorgeschickt werden können. Da wird Leichenverwertung zum politischen Geschäft. Mit leckerem Behagen wird ausgekostet „18jähriger von Mine zerrissen" oder die schwarzgerandete Trauermeldung „Seit 1000 Tagen: Die Mauer in Berlin — Sie starben auf dem Weg von Berlin nach Berlin". Diesen Totenkult — von den „Helden des 1. Weltkriegs" bis zu den „Helden von Stalingrad" durchaus nicht unbekannt — hat das Blatt vor allem gern: die Tränen erlauben, jedes Denken restlos zu ertränken. Die Berlin-Frage, ihres politischen Aspekts beraubt, wird zum Altar sentimentalen Weinens und zur Kultstätte, wo der Haß gegen den Kommunismus gezüchtet wird.

. . . und die Andacht schönen Gefühls

Die Anbetung der Gewalt geht einher mit dem Kult schönen Gefühls. Mit dem Strom von Blut fließen Tränen der Rührung. Da freut man sich über die Adoption eines „verwundeten Jungen", schluchzt spaltenlang, wenn „Vera weint", ein Kind ertrinkt, über die „Heldin von Köln", über Lengede, eine Bergbesteigung, eine Schiffsrettung, das Los der Haftentlassenen. Da wird Mitgefühl mit Armen, Unglücklichen, Mutigen ausgedrückt — mit derselben Wonne, wie an dem Unheil geschmatzt wird, das über sie hereinbrach. Das schöne Gefühl ist genauso unersättlich wie das Gefallen an der Untat, das sich mit moralischem Protest dagegen zu tarnen liebt. Daß dabei auch an echte moralische Gefühle und Taten angeknüpft wird, ist unbestreitbar und für den Erfolg des Ganzen unerläßlich. Gerade dadurch ergibt sich aber auch das wahrhaft Verhängnisvolle, das andernfalls auf wankendem Boden dastünde und nicht so üppig gedeihen könnte. Ohne die Kultur des Guten wäre der Fortbestand des Schlechten gefährdet, die Welt der Gewalt vermag nur erhalten zu werden vermittels des Aufgebots guter Gefühle. Die Verehrung der Gewalt verlangt als Kompensation die Protektion von Liebesgefühlen, die allerdings in solche Bahnen gelenkt werden, die der Gewalt keinen Abbruch tun. Für Tote sollen Tränen vergossen werden, doch nicht für alle. Es gibt dem Nacht-Reich zugehörige Tote, die ihr Schicksal verdienten, über die die Phalanx des Licht-Reiches stählern hinwegsieht. Das gute Gefühl darf sich in Mitleid mit Alten und Armen kundtun, doch darf es nicht danach trachten, die gesellschaftlichen Bedingungen so zu ändern, daß Alte und Arme nicht mehr auf sentimentale Almosen angewiesen sind. Das gute Gefühl darf sich auch als fragwürdiges Heldentum bewähren, sei es als Rennfahrer, Soldat oder Bergsteiger, doch soll es nicht von der Vernunft auf positivere Wege gelenkt werden. Das kultivierte Gute steht nicht nur im Dienst des Fragwürdigen, oft handelt es sich um authentisch Schlechtes.

Das Blatt stellt sich selbstverständlich unter das Zeichen der Religion, verehrt Gott und die Kirchen, besitzt sogar einen „Pfarrer in Bild". Doch geht es damit nicht die geringste Verpflichtung ein: das religiöse Bekenntnis veredelt den Betrieb, ohne ihn jemals zu stören. Das Hohelied der Moral gefährdet nicht im geringsten die Vorherrschaft von Mord und Sex. Gott nimmt brav seinen Platz ein zwischen Krimi, Astrologie, Aktfoto und Kalter-Kriegs-Technik. So wie er sich in Lengede betätigte („Gott hat mitgeholfen!"), glänzt er sichtbar über allen Spalten des Blattes, das genauso ekstastisch von Religion spricht wie vom letzten Banküberfall. Dabei besitzt „Bild" die Koketterie, sich gar nicht als exemplarisch auszugeben: es weiß um die Sünde. Fast kierkegaardisch klang es am letzten Bußtag: „Wenn wir uns morgen — und sei es auch nur einen Tag lang — darauf besinnen, daß wir schuldig sind, daß Schuld zum Menschen gehört wie die Luft zum Atmen — dann könnte dieser Tag doch sinnvoll sein. Er könnte uns helfen, besser, menschlicher zu werden." So fein sind die Herren, doch hindert sie das pietätvolle Schuldbekenntnis keineswegs, Absoluta weiter herauszuschleudern und jeden, der ihnen im Wege steht, als „Verräter" zu verunglimpfen. Sowenig verbindlich ist der gute Christen-Wille . . .

Überhaupt gehört es zu ihrer Art, dem zu frönen, vor dem sie warnen. Sich büßerisch-christlich gebend, verschmähen sie nicht Bilder teilbekleideter Damen. „Busenfrei" wurde zur Staatsaktion, der laufende Roman nennt sich sinnig „Das Bett des Florian Hahn", nachdem ein anderer, „Nackt vor aller Augen", erschienen war, in dem man folgendes lesen konnte: „Gisela Bräunig ist erst 14. Aber darauf nimmt Eberhard Roeder, Untermieter und Geliebter der jungen Witwe, Ilse Bräunig, keine Rücksicht . . ." So bewährt sich das Christentum in der Praxis. Es genügt den „Bild"-Büßern nicht, Sex und Verbrechen im Nachrichtenteil auszuschlachten, sie bedienen sich ihrer noch in „Romanen". Die Methode, in das Verderben zu führen, vor dem man warnend den Zeigefinger erhebt, entspricht dem, was T. W. Adorno über den Film gesagt hat: dessen Tonfall sei „der der Hexe, die den Kleinen, die sie verzaubern oder fressen will, die Speise verabreicht mit dem schauerlichen Murmeln: „Gut Süppchen, schmeckt das Süppchen? Wohl soll dirs bekommen, wohl bekommen."[1]) Auch der rabiate Antikommunismus weiß sich demokratisch zu geben. „Bild" ist sogar für die Entfernung belasteter Nazis aus dem Staatsdienst: „Unserem Aufschrei gegen die roten Mörder wird solange das große Echo in der Welt fehlen, wie bei uns noch Gehilfen der braunen Henker dienen und regieren." (14. 6. 1962) Sehr deutlich wird damit ausgedrückt, daß Nazis abtreten sollen, um den Kampf gegen den „roten Faschismus" zu erleichtern, nicht etwa aus grundsätzlicher Überzeugung. Das Mogeln mit ihr entwertet sie als taktischen Handgriff.

Der Macht hörig

Die Frage erübrigt sich, ob „Bild" im Dienst der Macht oder der Freiheit des Staatsbürgers steht: indem es seine Vernunft verneint, ihn durch den Schaum von Emotionen blendet, unterwirft es ihn der Gewalt, — mit Methoden, die sich in diesem Lande grausig bezahlt gemacht haben. Wird das Denken systematisch untergraben, wird die kritische Vernunft entwertet, wird der erwachsene Staatsbürger als infantiles Objekt behandelt: dann kann dies nur der Unterdrückung zugute kommen. Dies geschieht zweifellos (und das erklärt den Erfolg des Wirkens) auf dem Grund einer alten geschichtlichen Tradition, die die Deutschen zu Untertanen entwürdigte. Dazu gehört die Feindschaft wider die Politik, die ohne Gebrauch des Denkens unmöglich ist. Dazu gehört die Bindung an die Macht — Regierung, Armee, Industrie —, die als natürlich gegeben und „schicksalhaft"

[1]) T. W. Adorno, Minima Moralia, 1951, S. 384.

verklärt wird. Dazu gehört der bis zur Hysterie gesteigerte deutsch-nationale Narzißmus, der sich selbst als Nabel der Welt betrachtet. Deutsche Geschichte, deutsche Gefühle, deutsche Ziele werden als Mittelpunkt gesehen, um die die ganze übrige Welt kreist. Die Berliner Mauer wird nicht nur zum „deutschen Schicksal", sondern zum Schicksal der Welt schlechthin, — wie in alten Glanzzeiten, wo der deutsche Nationalismus seine Interessen als mit denen der gesamten Menschheit identisch erklärte. So wird selbst der Muttertag Anlaß zur politischen Einspannung: „Wenn es keine Mauer mehr gäbe, dann könnten alle Mütter in aller Welt aufatmen." (9. 5. 1964) Der nationale Narzißmus will den Eindruck erwecken, als litten Millionen Mütter in der Welt unter der „Mauer", was einer paranoiden Entstellung der Wirklichkeit gleichkommt. Es war gewiß kein Zufall, daß der Ideologe des nationalistischen Untertans und der „Elite" Hans Zehrer als „Hans in Bild" in diesem Blatt Einlaß fand: die Existenz des Massenblattes ergänzt notwendig die Führer-Elite, die natürlich nicht umhin kann, die Masse, der sie sich bedient, zu verachten und sie entsprechend zu traktieren.

Dazu gehört nicht minder die Volkstümlichkeit mimende Sprache, die jeder als seine eigene auffassen und als offenkundige Wahrheit erkennen soll: dem „Bild" noch dankbar, daß es sich die Haarspaltereien der Linksintellektuellen erspart. Die Volkstümlichkeit des Tons gestaltet die Beziehungen zur Macht um so intimer. Wenn von den Kennedys als John und Jacky, von Erhard als dem „Dicken" gesprochen wird, werden die Vertreter der Macht zu geliebten Idolen wie Fußball- und Filmstars. Die Entfernung zwischen Volk und Macht wird populärplatonisch überbrückt und dadurch gesichert.

Die systematische Zerstörung der Vernunft geht einher mit ebenso systematischer Züchtung von Angst. Verzicht auf Verstehen führt zur Ausbreitung von Schrecken. In diesem Klima gedieh die Herrschaft der Medizinmänner ebenso wie die der Nazis. Die Angst ist ein unfehlbares Mittel zur Unterwerfung der Menschen. Ohne die Organisation irrationaler Angst vor Judentum und Kommunismus hätten die Nazis die Macht nicht erobern und nicht bis zur letzten Neige auskosten können. Der von „Bild" verbreitete Schrecken ist gleicherweise Wegbereiter der Diktatur. „Die Macht der Vorurteile über die Menschen ist so riesengroß, daß jeder Versuch, sich ihren Einfluß zu vergegenwärtigen, hinter der Wirklichkeit zurückbleibt". So Alexander Mitscherlich in „Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft". Die Macht der „Bild-Zeitung" beruht auf der Macht solcher Vorurteile, die eine lange Untertanen-Tradition dem Deutschen so fest einprägte, daß sie als natürlich angesehen werden. Flucht vor den Problemen, vor staatsbürgerlicher Verantwortung und Mitwirkung, Angst und Wut angesichts unverständlichen „Schicksals", Gefallen an Unterordnung und Projektion des dadurch angestauten Hasses wider äußere Feinde: in diesen Methoden des Springer-Blattes widerspiegelt sich die deutsche Geschichte mißratener Demokratie, triumphierender Obrigkeit. Seinen Erfolg verdankt es letztlich dem Stochern im Dunghaufen, der nach Rudolf Augstein im Herzen jedes Deutschen lagert.

Die Bindung zwischen „Bild" und Regierung ist eng. Es gibt das einigende Band des Antikommunismus, der Wirtschaftsinteressen, der Aufrüstung. Die Erstarkung der Bonner Machtelite wurde, nicht ohne Grund, von dem triumphalen Aufstieg des Springer-Organs begleitet. In den beiden Phänomen dürfen wir den Ausdruck des gleichen Prozesses sehen. Die zunehmende Entmündigung der Staatsbürger wurde sowohl von der Machtpolitik betrieben als von einer Zeitung, deren Ziele unterhalb von politischer Bewußtwerdung liegen. Die „nationale Einheit" hinter einer „starken Regierung", die „Bild" nicht müde wird zu fordern,

wurde noch immer in Bonn als höchst angenehm empfunden. Dabei wird der jeweils extremste Flügel unterstützt. Jetzt sind es Adenauer und Strauß, mit denen, kategorisch wie immer, statuiert wird: „De Gaulle hat recht". Und wie in den Tagen Rathenaus wird vor „Erfüllungspolitik" gewarnt. Prompt nahm das Blatt gegen den Wehrbeauftragten Stellung und meldete unwahr: „Heye fällt um". Die Verschwägerung mit der Macht schließt manche Kritik nicht aus. Doch hält sie sich ans Unwesentliche und wirkt daher als eigentliches Ventil der Macht. Es ist keine vernunftbegründete Kritik, sondern ein die Demokratie verdrängendes Meckern. Die Verbindung mit der Macht ergibt sich auch aus der penetrant gewerkschaftsfeindlichen Einstellung, die wiederholt Arbeitskämpfe als „nationale Katastrophe" anschwärzte.

Das enge Verhältnis zwischen „Bild" und Regierung ist aufschlußreich genug. Minister-Interviews sind häufig, und Erhard hat sogar während mehrerer Stunden das „Bild-Parlament" empfangen. Diese parlamentarische Karikatur soll die Volkstümlichkeit der Macht zum Ausdruck bringen. Noch kein Offizieller hat an Geist und Methoden der Springer-Zeitung Anstoß genommen. So muß man denn annehmen, daß sich der Schlagwort-Kult, der denkfeindliche nationale Gefühlsrausch, der primäre Antikommunismus höchster Beliebtheit erfreuen, daß zwischen „Bild"-Geist und dem Geist der Regierenden eine enge Verwandtschaft besteht. Ersetzen Schlagworte nicht auch in höchsten Gremien vernunftbegründete Analysen, appelliert man nicht an den Gefühlsrausch der Bundesbürger, statt Fakten auf den Tisch zu legen, wird nicht dem Ideal gehuldigt, eher infantil Abhängige als selbständig Denkende vor sich zu haben? Diese Fragen drängen sich insbesondere angesichts eines Beispiels auf: in der Schweiz gibt es eine Zeitung, die der Springers ähnlich ist. Doch wurden ihre Redakteure, als des Journalismus unwürdig, aus dem Journalisten-Verband verstoßen, während die Regierung, aus dem gleichen Grunde, jeden Kontakt mit dem Organ ablehnte. Das geschah in der alten schweizer Demokratie, wo wohl ganz andere Presse-Kriterien maßgeblich sein müssen als bei uns . . .

Springers Triumph beweist nicht nur sein Geschick. Mehr noch zeigt er, wieviele Bundesbürger demokratischer Praxis widerstreben, wie sehr sie danach drängen, ihre eigene Entscheidungsfreiheit zugunsten autoritärer Manipulatoren aufzugeben, wie sehr sie, in ihrer Ohnmacht, vertrauter deutsch-nationaler Gefühlsrausch erwärmt, wie gern sie in Emotionen schwimmen und Denken fürchten. So haben wir es mit einem beängstigendem Symptom zu tun: Nicht ohne Skepsis läßt sich eine Demokratie betrachten, deren mächtigstes Organ die „Bild-Zeitung" ist. Hüten wir uns davor: „Eine Welt der unsichtbaren Diktatur ist denkbar, die sich noch der demokratischen Regierungsform bedient."[1]) Diesem Zustand sind wir näher als Wohlmeinende annehmen möchten.

[1]) K. Boulding, Universität Michigan. Nach: Vance Packard, Die geheimen Verführer, Düsseldorf 1964, S. 140.

Peter Lust, Montreal

Der Aufstand von New York

Unser Mitarbeiter Peter Lust, Montreal, hat sich kürzlich vierzehn Tage in New York aufgehalten, um das Problem der Rassen-Auseinandersetzung dort an Ort und Stelle zu studieren. D. Red.

Seit vielen Wochen herrscht in New Yorks schwarzen Ghetti ein schwelender Bürgerkrieg, der von Zeit zu Zeit in offenen Kampf ausbricht. Man kann diese Aufstände, die sich beinahe gleichzeitig in Harlem, in Brooklyn, in Rochester und in den New Yorker Vororten Paterson und Elisabeth abspielen, nicht mehr als „lokale Unruhen" bezeichnen. Wir stehen am Anfang einer offen revolutionären Entwicklung, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Sollte Barry Goldwater im November siegen, werden sich diese Unruhen über das ganze Land ausbreiten.

Der Aufstand der amerikanischen Neger (es handelt sich hier um einen spontanen, noch nicht zentral gelenkten Aufstand) nahm vor sechs Wochen im „Cow Palace" von San Francisco seinen Anfang, als die Republikanische Partei sich aus der fortschrittlichen Partei Abraham Lincolns in eine rückschrittliche Organisation verwandelte. Die Delegierten hatten den Vorschlag des New Yorker Gouverneur Rockefeller, eine starke „Civil Rights plank" in das Parteiprogramm aufzunehmen, niedergestimmt. Arizonas rechtsradikaler Senator Barry Goldwater war als Präsidentschaftskandidat im ersten Wahlgang aufgestellt worden. Der besiegte liberale Kandidat Scranton stellte, einer alten politischen Gewohnheit folgend, den Antrag, Goldwaters Wahl einstimmig zu machen; denn am Ende jeder Parteiversammlung werden alle Parteizwiste ostentativ begraben.

Zum ersten Mal in der politischen Geschichte Amerikas wurde diese Regel nicht befolgt. Fünf New Yorker Delegierte erhoben sich und verließen die Versammlung. Es waren fünf Delegierte der New Yorker Negergruppen: Ein Mitglied der NAACP (National Association for the advancement of colored People), ein Abgeordneter der CORE (Congress of racial equality) und dreier anderer Organisationen. Der Abgeordnete Fulton sagte traurig über den Fernsehschirm die prophetischen Worte: „Es wird ein langer, heißer Sommer werden!"

Die Kandidatur Goldwaters hat besonders bei den Negern der Nordost-Staaten eine Schockreaktion ausgelöst. Dies ist verständlich. Denn es war die Republikanische Partei, die seit den Tagen Abraham Lincolns für die Rechte der Neger gekämpft hatte. Um die Sklaverei der schwarzen Bürger zu beenden, hatten Lincoln und die republikanische Regierung den Bürgerkrieg begonnen. Nach siegreichem Ende des Krieges regierten die Republikaner weiter und erließen die Gesetze, die den farbigen Bürgern ihre Bürgerrechte geben sollten. Daß diese Rechte in der Praxis nie durchgeführt wurden und beinahe hundert Jahre lang nur auf dem Papier standen, war die Schuld der Gegenpartei, der Demokraten, die die Staatsgewalt der Südstaaten an sich gerissen hatten und den Negern ihre verbrieften Rechte einfach vorenthielten.[1])

So waren die Neger zwischen 1865 und 1933, dem Jahr der Wahl des fortschrittlichen Franklin D. Roosevelt, meist Wähler der Republikanischen Partei. Erst nach 1933 begannen sich manche den nördlichen Demokraten anzuschließen. Aber die meisten Neger blieben in ihren Herzen Republikaner; denn es ist nicht leicht, die politischen Gewohnheiten zweier Generationen über Nacht zu ver-

[1]) Vgl. Carl Bloice, Die Neger-Frage in den USA, „Blätter", Heft 6 u. 7/1963.

ändern. Daher die Schockwirkung der Kandidatur Goldwaters auf Amerikas Neger; und es ist dieser Schock, der die gegenwärtigen Unruhen ausgelöst hat.

Warum sind die Krawalle gerade in New York, dem Gebiet, in dem Amerikas Neger verhältnismäßig viele Rechte hatten, ausgebrochen, und nicht in den Südstaaten, wo sie am meisten unterdrückt sind? Die ständige Brutalisierung, die Amerikas Neger in den Südstaaten erdulden mußten, hat den farbigen Durchschnittsbürger der Südstaaten eingeschüchtert. Es ist dort dem Terror bis zu einem gewissen Punkte gelungen, seine Opfer „unter Kontrolle" zu halten. Im Norden dagegen besaßen die Neger einige, wenn auch nicht alle Rechte; vor allem durften sie Schulen besuchen, wenn diese Schulen auch, vor allem in den schwarzen Ghetti von Harlem und ähnlichen Wohnvierteln, schlechter, schmutziger und überfüllter waren als die Schulen der Weißen. Immerhin konnte sich eine kleine Gruppe Intellektueller entwickeln, was in den Südstaaten schlechthin unmöglich war. Es ist diese Gruppe, die die Bewegung geschaffen hat, die die gegenwärtige Erhebung organisiert: Das „Black Muslim movement" und das „Black Nationalist movement".

Beide Gruppen sind aktiv und revolutionär. Ihre Zielsetzung ist einfach: Nicht nur juristische, sondern tatsächliche Gleichheit der Rechte aller Bürger; gleiche Höhe des Einkommens und Lebensstandards beider Rassen; Anerkennung der amerikanischen Neger als eine „Nation", eine Volksgruppe, die das Recht hat ihr eigenes nationales und kulturelles Leben zu führen. Die dritte Forderung, deren Folgen sich kaum absehen lassen, erscheint für den Augenblick praktisch undurchführbar. Denn in keinem Teil der Vereinigten Staaten stellen Neger eine Bevölkerungsmehrheit dar. Diese Forderung der „Muslims" könnte daher höchstens zu einer Exodus-Bewegung, aber zu keiner Landesteilung führen.

Trotz dieser Anomalität hat sich die Muslim-Bewegung wie ein Buschfeuer ausgebreitet. Besonders stark ist die Gruppe in den Ghetti der Nordstaaten. In Detroit (dem Ursprungsort der Bewegung), Rochester, Chicago und — vor allem — in New Yorks Harlem sind die meisten schwarzen Jugendlichen Muslim-Anhänger; denn wie viele nationalrevolutionäre Bewegungen sind die „Black Muslims" eine Partei der jungen Menschen. Es sind diese jungen Leute, die die Aufstände organisieren und durchführen, was den amerikanischen Behörden gelegenheit gibt, von einer Horde junger „hoodlums", unerziehbarer Halbstarker, zu sprechen.

Ursprünglich begannen die „Black Muslims" in den dreißiger Jahren als eine religiöse Splittergruppe. In Detroits Negerviertel erschien 1934 ein Wanderprediger, der sich als „wiedergeborener Prophet Mohammed" ausgab und erklärte: „Das Christentum ist die Religion unserer weißen Unterdrücker. Wir Neger Amerikas haben eine Hoffnung: Wendet Euch dem Islam zu." Nach dreijähriger Tätigkeit verschwand der „Prophet" spurlos. Seine Arbeit wurde von einem anderen Sektenmitglied fortgesetzt, der nunmehr die Leitung der kleinen, weniger als tausend Anhänger zählenden Gruppe unter dem Namen „Elija Muhammad" übernahm.

Wie viele ähnliche Gruppen hätten die „Black Muslims" als kleine Religionsgemeinschaft weitervegetiert. Doch im Jahre 1951 trat ein junger Mann namens Malcolm Little der Gruppe bei. Während einer langjährigen Freiheitsstrafe hatte Little in der Gefängnisbibliothek Nationalökonomie und Philosophie studiert. Nach Verbüßung seiner Strafzeit begann er unter dem Namen „Malcolm X" (Mitglieder der Gruppe lehnen Familiennamen als „vom weißen Unterdrücker aufgezwungen" ab!) die „Muslims" politisch und militärisch zu organisieren. Aus der ursprünglich rein religiösen Sekte schuf er eine nationalistische Aktionsgruppe. Sein Ziel: Befreiung der amerikanischen Neger wenn möglich durch Ver-

handlungen oder, wenn nicht anders durchführbar, durch Revolution. Zunächst erkannte Malcolm X den alternden Elija Muhammad als Chef der Gruppe an. Vor einem Jahre jedoch desavouierte er Elijah als „religiös-reaktionär" und gründete das „Black Nationalist movement".

Das Muslim-Programm läßt sich schwer in die Praxis umsetzen. Amerika hat etwas über 20 Millionen schwarzer Bürger. Laut Gallup-Poll zeigen 21,4 % dieser Gruppe Sympathie für die „Muslims". Aber selbst wenn es den „Muslims" gelänge, die Mehrzahl aller Schwarzen auf ihre Seite zu ziehen, bliebe die Idee einer „Black Nation of Islam" in den Vereinigten Staaten unrealisierbar. Rein theoretisch wäre dies nur durch Teilung des Landes möglich, und die geographische Möglichkeit einer solchen Teilung ist nicht gegeben. In anderen Ländern, die ihre Probleme durch Teilung lösten, wie z. B. Palästina, oder Indien und Pakistan, waren die beiden gegensätzlichen Volksgruppen in geographisch definierbaren Landesteilen konzentriert, was in den Vereinigten Staaten nicht der Fall ist. So muß sich die Muslimgruppe dem Restteil ihres Programmes widmen: Verbesserung der schlechten Lebensverhältnisse ihres Volkes. Dies ist das Ziel der gegenwärtigen Rassenkrawalle.

Man muß sich vor Augen halten: Die Neger New Yorks haben, im Gegensatz zu ihren Landsleuten in den Südstaaten, immer „Civil rights" besessen. Ein New-Yorker Neger hat das Recht, in jedem Hotel zu essen und zu leben, in den Kinos und Theatern in den gleichen Sitzen zu sitzen wie die anderen Amerikaner. Aber diese Rechte helfen armen, hungernden Arbeitslosen wenig. Und wirtschaftlich und sozial sind New Yorks Neger wesentlich schlechter dran als ihre weißen Landsleute. Den besten Beweis für den Hauptgrund der Krawalle gibt die „New York Times" in ihrer Ausgabe vom Sonntag, 2. August. Sie macht folgende Feststellungen: Das Durchschnittseinkommen eines weißen New Yorkers beträgt 6100 Dollar pro Jahr, das eines Harlemer Negers 3995. Von 100 Wohnungen im weißen New York kann man 15 % als „baufällig und ungesund" bezeichnen; im schwarzen Harlem aber fallen 49 % aller Wohnungen unter diese Klasse. Von 1000 neugeborenen weißen Kinder sterben 26,3; für Harlem ist die Ziffer 45,3. Nur 5 % der weißen New Yorker Arbeitnehmer sind ohne Arbeit; in Harlem sind 15 % aller Arbeitssuchenden arbeitslos. Diese erschreckenden Zahlen haben in zwei anderen Statistiken ihren Niederschlag gefunden: Während von 10 000 Weißen fünf Rauschgift einnehmen, sind unter 10 000 New Yorker Negern 49 süchtig. Von 1000 weißen Jugendlichen sind 46,5 vorbestraft. Für Harlem ist die Ziffer 109,3.

Hinter diesen kalten Zahlen verbirgt sich das grauenhafte Elend von Harlem, der Hunger und die Verzweiflung, die zu den Unruhen der letzten Wochen geführt haben: Hungrige Kinder schwarzer Arbeitsloser, die in verfallenen von Ratten wimmelnden Häusern leben müssen; die in überfüllten, schmutzigen Schulen lernen und oft notgedrungen diese Schulen schon nach drei oder vier Unterrichtsjahren verlassen. Oft zwingt der Hunger diese Kinder (man kann sie kaum schon als „Jugendliche" bezeichnen!) zu Kleindiebstählen. Diese Verbrechen bringen sie in Kontakt mit den Rauschgifthändlern, die versuchen, sie als Kunden zu gewinnen, was nur allzu oft gelingt. Den armen Arbeitslosen von Harlem nutzt ihr Recht, in einem teuren Restaurant eine Mahlzeit einnehmen zu dürfen, nichts, denn es fehlt ihnen das Geld, die Mahlzeit zu bezahlen. Ähnlich steht es mit Wohnungen für Neger. Rein theoretisch ist es jedem New Yorker Hausherrn verboten, einem Mieter wegen seiner Rasse die Wohnung zu verweigern. Doch die Bestimmung ist leicht zu umgehen. Man sagt dem wohnungssuchenden Neger einfach: „Tut mir leid, vor zehn Minuten ist sie vermietet worden." Bei der Stellungssuche ist es nicht anders. Viele Firmen stellen keine

Schwarzen an, obwohl Diskriminierung unter Strafe steht. Meist hört der arbeitsuchende Neger, seine Fachkenntnisse seien für die offene Stelle ungenügend. Oft ist diese Feststellung sogar wahr, denn die meisten Schwarzen sind nicht in der Lage, eine gute Schulausbildung zu erwerben. „Civil Rights" allein helfen den schwarzen Bürgern Amerikas nichts, wenn die weißen Bürger die Bestimmungen umgehen. Daher konnte das Bestehen der Bürgerrechtsgesetze in New York den Ausbruch der Unruhen nicht verhindern.

Das Grundproblem ist: Rassenverfolgung. Der Verfolgte verelendet, und in seiner Verzweiflung schlägt er zurück. Um den Aufstand der Neger zu beenden, müßten sich Amerikas Weiße entschließen, „civil rights" nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch durchzuführen, das Durchschnittseinkommen und die Schulbildung der schwarzen Bürger auf den Stand der Weißen zu setzen; dafür zu sorgen, daß die verfallenen Häuser Harlems niedergerissen und durch moderne sanitäre Bauten ersetzt werden. Geschieht dies, so könnte Amerika eine blutige Revolution erspart bleiben. Geschieht dies nicht, werden die Unruhen sich zu einem nationalen Aufstand ausbreiten.

Tocqueville: Zur Negerfrage in den USA (1835)

„Einen Bürger von Pennsylvanien habe ich einmal gefragt: ‚Bitte, erklären Sie mir doch, warum in einem Staat, der von den Quäkern gegründet und der bekannt ist für seine Toleranz, die freien Neger nicht zur Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte zugelassen sind. Sie zahlen Steuern, ist es da nicht billig, daß sie auch ‚wählen'? ‚Bitte, beleidigen Sie uns nicht durch die Annahme', antwortete mein Mann, ‚unsere Gesetzgeber würden einen so groben Akt der Ungerechtigkeit und Intoleranz begangen haben.' ‚So haben also bei Ihnen die Schwarzen das Wahlrecht?' ‚Ohne jeden Zweifel.' ‚Aber woher kommt es dann, daß ich heute morgen unter der Wählerschaft nicht einen einzigen Neger gesehen habe?' ‚Das ist nicht die Schuld der Gesetze', sagte mir der Amerikaner, ‚die Neger haben schon das Recht, sich an der Wahl zu beteiligen, aber sie sehen freiwillig davon ab, dort zu erscheinen.' ‚Das ist aber eigentlich ziemlich bescheiden von ihnen.' ‚Oh, nicht daß sie sich etwa weigerten, dorthin zu gehen, aber sie haben Angst, daß man sie mißhandelt. Es kommt nämlich bei uns manchmal vor, daß ein Gesetz sich nicht auswirken kann, weil die Mehrheit es nicht unterstützt. Nun hat aber die Mehrheit die größten Vorurteile gegen die Neger, und die Justiz ist nicht imstande, ihnen die Rechte zu gewährleisten, die ihnen der Gesetzgeber zugestanden hat.' ‚Wie? Die Mehrheit, die das Vorrecht hat, das Gesetz zu erlassen, will auch noch das Vorrecht haben, ihm nicht zu gehorchen?'"

Anmerkung im I. Band von „De la Democratie en Amérique", 1835

(Nach: Alexis de Tocqueville, Die Demokratie in Amerika. Fischer Bücherei, Nr. 138, S. 94 f.)

Roshan Dhunjibhoy

Die Krise in Südostasien in pakistanischer Sicht

Auf die Nachricht von dem amerikanischen Bombardement der Küste von Nord-Vietnam im letzten Monat hin demonstrierten Studenten vor der US-Botschaft in Dacca und Karatschi. Die Zeitungen von Karatschi, Lahore, Rawalpindi und Dacca fragten mit einiger Besorgnis, ob Pakistans Freundschaft mit den Vereinigten Staaten dabei sei, das Land in einen Krieg zu führen.

Außenminister Bhutto erklärte vor dem Parlament, Pakistan werde sich nicht in einen Krieg treiben lassen, der gegen seine Interessen sei, sogar wenn einer seiner „Alliierten" sich selbst in eine bewaffnete Auseinandersetzung verwickeln würde.

Das waren neue Töne aus Pakistan, und als Reaktion darauf fragte mich ein deutscher Journalist ängstlich, ob das ein loyales Verhalten eines mit dem Westen verbündeten Landes sei.

*

Die Krise in Vietnam sieht sehr verschieden aus, ob man sie von Deutschland oder von Pakistan aus betrachtet.

Vietnam liegt weit weg von der Bundesrepublik, aber dieses Unruhegebiet liegt gefährlich nahe bei Pakistan. Welche politischen Ideologien auch immer die verschiedenen Länder Asiens trennen mögen, in einem Punkte sind sie sich einig — keines von ihnen wünscht einen Krieg, der ihre schwierige ökonomische Entwicklung hemmen würde. Nicht einmal China.

Sir Zafarullah Khan sagte einmal in den Vereinten Nationen während des französisch-indochinesischen Krieges: „Ich kann nicht glauben, daß dieser Krieg im Interesse des Volkes von Vietnam ausgefochten wird." Es gibt keinen besseren Kommentar zur heutigen Situation in Süd-Vietnam!

In Pakistan gilt Ho Chi Minh als einer der großen Vorkämpfer der Unabhängigkeit. Er gehört derselben Generation an und hat dieselbe schon beinahe legendäre Statur wie ein Ghandi, ein Nehru, ein Jinnah oder ein Sukarno. Er war der wirkliche Sieger des Krieges gegen die Franzosen, und als solcher erfreut er sich einer großen Popularität im Lande. Das Genfer Abkommen, das den Krieg beendete, auferlegte sowohl Nord- wie Süd-Vietnam eine strikte Neutralität, und sah vor, daß freie Wahlen abgehalten werden sollten, so daß das Volk entscheiden könne, welche Regierungsform es wünsche. Es ist wichtig zu unterstreichen, daß das erste Land, das diesen status quo brach, die Vereinigten Staaten waren.

John Foster Dulles war ein großer politischer Missionar, und wie das bei religiösen oder politischen Frömmlern üblich ist, sah er die Welt in Schwarz und Weiß, Gut und Böse. Böse war alles, was kommunistisch, sozialistisch oder neutralistisch war. Gut waren die „traditionellen" Mächte, solange sie antikommunistisch waren, und erst recht wenn sie „christlich" waren. Dulles lehnte es ab, das Genfer Abkommen als bindend zu betrachten, und überredete den Katholiken Ngo Dinh Diem, sich als an jenen Vertrag nicht gebunden anzusehen. Diem erklärte den Vertrag für null und nichtig — und als Ergebnis dessen wurden niemals Wahlen in Vietnam veranstaltet. Der Grund war klar — die große Mehrheit der Bevölkerung würde für Ho Chi Minh gestimmt haben.

Die Saat der meisten Spannungen in Asien wurde in jenen Jahren gesät. Mit der Unterstützung von Syngman Rhee in Süd-Korea, Tschang Kai Schek in Formosa als „Reizmittel", einer Folge korrupter und untüchtiger Politiker in Pakistan, und den korruptesten und autokratischsten von allen, General Tharit

Sanarit in Thailand und Magsaysay auf den Philippinen, war Dulles' Bastion gegegen den Kommunismus vollständig.

Dulles konnte oder wollte die wirkliche Situation nicht sehen, und so war es der amerikanischen Öffentlichkeit niemals klar, daß die wenigen Länder, die sich dem unpopulären SEATO-Pakt angeschlossen hatten, das weniger wegen ihrer Furcht vor den Kommunisten taten als vielmehr aus innenpolitischen Gründen. Thailand trat bei wegen seiner Furcht vor einer Infiltration von Ideen aus dem neutralistischen Kambodscha und Laos. Pakistan trat bei, um Waffen und Verbündete für einen eventuellen Kampf mit Indien zu finden, und die Philippinen, um die Position ihrer eigenen Regierung zu konsolidieren, die damals durch eine innere Rebellion bedroht war.

Pakistan hat, in etwas geringerem Maße, das Schicksal aller amerikanischen Verbündeten in Asien geteilt. Seit dem Tode von Premierminister Liaquat Ali Khan, 1951, bis zu dem unblutigen Putsch von General Ayub Khan, 1958, wurde seine innere und äußere Politik bestimmt durch die Vereinigten Staaten. Die amerikanische Regierung unterstützte mit großen Geldbeträgen unfähige und korrupte Politiker (und ließ sie sich persönlich bereichern). Die einzige Qualifikation, die die USA von ihnen verlangte, war, daß sie eingefleischte Antikommunisten waren und bereit, alle liberalen oder sozalistischen Tendenzen zu unterdrücken. Die Unstabilität und Unpopularität dieser aufeinander folgenden Regierungen in Verbindung mit Amerikas Politik der Auslandshilfe hatte außerordentlich ungünstige Wirkungen auf die einheimische Wirtschaft. Der Handel wurde beschränkt auf von USA zugelassene Nationen, und das, obgleich verantwortliche Mitglieder des Wirtschaftsministeriums geltend machten, daß ein erhöhter Handel mit dem Sowjetblock viele Fortschritte bringen würde. Die amerikanische Außenhilfe diente dazu, Amerikas eigene Exportpolitik zu fördern, die oft zum Nachteil von Pakistan war. Angehörige der Botschaft gingen so weit, sich in die Justiz des Landes einzumischen, wenn ein amerikanischer Staatsbürger vor Gericht stand, und last but not least war ein unterentwickeltes Land wie Pakistan gezwungen, große Summen für die Verteidigung auszugeben, wie es sich auch genötigt sah, ein aktiver Partner in den CENTO- und SEATO-Pakten zu sein.

Eine Wendung kam mit dem Auftreten von General Ayub Khan. Sobald er seine Autorität im Lande stabilisiert hatte, änderte er langsam und umsichtig die Außenpolitik des Landes. In der Erkenntnis, daß Pakistan in Gefahr war, in Asien isoliert zu werden — ein Land, auf das man, wie einmal ein Journalist es sagte, herabsah wie auf den „50. Stern in der amerikanischen Flagge" —, machte er sich daran, die Freundschaft und das Vertrauen der Nachbarländer wiederzugewinnen. Sein bedeutendster Fortschritt war, die Freundschaft Chinas zu suchen. Dieser Schritt wurde nicht nur getan, um Indien entgegenzutreten (wie man im allgemeinen in Deutschland zu glauben scheint), sondern er wurde getan, um Pakistan vor dem Schicksal Indiens zu bewahren. Als Mitglied der SEATO war Pakistan ein direktes Ziel für chinesische Angriffe. Die Reaktion der amerikanischen Regierung war typisch. „Hallstein-Doktrin"-artige Drohungen wurden ausgestoßen, mit der Einschüchterung, die amerikanische Hilfe würde stark reduziert. Aber nun war ein John F. Kennedy Präsident, und die Drohungen blieben klugerweise nur Drohungen.

Die Freundschaft mit China hat die SEATO fast überflüssig gemacht, soweit es Pakistan betrifft; und in der augenblicklichen politischen Situation würde es schwierig sein zu sagen, wer der erste wäre, der helfen würde, wenn eines Tages Pakistan durch China angegriffen werden sollte. Moskau oder Washington?

Die unabhängigere Tendenz in seiner Außenpolitik läßt Pakistan mit Besorgnis

auf das blicken, was in Vietnam geschieht. Kein Volk in Asien kann anderes empfinden als tiefste Sympathie für die Bevölkerung von Vietnam, die in einen langen Krieg hineingezogen worden ist, den sie weder wünscht noch wirklich versteht.

Als Folge dieses langen Krieges, als ein Resultat von Sabotageakten, der Verbrennung und Brachlegung des Ackerlandes und der „freiwilligen" Lebensmittelabgaben an die Armee hat weder Süd- noch Nord-Vietnam die Möglichkeit wirtschaftlicher Entwicklung. Der Norden ist dabei, zu industrialisieren, aber das Gebiet, in dem die Nahrungsmittel wachsen, liegt im Süden, was der Regierung von Nord-Vietnam große Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung bereitet. Der südliche Teil des Landes ist verwüstet durch den Krieg. Die wirtschaftliche Hilfe der USA entsprach niemals dem militärischen Hilfsprogramm. Und wenn man sich klar macht, daß dieses Land in den letzten 50 Jahren von den Franzosen kolonialisiert wurde, dann als ein Polizeistaat beherrscht wurde durch den von Amerika geschützten Ngo Dinh Diem, und heute regiert wird durch eine Militärjunta: dann kann man nicht anders als die Frage stellen, ob die Amerikaner nicht zynisch sind, wenn sie sagen, sie „hülfen der demokratischen Bevölkerung von Vietnam".

Die amerikanische Verstrickung in Südvietnam wird oft entschuldigt durch die These, daß dieses Land die letzte Bastion gegen die kommunistischen, expansionistischen Ziele Chinas sei. Jedoch, der Kommunismus wird in Asien nicht allein durch die expansionistischen Ziele Chinas ausgebreitet, sondern vor allem durch die Verzweiflung einer Bevölkerung, die unter hoffnungslosen Bedingungen lebt, beherrscht von korrupten und feudalen Regierungen.

Sogar antikommunistische Länder wie Pakistan und Thailand wissen heute, daß sie lernen müssen, in einem Gebiet zu leben, das in einem erheblichen Maße von Kommunisten beherrscht wird und beherrscht werden wird. Daß ein gewisses Maß von sozialistischer Organisation (vom Kommunismus bis zu dem milderen Labour-Typ reichend) möglicherweise in allen asiatischen Ländern Einzug halten wird, ist eine Realität, die nicht übersehen werden kann. Die großen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede erlauben durchweg keine andere Form von Entwicklung, wenn diese Länder so schnell wie möglich modernisiert und industrialisiert werden sollen. Darüber hinaus hat das Auftauchen Chinas als unabhängiges kommunistisches Land in diesem Teil der Welt wie ein Katalysator gewirkt, und in dieser Periode des Überganges und der Anpassung ist die gegenwärtige amerikanische Politik in Asien ein verwirrender, unflexibler Faktor. Sie verhindert jede Elastizität in der Anpassung der Beziehungen zwischen den kommunistischen und den nichtkommunistischen sowie den neutralen Ländern Asiens und stellt eine dauernde Kriegsgefahr dar. Die Gefahr eines Krieges (das wurde im letzten Monat im Golf von Tonking klar gemacht und auch in Korea), der nicht so sehr die USA und die Sowjetunion verwickeln würde als vielmehr ihre „Repräsentanten" in Asien.

Überdies ist man in Asien nicht blind für die lange Geschichte politischen Druckes und auch der Sabotage, denen die kommunistischen und neutralistischen Länder in Asien von seiten amerikanischer und einheimischer Agenten ausgesetzt gewesen sind. Man tut gut, sich in diesem Zusammenhang zu erinnern, daß nach dem Genfer Abkommen Südvietnam es war, das eine Guerilla-Aktion gegen den Norden begann, mit dem Versuch, das dortige Regime zu überwältigen. Truppen des Viet Cong traten im Süden zum erstenmal 1958 in Erscheinung.

Zur großen Enttäuschung Pakistans haben die Vereinigten Staaten noch keinen Wechsel in ihrer Politik erkennen lassen. Es ist klar, daß die USA niemals hoffen können, den Krieg in Vietnam zu gewinnen. Einmal, weil die Bevölkerung nicht

mit ganzem Herzen auf der Seite der südvietnamesischen Regierung ist, zum andern, weil es keinen volkstümlichen, einigenden Führer gibt. Jeder Führer, der die Loyalität und das Vertrauen der Südvietnamesen gewinnen wollte, müßte versprechen, dem Lande Frieden zu bringen, und ein solcher Führer wäre nicht akzeptabel für die Vereinigten Staaten.

Die USA lehnen es ab, drei politische Faktoren anzuerkennen, die wesentlich dazu beitragen würden, Ruhe und Ordnung in diesem Gebiet herzustellen.

Der erste Faktor ist die Anerkennung Chinas und seines eventuellen Eintritts in die Vereinten Nationen. Dieser Schritt würde auch die lächerliche Burleske der „Nichtanerkennung" eines Landes von 700 Millionen Menschen beenden. Nun, da die Sowjetunion nicht mehr länger für China spricht, ist es von lebenswichtigem Interesse für die Sicherung des Friedens in diesem Gebiet, daß China in die internationale Kontrolle der Vereinten Nationen einbezogen wird. Das würde direkte Verhandlungen mit China möglich machen.

Der zweite Faktor ist die Beendigung des Krieges in Vietnam durch Verhandlungen. Wenn man von Neutralität in Vietnam spricht, dann kan man sich selbst nicht darüber hinwegtäuschen, daß das ganze Land sich wahrscheinlich früher oder später in sozialistischer Richtung entwickeln wird. Das beruht weniger auf dem Einfluß der Viet Cong, als auf der desaströsen Erfahrung mit der „Demokratie" in Südvietnam. Doch sorgfältige Verhandlungen könnten eine Art von Neutralität sichern. Es führen nicht alle kommunistischen Wege nach Moskau und einige führen nicht einmal nach Peking. In Pakistan ist man der Auffassung, daß solche Verhandlungen am besten geführt werden könnten durch die Unterzeichnerstaaten des Genfer Abkommens, denn dieses schließt China als Garantiemacht ein. Und jede Übereinkunft ohne die Garantie Chinas würde wertlos sein.

Der dritte Faktor ist der etappenweise Rückzug der USA aus diesem Gebiet, wo oft unpopuläre Regierungen durch die militärische Stärke Amerikas an der Macht gehalten werden. Das schafft Spannungen, die zu aggressiven Aktionen seitens der einheimischen Bevölkerung oder der Nachbarländer führen.

Die Sowjetunion, Frankreich und, im großen und ganzen, auch Großbritannien haben eingesehen, daß im Verhältnis zu den asiatischen Nationen ein neuer Typ von Beziehungen gefunden werden muß. Das „Gefühl" der Unabhängigkeit ist dort noch neu, und es ist diplomatisch naiv, mit diesen Nationen in der alten Art des 19. Jahrhunderts umzugehen: „Respekt durch bewaffnete Stärke". Die Vereinten Nationen stellen ein moralisches Bollwerk dar, wo solche Methoden der Einschüchterung offenbar gemacht und verurteilt werden können. Weiterhin sollte die „Befreiung" Chinas vom Sowjetblock als ein psychologischer Faktor nicht unterschätzt werden. Sie hat die traditionellen Allianzen in einen Gärungszustand gebracht. Es wird auf der asiatischen Szene in den nächsten Jahren viele Veränderungen geben. Die vorherrschende Tendenz aber ist ein Rückzug aus europäischen, amerikanischen oder sowjetischen Allianzen.

Die jüngste Krise in Vietnam war eine Krise für ganz Asien. Sie zeigte deutlich, daß diese „Eiterbeule" ausgeräumt werden muß. Niemand ist begierig, in einen Krieg verstrickt zu werden, vor allem nicht die asiatischen Nationen, die ihre größte Schlacht, die gegen Hunger und Armut, noch gewinnen müssen. Noch weniger wünscht man, auf Grund von amerikanischem Wahljahr-Druck in einen Krieg verwickelt zu werden. Die Furcht davor, daß reaktionäre Kräfte in Amerika zur Macht kommen, hat zur Folge, daß die asiatischen Verbündeten der USA allmählich nach einer Politik der Nicht-Bindung streben. Denn man ist sich dessen bewußt, daß, solange die gegenwärtige Situation in Vietnam unverändert bleibt, dort immer unmittelbare Kriegsgefahr besteht. Nur sollte diesmal Amerika besser nicht auf die Unterstützung seiner asiatischen Verbündeten zählen.

Kalixte Mukendi

Das Erbe Lumumbas und die Tragödie der Freiheit im Kongo

Ein Schriftsteller weiß, daß Presse, Rundfunk und Fernsehen die Mächte sind, die heute, als die einzigen regelmäßigen Informationsquellen, die öffentliche Meinung in erster Linie bestimmen. Doch seien wir uns dabei über eines klar: Die Geschehnisse verlieren durch die Art, wie Presse, Rundfunk und Fernsehen sie der Öffentlichkeit nahebringen, oft genug ihr wahres Gesicht. Durch sensationelle Aufmachung oder bewußte, willkürliche Auswahl wird die Wirklichkeit häufig völlig entstellt.

Nachrichten, die auf den ersten Blick glaubwürdig erscheinen, vermag man so hinzustellen oder zu kommentieren, daß man zu politischen Zwecken mit ihnen die öffentliche Meinung dirigieren kann, wie man es will.

Aus diesen Gründen lassen wir hier über die Tragödie im Kongo Zahlen an Stelle schöner Worte sprechen!

Die Pseudo-Unabhängigkeit

1964 ist das vierte Jahr der „Unabhängigkeit", die der Kongo als das heikelste Drama der Freiheit erlebt. Es handelt sich um eine Tragödie im tiefsten Sinne des Wortes. Eine Tragödie, weil das Volk bis heute nie eine einzige Minute wirklicher Unabhängigkeit erlebt hat. „Uhuru"-Freiheit wurde sehr schnell „Utumwa"-Sklaverei! Das soll deutlich gemacht werden.

Anfangs wurde die kongolesische Bevölkerung von dem Mythos der Gleichheit bewegt, die ihr offiziell am 30. Juni 1960 die rechtliche Gleichberechtigung unter den Staaten brachte.

Augenblicklich erleben wir aber die Entstehung eines neuen Mythos, nämlich des der Entwicklung durch Selbsthilfe. Dieser Idee wohnt eine große Kraft inne und sie kann dazu beitragen, daß es zu einer Einheit und Verschmelzung unter den Gruppen mit verschiedenen Interessen kommt. Wenn wir also die bereits gewonnene Freiheit bewahren und die wahre Unabhängigkeit erringen wollen, so müssen die jenigen, die augenblicklich dafür verantwortlich sind, die Entkolonisierung rascher vorantreiben.

Sicherlich, der Übergang eines Landes vom Kolonialstatus zur Souveränität stellt den neuen Staat vor unzählige Probleme, die so schnell wie möglich einer Lösung bedürfen. Von hervorragender Bedeutung ist hierbei vor allem die Frage, wie man die bisher wirksam gewesenen Kräfte der Unterdrückung und Ausbeutung auf kultureller, moralischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene ausschalten kann. Ein solches Land muß sich in dem stolzen Bewußtsein, seine Freiheit erlangt zu haben, auch auf moralischem und kulturellem Gebiete von der Kolonisation befreien und sich aus den bisherigen Strukturen lösen, und zwar auf eine ihm angemessene Weise; d. h., es muß sich in Würde und in Ehren eine eigene Persönlichkeit schaffen und formen. Das kann nur durch die Entkolonisierung geschehen. Die Bedeutung dieses Begriffes ist nach unserer Auffassung nichts anderes, als die Aufgabe, in einem Lande, in dem es zur Zeit des Kolonialismus Ungerechtigkeit, Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung gab, Gerechtigkeit, Solidarität, sowohl wirtschaftliche wie persönliche Freiheit zu schaffen.

Lumumba wollte nichts anderes als die Abschaffung der bestehenden scharfen Widersprüche zwischen der Lehre von Gleichheit, Freiheit, Würde, Brüderlichkeit und Humanität, die die Theoretiker der westlichen Kultur empfehlen und predi-

gen, und der ins absolut Negative verzerrten Wirklichkeit, die sich in brutaler Gewinnsucht darstellt und von den maßgebenden Wirtschaftskreisen der Industrieländer beherrscht wird.

Es hat keinen Sinn, wenn man diese Mißstände noch immer mit Malthus zu rechtfertigen versucht, der behauptet, die Natur könne mit der unkontrollierbaren Vermehrung der Menschheit einfach nicht mehr Schritt halten. Diese Theorie ist wissenschaftlich überholt. Man hat bewiesen, daß die Natur keineswegs so arm ist, sondern daß ihre Vorräte mehr als ausreichend sind, um die ganze Menschheit auf Jahre hinaus ausreichend zu ernähren.

Der Mensch selbst ist der Urheber der unmenschlichen Bedingungen in unserer Zivilisation, die auf der hemmungslosen Ausbeutung der Kolonialschätze mittels einer Art wirtschaftlichen Raubbaus beruht, damit auf diese Weise unter allen Umständen die für einen Industriestaat lebensnotwendige Versorgung mit Rohstoffen gesichert ist.

Ein reiches Land — und ein reicher Konzern

Kongo, ein reiches Land! Ein reiches Land an Rohstoffen, an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, mit günstigen Klimabedingungen usw. ... ein unvorstellbar reiches Land, und doch, anstatt zu leben, vegetieren dort die Menschen trotz großen Reichtums an Mineralien und landwirtschaftlichen Produkten! Es stimmt wohl, daß der Kongo das erste Land der Welt ist, das Kobalt produziert (jährlich liefert es 8240 Tonnen — Ziffer von 1960 — und das sind 60 % der Weltkobaltproduktion). Unmittelbar nach Kennecott und Anaconda (beide USA) steht der Kongo an zweiter Stelle in der Kupferproduktion mit 300 700 Tonnen jährlich (Ziffer von 1960). Außerdem produziert das Land besondere Metalle, wie Vanadium und Tungstène, sogenannte „starke Metalle".

Elektronische und nukleare Metalle, wie Germanium und Actinium, Lithium und Bérylium, Uran, Radium usw., werden in großen Mengen in diesem Lande intensiv und alltäglich mit Hilfe großer Konzerne wie der „Union-Minière du Haut-Katanga" und deren Tochtergesellschaften ausgebeutet. Es sei hinzugefügt, daß die erste Atombombe der Welt mit dem kongolesischen Uran aus Shinkolobwe hergestellt wurde.

Große Konzerne, wie die o. g. „Union-Minière du Haut-Katanga" herrschen im wahrsten Sinne des Wortes über das Land. Das kongolesische Volk ist ihr Objekt.

Wir übertreiben keineswegs, wenn wir das Wort „Konzern" gebrauchen, denn diese Behauptung wird bestätigt, sobald man einmal hinter die Kulissen der großen Finanzmächte der Welt blickt.

Die „Union-Minière du Haut-Katanga" wurde 1906 mit einem Kapital von 200 000 Dollar gegründet. 1959 erreichte das Kapital dieses Konzerns 160 Millionen Dollar, während sich der Reingewinn bis zu 70 Millionen Dollar vermehrt hatte.

Von den 2 343 930 qkm der Oberfläche des Landes kontrolliert die „Union-Minière" allein 34 000 qkm. Das entspricht der Größe der Landoberfläche Hollands und ist weitaus mehr als Belgien umfaßt (30 500 qkm). Nach der Verarbeitung der Mineralien im Kongo selbst sowohl wie in Belgien, werden sie von der „Société Générale des Minerais", einer Tochtergesellschaft der „Union-Minière" in die ganze Welt geliefert.

Um ein Bild von der Rolle der „Union-Minière" in der Wirtschaft des Kongo zu geben, sind wir gezwungen, ihre wichtigsten und bedeutendsten Tochtergesellschaften zu nennen:

Durch die „Compagnie foncière du Katanga" besitzt die „Union-Minière" (Zif-

fern von 1962) 1689 Grundstücke in den Städten Süd-Kongos. Die „Société Africaine d'Electricité (Afrikanische Elektrizitätsgesellschaft) ermöglicht der „Union-Minière" die ständige Kontrolle von vier der wichtigsten hydro-elektrischen Zentralen des Landes. Durch die „Société d'Entreprises et la Société Commerciale de Matériel Electrique" (die Gesellschaft für elektrischen Energiebedarf und elektrisches Handelsmaterial) besitzt die „Union-Minière" die meisten Kraftwerke des Landes, wie die der Eisenbahnen. Dank der „Société Générale Industrielle et Chimique" (der Allgemeinen Industrie- und Chemischen Gesellschaft) befindet sich die leichte Industrie des Landes völlig in den Händen der „Union-Minière". Die Gesellschaft für Züchtung, die ungefähr 10 000 Stückvieh hat und eine außerordentliche Rolle auf dem Fleischmarkt spielt, hängt ganz und und gar von dem gewaltigen Konzern der „Union-Minière" ab. Ein großer Teil der Öl- und Mehlproduktion (von Maniok wie Weizen) kommt aus den verschiedenen Mehlfabriken der „Union-Minière".

Wir möchten betonen, daß die Liste unvollständig ist. Jedoch ermöglicht sie uns, einen Blick in das ökonomische Imperium der „Union-Minière" im Kongo zu werfen; wo sie, vom Rohstoffreichtum ausgehend, über die leichte Industrie, die elektrische Kraftgewinnung und die Viehzüchtung hinaus, bis zur Maniok-Gewinnung und der Mehl-Herstellung (Mehl gilt als das Hauptnahrungsmittel der kongolesischen Bevölkerung) ihr großes Monopol, eine gewaltige Kontrolle über alle Sektoren der Produktion sowie des Verbrauchs ausübt und damit letzten Endes die „Unabhängigkeit" zu einer „Pseudo-Autonomie" macht.

45,6% des Kapitals der „Union-Minière" befinden sich in den Händen von vier Finanzgroßmächten. Der Rest verteilt sich auf mehrere Banken von sekundärer Bedeutung oder auf einzelne Privatbesitzer.

Die vier großen Unternehmungen sind: Tanganyika Concessions Limited, Comité Spécial du Katanga, La Compagnie du Katanga, La Société Générale de Belgique.

Es bedarf hier einer Erläuterung der wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen den herrschenden Monopolen im Kongo und den internationalen Konzernen, die gewöhnlich auf dem Weltmarkt den Ton angeben.

Ein englischer Konzern „Tanganyika Concessions Limited" wird von vier großen englischen Banken aktioniert, und zwar von Midland Bank, Barclay's Bank, Baring Bank und Rothschild.

Die Midland- und Baring-Banken haben beträchtliche Anteile an den großen Kupferwerken Rhodesiens und Süd-Afrikas, wie Roan Antelope Copper Mines Limited, Chibulumba Mines Limited, Ndola Copper Refineries Limited, Mufulira Copper Mines Limited. Ihrerseits finanzieren die Barclay's- und Rothschild-Banken zusammen die Rhodesian Selection Trust Limited.

Alle diese Gesellschaften sind die Ausbeuter und Produzenten der Nord-Rhodesischen Kupferproduktion. Dadurch spielen die vier englischen Banken zusammen eine bedeutende Rolle in der Wirtschaft Nord-Rhodesiens. Dieser Umstand erklärt auch ohne weiteres die fragwürdige Pro-Tschombe-Position Sir Roy Welensky's, des ehemaligen Premierministers der Zentralafrikanischen Föderation während der Sezession Katangas.

Die „Société Générale de Belgique" ist die einflußreichste Bank Belgiens und zugleich eine der 10 größten Banken der Welt. Dank ihrer mittelbaren und unmittelbaren Anteile ist sie, zusammen mit der „Tanganyika Concessions Ltd", einer der beiden größten „Union-Minière"-Aktionäre.

Außerdem unterhält die „Union-Minière" selbst wichtige Beziehungen zu großen belgischen, englischen und amerikanischen Industrien. Sie ist an dem Kobalt-

institut, an der Gesellschaft für Aluminium der belgischen Industrie und sogar an der nuklearen Industrie beteiligt.

Diese Verbundenheit der „Union-Minière" und ihrer Tochtergesellschaften mit den belgisch-amerikanisch-englischen Finanz- und Industrie-Mächten läßt die zweideutige Haltung vieler westlicher Regierungen der damaligen Sezessionspolitik und der heutigen Tschombe-Politik gegenüber begreifen.

Tschombes Politik der Sezession wurde damals schon hauptsächlich von der „Union-Minière" finanziert. Sie unterstützte finanziell die Tschombe-Regierung, die Tschombe-Söldner und Tschombe-Gendarmerie sowie die gesamte Pro-Tschombe-Propaganda in Frankreich, Belgien, England, der Schweiz und den Vereinigten Staaten.

Während die Krise der Sezession ihren höchsten Punkt erreichte, stiegen die gesamte Produktion der „Union-Minière" sowie ihr Umsatz gewaltig an. Zur gleichen Zeit breiteten sich, wie die Pest, innerhalb der kongolesischen Bevölkerung Arbeitslosigkeit, Armut, sogar Hungersnot aus, als Früchte der Unabhängigkeit!

Ein von den wirklichen Herrschern des Kongo provoziertes Chaos verbreitete sich. So sollte dem kongolesischen Volk bewiesen werden, daß es allein mit seinen Problemen nie fertig werden könne und daß es die „Hilfe" der alten Kolonialmacht dringend benötigte.

Der Geist Lumumbas, heute lebendig wie nie...!

Während die Konzerne ihre Pläne zur Ausführung brachten, kam dem kongolesischen Volk das Versprechen Lumumbas zum Bewußtsein:

> „Was kann ich noch sagen . . .", schrieb Lumumba kurz vor seiner Ermordung, „als: tot, lebendig, frei oder auf Befehl der Kolonialisten im Gefängnis, meine Person ist unwichtig. Wichtig ist nur unser Kongo, unser armes Volk, dessen Freiheit zu einem Schauplatz geworden ist, auf dem man uns von außen einmal mit wohlwollendem Mitleid, einmal mit Freude und Vergnügen betrachtet. Aber mein Glaube wird unerschütterlich bleiben. Ich weiß und fühle in meinem Innersten, daß mein Volk sich früher oder später von seinen inneren und äußeren Feinden befreien wird, daß es sich einmütig erheben wird, um dem entwürdigenden und schändlichen Kolonialismus entgegenzutreten und sich seiner Würde bewußt zu werden ..."

Vier Jahre hat das Volk gebraucht, um aus seinen Erfahrungen zu lernen, daß es selbst die Triebkraft seiner Evolution sein muß und nicht Objekt bleiben darf. Es hat inzwischen gelernt, daß kein anderer auf die Dauer folgerichtig für es denken und noch weniger handeln kann. So will es nun bestätigen, was schon die Weisen geschrieben haben: Geschichte war von jeher nichts anders als das Einwirken der Massen auf Natur und Gesellschaft. Die Gesellschaft entsteht nicht um irgendwelcher Prinzipien willen, auch nicht einer Philosophie, einer Lehre oder einer bestimmten Wissenschaft willen, sondern im Gegenteil: Die Wissenschaft, die Philosophie und die Prinzipien des Handelns müssen für das Volk bestimmt sein und den wirklichen Interessen des Volkes dienen; anstatt die Gesellschaft auf die Wissenschaft zu beziehen, sollte man die Wissenschaft eher auf die Gesellschaft anwenden.

In diesem Sinne will sich auch das kongolesische Volk ohne Bedenken die Prinzipien der Demokratie, der Organisation und Kontrolle der industrialisierten Länder zu eigen machen, alles, was konkret ist, sich auf die Bewegungen bezieht und den durch die Entkolonisierung bedingten Umständen angepaßt werden muß. Das Volk will sich heute nicht damit zufrieden geben, sich in einer abstrakten

Philosophie zu verlieren. Das besagt nicht, daß es sich nicht so sehr für die Philosophie interessieren soll, sondern daß es sich sehr vor allem um die konkreten Bedürfnisse kümmern muß.

Die Illegalität der Tschombe-Regierung

Die Tschombe-Regierung ist keine legale Regierung. Man täuscht nur denjenigen, der getäuscht werden will. Die Zusammenhänge sind deutlich geworden und beweisen die völlige Illegalität der Regierung von Tschombe-Munongo und Kalonji.

Das Grundgesetz vom 19. Mai 1960 (Verfassung) besitzt im Kongo nur in dem Maße Wert, in dem es die Beschlüsse der „Table-Ronde" von Brüssel verwirklicht.

Der Artikel 7 verlangt:

> „Die Verfassung des Staates Kongo wird von den beiden Häusern (Kammer) des verfassungsgebenden Rates ausgearbeitet. Eine Beratung der beiden Häuser über die Verfassung ist nur gültig, wenn zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Kein Beschluß kann gefaßt werden, wenn ihm nicht wenigstens zwei Drittel der Wähler aus beiden Häusern zustimmen."

Die heutige Schein-Regierung hat sich außerdem den beiden Häusern nicht vorgestellt. Sie hat das Vertrauen der Abgeordneten des kongolesischen Volkes nicht gewinnen können. Sie repräsentiert nichts anderes als sich selber und den Präsidenten Kasavubu. Und wenn Belgien und die Vereinigten Staaten sich dazu entschlossen haben, diese Regierung zu unterstützen, so geschieht das nicht, weil es eine legale Regierung ist, sondern weil diese Regierung ihren Interessen entgegenkommt.

Man muß daran erinnern, daß Munongo in dem Bericht der Untersuchungskommission der UN und von der ganzen Welt als Mörder Patrice Lumumbas angesehen wird. Kalonji trägt die Verantwortung für den Mord von 11 Lumumba-Anhängern in Bakwanga. Er wurde anschließend wegen Gewaltausübung gegenüber einem Abgeordneten vom Gerichtshof in Leopoldville verurteilt.

Im Gegensatz zu Adoula, der zu sehr als Pro-Amerikaner galt, hatte M. Tschombe die Instruktion erhalten, einen sozusagen undurchsichtigen Amerikanismus zu vertreten. Die Ereignisse jedoch zwangen ihn dazu, die Maske früher abzustreifen als er und seine Lehrer es wünschten. Tatsache ist heute, daß die afrikanischen Staatschefs sich beglückwünschen können, sich nicht mit dem Mann an einen Tisch gesetzt zu haben, der, nachdem er die Sezession Katangas auf Rechnung der Union-Minière durchgeführt hatte, die tragische Schuld daran trägt, in einem Konflikt unter Kongolesen amerikanische Streitkräfte intervenieren zu lassen, und so die Gefahr einer militärischen Durchdringung Afrikas durch die USA heraufbeschwor.

Es ist gut, daran zu erinnern, daß der CNL (Conseil National de Libération) in Brazzaville kurz nach der Schließung des Parlaments durch den Präsidenten Kasavubu und die Regierung Adoula entstand, zur gleichen Zeit, als die politische Aktivität der Lumumbisten verboten, der Ausnahmezustand erklärt und die Aufrechterhaltung der Ordnung einem Triumvirat anvertraut war, dem M. Anani und M. Nendaka, der Verantwortliche für die Sicherheit, dessen Spezialität die Hetzjagd auf die Lumumbisten war, angehörten.

Die Legitimität der Volksrevolution

Wie die Autorität jeweils einen Zwang für diejenigen bedeutet, die ihr unterstehen, muß die Macht ihre Rechtfertigung durch ihr Ziel haben, d. h., durch die

Güter, die sie denjenigen verschafft, die ihr gehorchen. Die Macht muß Ordnung und Ruhe gewährleisten, ebenso den Wohlstand, die Hebung des Lebensstandards, die Ausbreitung der Kultur; sie muß Elend, Analphabetismus, Krankheit und Hunger bekämpfen. Die Fahrlässigkeit der Autorität, die Zahlungsunfähigkeit der Regierung geben dem Volk das Recht, und jeder von uns weiß das, zur Auflehnung.

Die bewaffnete Freiheitsbewegung wird — das kann man versichern — von der Gesamtheit des kongolesischen Volkes als legitim betrachtet. Überall flieht die Mobutu-Armee unter der Verachtung und Abneigung des Volkes, das die wirklichen Volkskämpfer, die Kämpfer für die Freiheit mit offenen Armen empfängt. Gewiß, die westliche Presse, und vor allem die belgische Presse, verbirgt sorgfältig alle Zeugnisse, die die verschiedenen Reaktionen der kongolesischen Bevölkerung der Armè Nationale Congolaise und der Conseil National de Liberation gegenüber zeigen.

Der Verfasser hat solche Reaktionen erlebt. Kein Europäer hatte bisher die Möglichkeit, von ihnen in seiner Zeitung zu lesen. Wieder einmal hat die spontane Zensur innerhalb der europäischen Presse funktioniert, genau so wie im Juli-August 1960.

Und dennoch ist dies für niemanden von uns ein Geheimnis. Der tote Lumumba spielt die Rolle unter seinem Volk, die ihn seine Mörder zu Lebzeiten nicht haben spielen lassen.

In der Widerstandsbewegung, in den Kämpfen ist es der Geist Lumumbas, der die Einheit des Kongos wiederherstellen will. Ein Tschombe-Partisan gab kürzlich zu, daß bei freien Wahlen mehr als 80% der Stimmen zugunsten der Lumumba-Parteien ausfallen würden, und dies sogar in Katanga und am niederen Kongo. Man versteht jedoch, warum weder Tschombe — wie Adoula vor ihm — noch die Amerikaner, denen sie dienen, diese Lösung annehmen, die die für eine Demokratie einzig mögliche ist. Die Volksarmeen sind bereit, den Kampf zu beenden, wenn mit Hilfe einer wirksamen und unparteiischen Kontrolle wirklich freie Wahlen organisiert werden.

Weiter noch, ihre Führer haben angekündigt, daß sie bei ihrem Sieg solche freien Wahlen veranstalten werden. Tschombe, Kasavubu, Mobutu und die ANC ziehen den Kampf mit der Waffe vor. Das bedeutet, daß sie sich über den Ausgang einer solchen Wahl keine Illusionen machen. Diese Feststellung verlangt möglicherweise noch eine zusätzliche Rechtfertigung für den Aufstand.

Seit 1960 erhält die Armee, außer den direkten Ausgaben des Departement d'État, den größten Teil des gesamten Budgets, viel mehr als z. B. für das Unterrichtswesen ausgegeben wird. Ihre Offiziere sind in den besten westlichen Militärschulen ausgebildet worden. Israel übernahm die Ausbildung der Fallschirmspringer. Diese Armee verfügt über das modernste Material. Nichts ist schön genug für sie. Sie ist das Rückgrat des Regimes.

Mobutu hat seit seiner letzten Europareise seine Prahlereien fortgesetzt. Nach dem Abgang der UNO-Truppen hat man erlebt, was zu erwarten war. „Seine" Armee sollte die Ordnung aufrechterhalten und jede aufrührerische Bewegung bändigen. Und man hat diese Armee fliehen sehen — nicht nur einmal, sondern Dutzende Male.

Das ist so, weil diese „Armee", hervorgegangen aus der Force Populaire unter der Kolonialherrschaft, es niemals gelernt hat, einem G e g n e r gegenüberzutreten, sondern nur, einem niedergeschlagenen Feind zu begegnen, ein verlassenes Dorf zu plündern, Frauen und Mädchen zu vergewaltigen, 13 italienische Piloten und 19 wehrlose Missionare umzubringen usw. . . . Und daher — weil es leichter ist als einem, wenn auch schlecht ausgerüsteten, Gegner gegenüberzutreten und

es weniger Risiken in sich birgt, einen Militärputsch zu machen, eine Palastrevolution gegen ein bürgerliches Regime, das das Recht hatte, auf seine Treue zu zählen.

Man weiß, daß Mobutu in doppelter Weise ein Verräter seinem Premierminister Patrice Lumumba gegenüber ist, einmal als Soldat und weiter auch als Freund. Die Dollars der CIA lehrten ihn eine neue Art von „Treue" und er wurde kürzlich mit einer hohen militärischen Auszeichnung „geehrt". Er fleht die Belgier und Amerikaner an, an seiner Stelle zu kämpfen, wie es vor ihm die ONUC in seiner Abwesenheit getan hat, um Katanga wiederzugewinnen.

Ohne Zweifel hält Mobutu als Reserve in der Hauptstadt die letzten Bataillone, deren er sicher ist und die er am besten bezahlt, um sich und die Führer des Regimes vor der Bevölkerung von Leopoldville zu schützen, die nur auf die Ankunft der Befreiungsarmee wartet, um die Revolution offen ausbrechen zu lassen. Außer Frage steht es, daß diese Soldaten nicht in den Kampf gegen die Männer Soumialots und Muleles geschickt werden. Sie sind die Garde des Regimes.

Es gibt keinen Menschen, der ernsthaft überzeugt wäre, daß die Revolte des kongolesischen Volkes eine Revolte kommunistischer Art ist. Jedermann weiß, daß weder Soumialot, Mulele, Bocheley, Yumbu und Gbenye Kommunisten sind. Die einzige Möglichkeit, daß sie es einmal werden, ist gegeben, falls sie Monate und Jahre gegen den amerikanischen Feind kämpfen müssen, dessen Flugzeuge sie bombardieren und Menschen töten, die nichts anderes wollten als ein von allen äußeren Einflüssen freies Land, eine weniger korrupte Regierung und eine gerechtere Verteilung der Reichtümer des Landes.

Daß die Chinesische Volksrepublik mit einigen tausend Dollars und einigen Ratschlägen der CNL hilft, wird nichts an der Situation ändern und wird keine Bekehrung der nationalistischen Führer zum Marxismus zur Folge haben. Sie wären gewiß glücklich, Hilfe von anderen Ländern zu erhalten, und wohl besonders von den Vereinigten Staaten. Der einzige Beitrag der Chinesen zum Befreiungskampf des Kongo ist die Erfahrung, die sie im Lauf ihres „langen Marsches" machten und während der Befreiungskämpfe der chinesischen Volksarmee gegen ihren Mobutu, den Marschall Tschiang-Kai-Tschek, der eine andere Marionette der Amerikaner ist.

Genau so wie die chinesischen Soldaten, bezahlen die kongolesischen Partisanen den Bauern die Lebensmittel, die sie bei ihnen kaufen müssen, während Mobutus Soldaten sie ihnen stehlen. Die Soldaten Soumialots respektieren, im Gegensatz zu den Mobutu-Soldaten, Frauen und Mädchen. Und damit hat die Volksarmee einen ersten Sieg errungen, der viel wichtiger ist als es die Einnahme von Baudouinville oder sogar von Stanleyville war. Ein Sieg, den keine Niederlage je auswischen könnte.

Sie und die ganze Welt weiß es, daß die Volksarmee vielleicht Städte verlieren und viele Verluste erleiden wird, aber daß sie niemals entscheidend besiegt werden, sondern früher oder später siegen wird. Dieser Sieg wird der Sieg Lumumbas sein, der einmal geschrieben hat, daß die wesentliche Aufgabe die Erringung und Sicherung unserer Unabhängigkeit und Souveränität ist, denn „ohne Würde gibt es keine Freiheit, ohne Gerechtigkeit keine Würde und ohne Freiheit keine freien Menschen."

Gertrud Bienko

Über das katholische Lesebuch „Junge Welt"

Das Lesebuch „J. W.", 4 Bände, ca. 1300 S. insges., ist seit Herbst 1963 lernmittelfrei als einziges konfessionelles Lesebuch in Bayern zugelassen, von höchsten kirchlichen und staatlichen Stellen genehmigt, vom Stadtschulamt München, Direktor A. Ederer, herausgegeben.

Wenn heute alles danach drängt, den Haß in der Menschheitsfamilie abzubauen durch Abbau von Ideologien und Sehen der Realitäten, baut dies Buch mit dem „jungen" Titel alte auf und gründet sie auf eine altehrwürdige Religion. Nach meiner Meinung verfälscht es damit nicht nur die Wirklichkeit, sondern auch die Religion, der man dienen will. Abgesehen davon verbiegt man auch den Sinn eines Lesebuchs.

Papst Paul will ja jetzt den Dialog mit den Atheisten und jedenfalls keine Vernichtung der Kommunisten. Von beiden Bestrebungen ist in „J. W." nichts zu spüren; kein Dialog, auch nicht mit Andersgläubigen oder Anderschristlichen. Christliche Lebensordnung wird hier zu einem Total-Katholizismus, der intolerant ist. Die Kirche bestimmt alle Lebensgebiete und somit auch alle Lernfächer bis zu einem Maß, das die Wirklichkeit hinter sich läßt; es hat sie nicht nötig. Dabei ist zu bedenken, daß auch in Bayern viele andersgläubige Kinder in die katholische Volksschule gehen, in 80 vH. etwa 20 vH. Dies Lesebuch, das mehr Ergänzungsbuch zum Religionsunterricht ist, zeigt eine Wirklichkeitsferne und Antiquiertheit, die noch grotesker ist als die anderer deutscher Lesebücher, die allenthalben mit Recht darob gerügt werden. In diesen tritt die „heile Welt" und die „gute alte Zeit" mehr als unverbindliches, allerdings auch gefährliches Märchen auf; hier aber als das Übernatürliche und das Gottesreich auf Erden, wie es ideal im Mittelalter war und heute noch seinen vollen Anspruch stellt. — Dazu kommt eine religiöse Heimatverbundenheit: Bayern ist wesentlich katholisch; Blut, Boden und Tradition wie dafür prädestiniert. Dort und auf dem Lande ist es am reinsten da. Also hat in diesem Lesebuch das Leben und die Arbeit auf dem Lande — vor der Maschine — noch mehr den Vorrang als in den anderen.

Auch die vielgerügte mangelhafte literarische Qualität ist hier noch beträchtlich unterschritten. Und auch die ästhetischen Geschmacksverirrungen hängen mit der ideologischen Einseitigkeit zusammen. Man achtet der Kunst so wenig wie alles Irdischen. Man greift zu dritt- und viertrangigen Autoren, die „rein" katholisch, d. h. penetrant erbaulich und propagandistisch sind, darunter etliche adlige und priesterliche und solche, die sich im Dritten Reich wohlgefühlt haben. Teils gewollt, teils nicht anders gekonnt, ist vieles nebel- und klischeehaft, Traumfabrik und „Heiligenbild", rührselig und hochtrabend, manches völlig hilflos. Man will Hohes, das Gottesreich, und negiert die Neuzeit, die säkularisierte Welt. Auch in den beiden letzten Bänden, 5.—8. Schuljahr, zs. 800 Seiten, die mehr „Realien" enthalten, treten Maschine, Fabrik, Großstadt kaum in Erscheinung und immer mit der Warnung vor ihnen verbunden. Das tun auch andere Bücher; hier tritt der Akzent „Sünde" hinzu, Gefahr für Leib und Seele und ewiges Heil.

Wie die „Welt" gesehen wird und wie man das Kind vor ihr bewahren will, statt es behutsam in sie hineinzuführen, erhellt auch daraus, daß, was sonst in keinem Lesebuch geschieht, jedes weltliche Vergnügen aus dem Themenkreis verbannt ist, das in der Reichweite des Kindes jetzt und in Zukunft liegt. Fest und Glanz gibt es nur im Mittelalter und heute in der Kirche. Also erscheint keinerlei Sport,

auch kein ländliches Fest, kein Jugendleben (Gruppen, Zelten u. dgl.), keine kulturellen Genüsse. Und aus der Literatur ist nicht nur, bis auf weniges, das heitere Genre, Spaß und Spaßiges, verbannt, sondern auch weltliche Sagen, Märchen, Parabeln ernsten Charakters. Heiligernst soll alles sein und Feiern in der Kirche und Späße beim Besuch des Bischofs oder in der Predigt vom Pfarrer Aloys Hiergeist.

Da wo die Kirche ist, ist alles schön und heil und nur da. Was also, wenn ihr geschadet, wenn sie gar angegriffen wird? Das tun die Bösen. Der Sünder ist innerhalb der Kirche; er beichtet. Böse ist der Unbekehrbare. Hier ist primitives Freund-Feind-Denken. Kirchenfeind = gottlos, heidnisch = böse = Feind. An friedliche Auseinandersetzung mit ihm ist nicht gedacht. Das Buch wendet sich nicht an den Geist, sondern an die „Seele", an Emotionen. Der Feind ist ein drohender, unheimlicher Unhold, der immer wieder die Guten, das christliche Abendland überfallen hat. Das Buch läßt die Linie hervortreten von den Hunnen und Ungarn bis zu den heutigen Feinden aus dem „Osten", aus „Asien". Die Russen werden oft genannt als Rechtsbrecher und Missetäter; andere Slawen nicht, ebensowenig China. Oft und positiv erscheint der Heilige Krieg im Mittelalter. Daß die Feinde der Kreuzritter nicht zuerst angegriffen hatten, wird nicht gesagt.

Über das Grauen bei der Russischen Revolution, in sibirischer Gefangenschaft, über das Unrecht bei der Vertreibung Deutscher und der Spaltung nach 1945 wird oft bewegt und auch in hetzerischer Weise geklagt, ohne eine Wort von den Ursachen. Auch bei der Reformation und noch mehr der Französischen Revolution werden nur die Greueltaten der Priestermörder vorgeführt, nichts vom vor- noch nachher. Auch bei den Bauernkriegen nur die Schrecken ohne die Ursachen, denen z. B. das bayerische Simultanbuch „Wir lesen" 9 Seiten und 3 Holzschnitte widmet. Das Buch verstößt gegen bayerische Themenvorschriften, wenn es dieses sowie die Vorgeschichte und die Antike streicht. Von Griechenland bleibt keine Spur. Alles Heiden . . .

Das deutsche Volk ist vorbildlich, würdig des Heiligen Reichs. Besonders zeigte sich das bei der Ostkolonisation früher und später. Mehrere Texte sprechen davon. Und beim letzten Mal in Rußland haben wir den armen Bauern, die sich vor den Sowjets fürchteten, geholfen und sie befreit. Tadellos die deutsche Nation, besonders der deutsche Soldat. Hitler, in ganz anderem Zusammenhang und vage als Rechtsbrecher und Verfolger der Kirche genannt, wird zudem, durch Plazierung der Texte, gleich hinter die Greuel der Russischen Revolution gestellt. „So braun wie rot". Für „J. W." gibt's nur den einen Block.

Wohl wird eifrig für die Mission geworben, aber, wenn's sein muß, so Krieg. Dieser wird in fast skandalöser Weise verharmlost, nicht nur in dem Text „Hiroshima", wo der Verfasser von „Hitlerjunge Quex" die Tragödie als zackiges Abenteuer der Piloten darstellt. Der Erste Weltkrieg wird nicht genannt, andere beiläufig und unter dem Motto: Es ist bald alles wieder gut. — Das Militante wird bestärkt durch das Hochbild des christlichen Ritters und Soldaten. Er ist Gottesstreiter, schützt das Gute, schützt die Kirche.

So auch das Bild der Obrigkeit. Sie wird nur gezeigt als die fürstliche, autoritäre vor der gottlosen Französischen Revolution, die Herrschaft, die von Gottes Gnaden ist. Unter ihr, innig mit der Kirche verbunden, gedeiht auch auf Erden alles wohl. Welche Narren und Schurken, die Kritiker oder Umstürzler! Wie sinnlos auch die neue Technik oder so ein Standesamt. Und welcher Glanz, bei Fürstenhochzeiten und an Barock-Höfen! Aber alle Fürsten, geistliche wie weltlich, streng-gütig zum Volk, arbeiten auch tüchtig und selbstlos. Aus Bayern haben sie ein Gottesparadies gemacht. München ist nur von den Wittelsbachern gegründet; der Anteil der Bürger wird verschwiegen.

Der Bürger als Staatsbürger wird nicht erwähnt. Er paßt nicht in die ständische Ordnung. Demokratie findet nicht statt. Höchstens bei Bauern, alten und weisen. Laut Schlagwortverzeichnis sind die einzigen Stellen, wo das Kind Demokratie erfahren soll, die beiden, wo in Valencia (Spanien!) ein Bauerngericht tagt und wo in der Schweiz, 1860, Bergbauern zur Kantonswahl herabsteigen, um der Regierung zu helfen.

Der Bauer steht neben dem König, wie der Priester und die Mutter. Sie sind eo ipso heilig. Unzähligemal so dargestellt. Aber auch das übrige Volk ist prächtig. Tüchtig, fromm und genügsam, fragt es nicht nach Gewinn und Lohn. Wozu auch? Sorgen gibt es für den Fleißigen nicht. Keine soziale Frage, auch früher nicht. Menschliches Versagen, berufliche Schwierigkeiten, wirtschaftliche Not gibt es so wenig wie Grausamkeit und Kampf in der Natur. Der Unternehmer, der „ungeheuer verdient", hat das verdient; so in den Stücken über Edison und A. Opel (Standardstücke in Lesebüchern), den einzigen, die überhaupt derartiges behandeln; in den zwei anderen, über Abbe und Ketteler, stilistisch miserabel, ist das Soziale nicht zu erkennen. Arme Leute gibt es hin und wieder; sie werden getröstet, oder es geschieht auch mal ein Wunder. Viele Wunder geschehen; oft den Aberglauben gefährlich bestärkende. Aber nein; das Kind wird darüber lachen oder abgestoßen werden, hoffentlich. Statt sozialer Hilfe gibt es aber eine Unmenge von heroischen Rettungen, von „Helden und Heiligen" (allein 9 Wasser- und Schnee-Nöte mit vielen Sensationen!). Nur eine Geschichte, am Schluß des 4. Bandes, erzählt von einer hilfreichen Landgemeinde: der Baron, der Pfarrer und der Bürgermeister wirken zusammen für katholische Flüchtlinge. Aber von planmäßigen, organisierten oder etwa staatlichen Maßnahmen hält „Junge Welt" nichts. Sozialismus in Geschichte und Gegenwart werden sowenig erwähnt wie die Demokratie und ihr Werden. Im Gottesreich ist jeder reich.

Auch „die Liebe zum fremden Bruder", d. h. zur Menschheitsfamilie wird nach Maßgabe des christlichen Abendlandes verteilt. Wie gesagt: über die Hälfte der Menschheit bleibt ausgeschlossen. Schön, daß man die Versöhnung mit den Schwarzen will. Aber Juden und Juden-Tragödie sind nicht erwähnt. Es bleibt nur wenig: als Vorbild Spanien; dann Italien und Frankreich, alle fromm, schön und traditionsbewußt. Holland wird gerühmt in „Amsterdam", dem einzigen deutlicheren Bild einer Stadt; Österreich schon um der Habsburger willen. Indien hat Dschungel und Nanga Parbat und den franziskanischen Gandhi, Japan Fischer und Bauern, die noch genügsamer sind — und doch froh — als die daheim; in Lhasa ist eine Kathedrale, im Heiligen Land eine Kreuzritterburg; in Ägypten Heuschrecken und Feilscherei; das Wort „Araber" kommt nicht vor. In Peru taten die Spanier Gutes, nachdem sie das Land erobern mußten (sic); in Australien werden Schafe geschoren. Die USA sind etwas unheimlich in ihrem Streben nach Gewinn und Wolkenkratzern, und bei den Eskimos arbeitet die Mutter unverdrossen wie überall. Wie der „Osten" bleibt auch der Norden dunkel, einschließlich England und Nordostdeutschland: Nebel, Schnee und Wölfe sind da. So das geographische Bild.

Kurz: diese „junge Welt" scheint mir die der Abendländischen Akademie zu sein.

Es liegen Gefahren in diesem unduldsamen und reaktionären Irrationalismus. Allerdings werden die Kinder das viele ihnen Fremdartige gelangweilt abtun. Sie werden aber auch nicht in der Liebe zur Religion bestärkt werden bei dieser Überfütterung. Es ist zu hoffen, daß Lehrer und Kinder das Schlimmste, das ist etwa ein Drittel, ignorieren. — Soll ein Lesebuch nicht ein Freudebringer sein und ein Bildner ersten Ranges? Ein Trost: der reiche Bilderteil ist gut; er verherrlicht das Gottesreich.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Vor 25 Jahren: Hitler-Stalin-Pakt

Als man am 22. August 1939 dem französischen Ministerpräsidenten Daladier telephonisch die Nachricht durchgab, Hitlers Außenminister werde sich anderntags nach Moskau begeben, hielt er die Meldung für eine Zeitungsente. Es war keine Zeitungsente. In der Frühe des 24. August verbreiteten die Rundfunkstationen und Presseagenturen die Nachricht von der in der vergangenen Nacht erfolgten Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion durch Molotow und Ribbentrop.

Das war mehr als eine Sensation. Alle Welt rechnete damals mit der Erneuerung der Triple-Allianz Großbritannien, Frankreich und Rußland; mußte doch jeden Tag mit dem Angriff Hitlers auf Polen gerechnet werden. Wie anders hätte man der Aggression Einhalt gebieten können? Die Verständigung der Todfeinde war unfaßbar; man stand vor einem Rätsel. Die Hoffnung der vielen Menschen, den neuen Weltkrieg durch ein Zusammengehen der Westmächte mit der Sowjetunion zu verhindern, war durchaus begründet; sie war über Monate hinweg durch offizielle Verlautbarungen genährt worden. —

Acht Tage nach dem Einzug Hitlers in Prag, traf — am 22. März 1939 — der Leiter des Amtes für den Überseehandel im Foreign Office, Hudson, in Moskau ein. Er sollte die Annäherung zwischen England und Rußland einleiten. Die Verhandlungen kamen nicht vom Fleck. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, schlug am 16. April dem britischen Botschafter Seeds den Abschluß eines Dreimächtepaktes London - Paris - Moskau vor. Die Antwort der Regierung Chamberlain, die erst am 8. Mai erfolgte, konnte das seit dem Münchener Abkommen im Kreml verstärkte Mißtrauen nicht beseitigen. In der Unterhaus-Sitzung vom 19. Mai wiesen Lloyd George, Eden und Churchill „nachdrücklich auf die lebenswichtige Notwendigkeit hin, mit Rußland unverzüglich ein Abkommen umfassendster Art zu treffen, einen Vertrag zwischen zwei gleichberechtigten Mächten" (Churchill, Memoiren, Bd. 1, Buch 1, S. 451). Chamberlain antwortete: „Wenn wir eine Methode ausarbeiten können, durch die wir die Zusammenarbeit und Beihilfe der Sowjetunion beim Aufbau der Friedensfront erreichen, so heißen wir sie willkommen. Wir brauchen sie und wir legen Wert auf sie. Die Vermutung, daß wir die Hilfe der Sowjetunion verabscheuen, ist unbegründet . . ." (ebenda S. 453).

Wie groß das Interesse des englischen Premiers an der „Zusammenarbeit und Beihilfe der Sowjetunion" in Wirklichkeit gewesen ist, sagt Winston Churchill (S. 469/70): „Es wurde beschlossen, einen Sondergesandten nach Moskau zu schicken. Eden, der einige Jahre vorher mit Stalin wertvolle Beziehungen angeknüpft hatte, stellte sich zur Verfügung. Dieses hochherzige Angebot wurde vom Premierminister abgelehnt. Statt dessen wurde am 12. Juni ein tüchtiger Beamter, der aber außerhalb des Foreign Office kaum bekannt war, William Strang, mit dieser ungemein wichtigen Mission betraut. Das war ein weiterer Fehler. Die Entsendung einer so untergeordneten Figur wurde geradezu als Beleidigung empfunden . . ." Frankreich entsandte noch nicht einmal einen Sonderbeauftragten. Daladier und Außenminister Bonnet ließen die Verhandlungen durch ihren Moskauer Botschafter Naggiar führen.

Aus der Feder Shdanows brachte die „Prawda" am 29. Juni einen Artikel mit der aufschlußreichen Überschrift: „Die englische und französische Regierung wollen keinen Vertrag mit der UdSSR." Der Artikel, der in London und Paris Aufsehen erregte, sollte zweifellos die Verhandlungen vorantreiben. „Wir gewannen den Eindruck", sagte Stalin im August 1942 in Moskau zu Churchill, „daß die britische und die französische Regierung nicht zum Krieg entschlossen waren, wenn Polen überfallen würde, daß sie aber hofften, die diplomatische Demonstration Englands, Frankreichs und Rußlands werde Hitler einschüchtern. Wir waren vom Gegenteil überzeugt . . ." (ebenda S. 472). Nach dem Prawda-Artikel war man übereingekommen, die Verhandlungen Strangs und Naggiars durch eine Militärmission fortsetzen zu lassen. Wie wenig ernst diese Fortsetzung betrieben wurde, geht daraus hervor,

daß sich die englischen Unterhändler erst am 25. Juli auf dem ältesten Dampfer, den die Royal Navy auftreiben konnte, in Portsmouth einschiffte, und die Besprechungen in Moskau erst am 12. August beginnen konnten. Der Leiter der englischen Delegation, Admiral Drax, und sein französischer Kollege, General Doumenc, mußten die Frage des sowjetischen Verhandlungspartners, des Marschalls Woroschilow, ob sie Vollmachten zum Vertragsabschluß besäßen, verneinen. Der deutsche Botschafter in London, Dirksen, berichtete am 1. August nach Berlin, daß man die Aussichten der Militärverhandlungen skeptisch beurteile, schon wegen ihrer Zusammensetzung . . . und „daß die Militärmission mehr den Auftrag hat, den Gefechtswert der Sowjetarmee festzustellen, als operative Abmachungen zu treffen".

Es mag sein, daß man sich in London und Paris angesichts der unmittelbaren Kriegsgefahr der Bedeutung einer Übereinkunft mit der Sowjetunion bewußt war; ganz offensichtlich aber hat man die Moskauer Gespräche, die der fehlenden Vollmachten wegen gar keine Verhandlungen sein konnten, nur als „diplomatische Demonstration" benützen wollen. Dies geht insbesondere daraus hervor, daß die britische und französische Regierung es unterließen, in Warschau und Bukarest den erforderlichen Druck auszuüben, die Weigerung, der Roten Armee den Durchmarsch durch Polen und Rumänien zu gestatten, fallen zu lassen.

So wird es verständlich, wenn am Abend des 22. August Woroschilow zu General Doumenc sagte: „. . . Die französische und englische Regierung haben nun die politischen und militärischen Besprechungen zu sehr in die Länge gezogen. Aus diesem Grund darf die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß gewisse politische Ereignisse eintreten könnten . . ." (Reynaud, La France a sauvé l'Europe, Bd. 1, S. 588). Das „gewisse politische Ereignis" trat am folgenden Tag ein: die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nicht-Angriffs- und Konsultativ-Paktes. Was war vorausgegangen?

Das Münchener Abkommen vom 30. 9. 1938 kam nur unter der von Chamberlain und Daladier erfüllten Forderung Hitlers zustande, die Sowjetunion von den Verhandlungen auszuschließen. Diese Nachgiebigkeit war kaum geeignet, dem Kreml Vertrauen in die Absichten des Westens einzuflößen. Verschiedene Pariser Zeitungen („Le Jour", „L'Action francaise", „Le Petit Journal", „Le Matin") taten ein übriges, indem sie offen schrieben: „Alles ist erlaubt (rien de trop), um die Sowjetunion zu vernichten." Die Befürchtungen der Moskauer Regierung, das Münchener Abkommen könnte zum Modellfall für weitere derartige „Friedensstiftungen" dienen, erfuhren zudem eine Bestätigung durch den Abschluß des deutsch-französischen Freundschaftsabkommens vom 6. Dezember 1938. Es bestand für die Sowjetunion höchste Gefahr. „Rußland mußte für seine Sicherheit sorgen" (Churchill, Memoiren, Bd. 1, Buch 1, S. 445). Die Sorge für seine Sicherheit mußte darin bestehen, die drohende Übereinkunft der stärksten Seemacht mit der modernsten Territorialarmee zu verhindern.

Auf dem 18. Parteitag der KPdSU am 10. März 1939 wurde von Stalin und Molotow der erste vorsichtige Versuch zur Kontaktaufnahme mit Berlin unternommen. Der Historiker Isaac Deutscher nennt die Rede Stalins, in der die Bemerkung eingeflochten war, die Sowjetunion sei bereit, mit jedem Staat einen Vertrag abzuschließen, um den Frieden zu bewahren, ein Meisterwerk halbverschleierter Anspielung. Wie Ribbentrop später in Moskau zugab, hatte man in Berlin den Wink verstanden, besonders auch die Anspielung Molotows, „daß Sowjetrußland nicht gewillt sei, für gewisse Mächte die Kastanien aus dem Feuer zu holen". Der sowjetische Botschafter Merekalow befand sich schon ein Jahr in Berlin, als er am 17. April zum ersten Male von Staatssekretär Weizsäcker empfangen wurde und diesem erklärte: „Für Rußland ist kein Grund vorhanden, mit Deutschland nicht auf normalem Fuß zu leben. Und vom normalen Zustand aus könnten die Beziehungen immer besser werden." Die erste Fühlungnahme war vollzogen. Rundfunk und Presse dämpften merklich ihre Ausfälle gegen die Sowjetunion. Botschafter v. Schulenburg bekam nach Moskau die Instruktion: „Im Gegensatz zur früher geplanten Politik haben wir jetzt beschlossen, bestimmte Verhandlungen mit der SU einzuleiten." Sie wurden in Berlin von dem Ersten Botschaftsrat Astachow (Botschafter Merekalow war vorsichtshalber zeitweilig von Berlin abberufen worden, um die Gespräche unverbindlich zu halten) und dem Ministerialdirektor im AA Schnurre, geführt. Das erste Ergebnis

war ein langfristiger Kredit für Sowjetrußland (22. 7. 39). Die russische Taktik zielte auf Zeitgewinn. Der Kreml hätte unzweifelhaft einem Arrangement mit den Westmächten den Vorzug gegeben. Die Hoffnung auf das Zustandekommen eines Vertrages der kollektiven Sicherheit war noch nicht aufgegeben worden. In Berlin blieb dieses Zögern nicht unbemerkt. Die Vorsprachen v. Schulenburgs bei Molotow häuften sich. Die endgültige Weigerung Polens und Rumäniens, den Durchmarsch sowjetischer Truppen zu gestatten, fiel mit dem deutlichen Hinweis einer Note aus Berlin zusammen, daß das gemachte Angebot für einen Vertragsabschluß später nicht wiederholt werden könne. Es blieb keine Wahl. Der Pakt mit dem Todfeind mußte geschlossen werden. „Wenn ihre Politik kaltblütig war, so war sie jedenfalls damals auch in höchstem Maße realistisch" (Churchill, Memoiren, Bd. 1, Buch 1, S. 475).

In dem für die Dauer von 10 Jahren befristeten Vertrag verpflichteten sich die Partner, sich gegeneinander jeder Angriffshandlung zu enthalten, sich über beide Parteien betreffende Fragen ständig zu konsultieren und alle auftretenden Streitfragen auf dem Verhandlungsweg zu beseitigen. Diesem Dokument wurde ein geheimes Zusatzprotokoll beigefügt. „Für den Fall territorialer Veränderungen" — gemeint war damit der unvermeidliche Zusammenbruch des polnischen Staates — wurden die Interessensphären der beiden Vertragspartner festgelegt. Der Teil Ostpolens, dessen Bevölkerung fast ausschließlich russischer Zunge war und Rußland im Frieden zu Riga (1921) entrissen wurde, ferner Finnland, Estland und Lettland wurden Rußland zugesprochen. Auch erhielt Rußland das Recht, Bessarabien zu besetzen. Vom Balkan war sonst wenig die Rede. „Stalin", schreibt Isaac Deutscher, „handelte nur aus einem augenblicklichen Sicherheitsbedürfnis heraus, ohne weitergehende expansive Ziele zu verfolgen ..." (J. D., Stalin, S. 457.)

Für Hitler-Deutschland beseitigte der Vertrag die drohende Gefahr eines Zweifronten-Krieges. Ribbentrop wurde bei seiner Rückkehr aus Moskau als zweiter Bismarck gepriesen. Die Sowjetunion gewann durch den Pakt die benötigte „Atempause". Der nicht ungefährliche Antikominternpakt stand nur noch auf dem Papier. Im Fernen Osten nämlich, wo seit dem Sommer 1938 in der Mandschurei ein hartnäckiger Grenzkrieg tobte, konnte mit Japan ein Waffenstillstand geschlossen werden. England, das im Zuge der erweiterten Appeasement-Politik lt. Außenminister Halifax mit Deutschland noch im Juni 39 (!) das Kolonialproblem, die Rohstoff-Frage und den Lebensraum erörtern wollte, erlebte mit Frankreich „den Höhepunkt der diplomatischen Mißerfolge . . ., welche die britische und die französische Außenpolitik seit mehreren Jahren zu verzeichnen hatten" (Churchill, S. 474/75).

Ohne alle Frage war das Abkommen mit dem Todfeind für die Sowjetunion ein halsbrecherisches Wagnis. „Aber so verwickelt war die Weltlage, daß gerade in ihm die Rettung Sowjetrußlands lag" (E. Niekisch, Das Reich der niederen Dämonen, S. 292).

Gerhard Wolf

Pfarrer Herlyn: „17. Juni" und „8. Mai"

In einem Flugblatt hat sich vor einigen Wochen der protestantische Pfarrer Johannes Herlyn in Rheinhausen-Bergheim gegen „Krokodilstränen am 17. Juni", d. h. gegen die Unwahrhaftigkeit der hierzulande anläßlich dieses Tages weitverbreiteten Wiedervereinigungs-Deklamationen gewandt und einige freimütige Gedanken „zum Mychos ‚Keine Einheit ohne Freiheit'" geäußert. Er schlug gleichzeitig vor, den 8. Mai zum offiziellen „Tag der Befreiung von der NS-Herrschaft" zu erklären. Pfarrer Herlyn ist auf Grund dieser unkonventionellen Äußerungen in heftigster, denunziatorischer Weise angegriffen worden. Unter anderem untersagte die Stadt Rheinhausen ihm ein Wirken in städtischen Räumen, „da er durch die Art seines Unterrichts die durch das Gesetz gewährleistete demokratische Ordnung gefährdet". Es schien uns der Wichtigkeit der Sache angemessen, Pfarrer Herlyn um eine Erläuterung seiner Stellungnahme zum „17. Juni" und „8. Mai" zu bitten. *D. Red.*

Zwei Problemkreise sind bei meiner Aktion gegen die staatlichen Feiern am 17. Juni mit ausschlaggebend gewesen:

1. das theologische Motiv, und 2. ein allgemein politisches Interesse an der Wiedervereinigung Deutschlands.

Zu 1): Ich sehe in den Feiern am 17. Juni ein Symptom großangelegter und organisierter Unbußfertigkeit unsererseits, zumal

wir hier in der Bundesrepublik den Anspruch erheben, auf christlichem Fundament gegründet zu sein — zumindest, weil unsere regierungsverantwortliche Partei den Namen ‚Christus' für sich in Anspruch nimmt. Bei diesem Namen ‚Christus' möchte ich uns behaftet sehen — wie die Propheten des Alten Bundes es ebenfalls taten, die durchaus die Bosheit der umliegenden Völker sahen, jedoch vom ‚Volk Gottes' stets zuerst die Buße verlangten. Was das im einzelnen konkret für unser westdeutsches Volk und seine Regierung bedeutet, darauf komme ich weiter unten noch.

Zu 2): Mir persönlich liegt alles an der Wiedervereinigung Deutschlands. Mich ärgern die andauernden Lippenbekenntnisse, denen keinerlei konkrete Taten folgen. Mich ärgert die andauernde Lüge, daß der 17. Juni ein Tag der Einheit sei — ohne daß man sich die Frage stellt, wie durch diesen Tag denn etwa die Einheit gefördert wird. In Wirklichkeit wird nämlich durch diesen Tag — erst recht angesichts der Konsolidierung der Verhältnisse in der DDR — die Spaltung so gut wie unüberwindlich vertieft.

Dies waren zunächst, zusammengefaßt, die Motive meines Protestes gegen die staatlichen Feiern am 17. Juni. Es sollte also ein Bußruf an uns sein, endlich aufzuhören mit dieser unchristlichen Weise sich dauernd an einer lügenhaften Fiktion die eigene schmutzige Weste reinzuwaschen. Ich wollte keine Beschreibung der tatsächlichen Verhältnisse in der DDR geben. Es waren alles Fragen an uns. Und ich war der Meinung, daß man in der ganzen Angelegenheit von einem ‚Christen' mehr zu verlangen habe als von einem Atheisten.

Nun einige Bemerkungen anhand des Flugblattes selber:

Die Überschrift „Krokodilstränen" beziehen sich eindeutig auf unsere Feiern am 17. Juni — an denen nur ‚regierungsgebundene Institutionen' teilnehmen — und nicht auf den 17. Juni 1953!

Ich hatte mit meinem Flugblatt vor, das Reden von ‚Schwestern und Brüder' ernstzunehmen — und von meinem ‚Sektor' aus den verabsolutierten Glaubenssatz, oder anders ausgedrückt: den Mythos aufzuknacken, daß es „keine Einheit ohne Freiheit" gebe.

Damit wir aber aus dieser verabsolutierenden Schwarzweißmalerei herauskommen, sind zunächst Änderungen in unserm Denken notwendig:

1. Uns muß vor allen Dingen die Erkenntnis der Schuld der versäumten Gelegenheiten in puncto Wiedervereinigung dämmern! Wir müssen erkennen, daß es unsere Schuld ist, daß der Preis für eine Wiedervereinigung immer größer geworden ist. Vielleicht müssen wir uns jetzt sogar zu der Erkenntnis durchringen, daß wir durch unsere unselige Politik der Stärke die Wiedervereinigung auf Jahrzehnte hin verspielt haben. (Ich darf in diesem Zusammenhang nur einmal erinnern an das Angebot der Sowjetunion aus dem Jahre 1952!)

2. Es ist nötig, daß schnellstens die bei uns üblich gewordenen Verabsolutierungen betr. Freiheit und Unfreiheit abgebaut werden. Dazu sollten die Sätze des Flugblattes dienen: Ich habe keine Freiheit ... usw. Ich weiß, daß diese Sätze, jeweils für sich genommen, durchaus anfechtbar sind — wenn man sie nicht in dem Gedankengefälle des ganzen Flugblattes liest.

3. Das Suchen nach der Schuld auf unserer Seite muß von der Frage begleitet sein: wo tragen wir bis heutigen Tages dazu bei — durch unsere Reden (gerade die unserer ‚christlichen' Politiker), durch unser Denken (Befreiung des Ostens, das Sich-von-oben-herablassende Mitleid usw.), überhaupt durch unsere angeblich unüberwindliche Hallstein-Doktrin —, die Optik der DDR-Regierung zu untermauern, eine ‚belagerte Festung', ein vom Westen unerwünschter Staat zu sein, der dann selbstverständlich entsprechende Vorsorge treffen muß?

Ich habe versucht, diese Fragen als Christ zu stellen. Deshalb muß ich dagegen protestieren, daß unter der Hand die verabsolutierte Freiheit des Liberalismus im Westen als eine christliche verteidigungswürdige Freiheit ausgegeben wird. Ich bin aber nicht darum durch Christus von meiner Sünde, von mir selbst befreit, um nun blindlings über andere das Gericht auszurufen — als Christ bin ich befreit zum Engagement für jeden anderen. Als Christen werden wir politische Liberalität als ein hohes menschliches Gut achten und fördern, aber wir werden die ‚Freiheit zum Dienst', am Menschen nämlich, auch dort noch für möglich halten, wo die Freiwilligkeit des Dienstes nicht gewährleistet ist.

Luk. 9 nimmt Christus die Söhne dieser Welt vor den Christen in Schutz, die über das samaritanische Dorf Feuer und Schwe-

fel herabwünschen: Wisset ihr nicht, wes Geistes Kinder ihr seid . . .?

Der scheinbare Fehlschlag der ganzen Aktion ist wahrscheinlich an dieser Stelle zu suchen: Ich wollte die (den Westen), die den Namen ‚Christus' für sich beanspruchen, nun auch auf diesen Geist Christi festnageln. Es ist halt doch nicht ungefährlich — wie die Reaktionen zeigen! — ein Tabu auf- bzw. anzugreifen, obwohl ja doch die Diskussion schon seit ein paar Jahren im Gange ist.

Man war einfach damals — drei Wochen nach dem Ereignis — zu voreilig mit der Einführung des nationalen Feiertages, man glaubte sich getragen auf so einer Art Woge völkisch-nationalen Gefühls, man hat aber wohl nicht mit der Konsolidierung der Verhältnisse in der DDR gerechnet. Inzwischen ist einfach der 17. Juni zum Deckmantel unserer Verlegenheit und Versäumnisse geworden.

Wir brauchen uns doch nichts vorzumachen, als würde all das, was wir mit DDR zu bezeichnen pflegen, eines Tages wie ein Spuk verschwinden! Seit Jahren wird dem westdeutschen Volk — ich nehme an: aus rein wahltaktischen Gründen! — nicht mehr die Wahrheit gesagt!

Und darum sage ich: der 17. Juni als „Tag der Einheit" ist zur Lüge geworden, einfach weil er die Einheit nicht fördert, sondern ganz real die Spaltung vertieft. Dagegen muß ich protestieren — mindestens um der 18 Millionen willen!

Zuletzt noch ein Wort zum Stichwort ‚8. Mai'. Hieran haben sich eigentlich die meisten Proteste entzündet. Für mich ist das im Moment ein Prüfstein gewesen, ob wir überhaupt auch schon annähernd mit unserer Vergangenheit fertig geworden sind. Mit den Feiern am 8. Mai meine ich nicht die Form, wie dieser Tag z. Zt. „drüben" begangen wird. Aber schließlich haben wir es hier im Westen nicht fertig gebracht, zumindest durch einen Gedenktag uns vom Nationalsozialismus zu distanzieren. Wir hätten diese Distanzierung doch noch besser und gründlicher machen können! Oder betrachten wir den 8. Mai 1945 immer noch als einen Tag nationalen Unglücks? Es war ein Tag der Befreiung für das ‚andere' Deutschland und das all der unselig Verführten! Es wird Zeit, daß wir uns — als ein Stück im gesamten Umdenkungsprozeß — auf die Seite der Opfer des Naziregimes stellen.

Bücher

Neuerscheinungen

Kulturkritik und Soziologie

Die Antwort der Religionen auf 31 Fragen von Gerhard Szczesny. Judentum, Katholizismus, Protestantismus, Islam, Hinduismus, Buddhismus, Szczesny Verlag, München, 328 S., Ln. 19,80 DM. — Die Antworten gaben Kurt Wilhelm, J. B. Metz, Karl Rahner, Ernst Wolf, Muhammed Asad, B. H. Bon Maharaj und Lama A. Govinda.

Schwierigkeiten heute die Wahrheit zu schreiben. Eine Frage und 21 Antworten. Herausgegeben von Heinz Friedrich. Nymphenburger Verlagshandlung, München, 192 S., Ln. 14,80 DM. — Mit Beiträgen u. a. von Carl Amery, Stefan Andres, Hermann Kesten und Gerhard Zwerenz.

Die politische Verantwortung der Nichtpolitiker. Zehn Beiträge. Piper Verlag, München, 176 S., Paperback 6,80 DM. — Aufsätze u. a. von Hannah Arendt, Theodor Eschenburg, Alexander Mitscherlich und Carl-Friedrich v. Weizsäcker.

Geschichte und Zeitgeschichte

Harry Pross, Jugend, Eros, Politik. Geschichte der deutschen Jugendverbände. Scherz Verlag, München, 528 S. mit 30 Illustrationen, br. 22,80 DM, Ln. 28,— DM.

Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse. Stimme-Verlag, Frankfurt, 143 S., Paperback 9,80 DM (Reihe „Antworten",

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Ich bestaunte die Nachricht, daß die italienische Regierung eine Militärmaschine mit einem Spezialarzt zum plötzlich erkrankten italienischen Kommunistenführer Togliatti nach seinem Urlaubsort auf der Krim fliegen ließ.

Ich habe das Recht so etwas zu bestaunen, denn ich bin ein Bürger der Bundesrepublik.

Auch hier entfremdet man zwar Militärflugzeuge. Zum Beispiel für den Zweck, den greisen Regierungsparteiführer in seinen Urlaubsort zu fliegen. Ihn, den man für kräftig genug hält, fast fünfzig Prozent der Wähler voranmarschieren zu lassen und dem man ‚die beschwerliche Bahnfahrt nicht zumuten kann'.

Dennoch schäme ich mich, daß ich die italienische Nachricht für bemerkenswert hielt und ich schäme mich noch einmal. Diesmal für einen deutschen Postvorsteher, der glaubte, besonders gut auf dem Posten zu sein, als er mit Kaugummi-Bestimmungen der West-Berliner SED das Kabel verstopfte für ein Beileidstelegramm anläßlich des Todes des italienischen Kommunistenführers.

Krähwinkel muß nicht stets ein Nest am Rhein sein, ein Huhn aus Schilda kann sein Ei auch in einem Postamt einer Weltstadt verlieren.

Die Mauer liegt vielen nicht nur im Magen, sie scheint auch das Hirn diverser Gleichschrittler zu schizophrenieren.

Während der, wohl sogar aus der Perspektive eines Klein-Klipfinger-CSU-Bannerträgers kommunistisch keimfreie ‚Osservatore Romano' des Vatikans seine Leser zum Beten für das Seelenheil des diesbezüglich nicht befragten Verstorbenen auffordert, ‚rettet' der Postvorsteher von Neukölln das Abendland, indem er forsch kein Gramm Beileid tele senden läßt. Ob jener dienst- und zensurbeflissen so auf Draht ist, daß er bereits alle roten Drähte aus seiner Leitung entfernt hat? Ich fand die friedlich in Leitungen koexistierenden roten und schwarzen Drähte waren hoffnungsvoll sympathisches Symptom.

Halt, es wäre falsch, den kleinen Uber-Vorsteher zum Sündenbock zu machen, solange die Hirten Phrasendrusch als Weltanschauung anbieten.

Er, der Postvorsteher, kann nicht wissen, daß man sich in mancher ‚Ecke regierungstreuer Kreise' schon seine Gedanken macht, ob man nicht eventuell die KPD doch wieder . . .

Ansonsten: Togliattis Freunde werden nicht vergeblich auf das westberliner SED-Telegramm gewartet haben. Obwohl es hier noch genug Menschen gibt, die einen ungläubigen Scheuklappenblick aufsetzen, wenn man ihnen sagt, daß es sogar ‚drüben' zivilisatorische Errungenschaften gibt, Postämter gibt es dort ganz bestimmt auch!

Münchhausen hatte es da doch noch viel leichter: er zog sich am eigenen Zopf aus fremden Sumpf. Wir müssen zusehen, wie wir den alten Zopf aus dem selbst eingebrockten Sumpf herausbekommen.

Wir bilden uns immer ein, daß die Zeit für uns arbeite. Es muß ein Irrglaube sein, solange wir uns dagegen stemmen, einzusehen, daß die Zeit eilt und, daß sie uns, wenn wir nicht mindestens Schritt halten, mitleidlos überrollt.

Da gibt es zum Beispiel Wunschträume von einem teileuropäischen Parlament. Wie peinlich wäre es, dort vielleicht neben einem westeuropäischen Kommunisten sitzen zu müssen.

Wie peinlich, solange es hier gegen die ‚guten Sitten' verstößt, wenn von lebenden Kommunisten ein toter geehrt werden soll.

Gestatten Sie bitte, daß ich mich zitiere: ‚Unter den Sitten haben die Sitten sehr gelitten!'

Fernseh-Spalte

PROPORZ-MATHEMATIK

„Die Regeln für den Bundestagswahlkampf im Ersten Fernsehprogramm sind jetzt festgelegt. Das Deutsche Fernsehen und die Parteien haben sich über die Fernseh-Wahlwerbung geeinigt. Die CDU wird sich im Bundestagswahlkampf neunmal je fünf Minuten lang über die Mattscheibe an die Wähler wenden, die SPD achtmal und die FDP dreimal. Die Verhandlungen der Parteien mit dem Zweiten Fernsehen sind noch nicht abgeschlossen." („Spiegel", 1. Juli 1964)

Wer immer für diese Regelung verantwortlich ist, seitens der Parteien und seitens der ARD, hat sich in kalter Mißachtung der politisch-demokratischen und gesellschaftlich-pluralistischen Prinzipien zu einer Proporz-Entscheidung bekannt. Proporz-Mathematik ist speziell im Hinblick auf künftige Wahlen eine an Vermessenheit grenzende Form der Wähler-Beeinflussung. Wenn sich die benachteiligten Parteien damit zufrieden geben, so haben sie, zumindest in diesem Punkt, versagt. Dieses Verhalten zeugt von einer auffallenden Kompromißbereitschaft der Arrivierten. Was man hat, das hat man. Hauptsache, man bleibt unter sich. Nun will ich hier keiner Partei das Wort reden. Es geht um die rechtliche Problematik einer dem Gesetz nach pluralistischen Institution (Anstalt des öffentlichen Rechts). Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 28. 2. 1961 ausdrücklich festgestellt: Die aus *„Repräsentanten aller bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gruppen"* zusammengesetzten Organe des Rundfunks sind dafür verantwortlich, *„daß den im Gesetz genannten Grundsätzen für eine angemessen anteilige Heranziehung aller am Rundfunk Interessierten Genüge getan wird."* Freilich bleiben viele Fragen offen, die hier nicht untersucht werden können, beispielsweise: Können Parteien im Sinne des Gesetzes überhaupt als „Veranstalter von Rundfunkdarbietungen" angesehen werden? Wenn nicht: Sind die gesetzlich befugten Veranstalter (also die für die Programmgestaltung verantwortlichen Organe) überhaupt berechtigt, Wahlkampf-Sendungen nach Proporz-Maßstäben zu genehmigen, nachdem das Gesetz vorschreibt, daß alle gesellschaftlich relevanten Kräfte an der Meinungsbildung durch die Rundfunkanstalten zu beteiligen sind?

Man sage nicht, es handle sich hierbei um verstiegene Grenzprobleme. Es geht nicht darum, die ohnehin irrationale Sphäre des Wahlkampfes noch mehr zu vernebeln. Es geht um das demokratische Prinzip der gleichen Chance, das hier mißachtet wird. Die Ansicht, daß Wahlen Sache der Parteien sind, ist reichlich fragwürdig, zumal in einer Republik, für die Minderheiten politisch nicht existieren (5-%-Klausel). Es gibt Parteien, die den gleichen Anspruch auf Gehör haben wie die arrivierten, auch wenn sie im Bundestag nicht vertreten sind. Es gibt gesellschaftliche Gruppen, deren Interessen mit denjenigen der etablierten Parteien nicht identisch sind. (Man denke nur an den großen Kreis derer, die Rüstung heutzutage für Wahnsinn halten.) Warum ist ihnen das Recht auf eine meinungsbildende Stellungnahme über Rundfunk und Fernsehen versagt?

Wir müssen seit Jahren zusehen, wie oppositionelle Kräfte mit übelsten Methoden aus den Rundfunkanstalten verdrängt werden. Vor kurzem erst hat die CDU wieder einmal einen — wenn auch noch vagen — Plan in die Debatte geworfen, dessen Realisierung ihrem Machtstreben eine wesentliche publizistische Stütze sichern würde. Auf dem CDU-Landesparteitag von Schleswig-Holstein wurde gefordert, eine eigene Landesrundfunkanstalt für Schleswig-Holstein zu begründen, um auf diese Weise dem NDR dieses Versorgungsgebiet zu entziehen. Schleswig-Holstein fällt laut Staatsvertrag, der 1965 abläuft, in das Sendegebiet des NDR, das auch die sozialdemokratisch regierten Länder Niedersachsen und Hamburg umfaßt. Die Absicht ist eindeutig.

Proporz-Mathematik und spekulative Raffinesse: zwei Beispiele, die (sehr) zu denken geben. Die Presse sollte sich, auch im Hinblick auf die allgemeine publizistische Wettbewerbsverzerrung, der Sache mit Nachdruck annehmen. E. H. Wahl

Dokumente zum Zeitgeschehen

Zehn Jahre lang 13 Milliarden DM jährlich für Notstandsgesetzgebung?

In einem Interview mit der WELT vom 4. September 1964 hat Bundesinnenminister Höcherl eine „mittlere Kostenschätzung" für die geplante Notstandsgesetzgebung in Höhe von 13 Milliarden DM jährlich, für einen Zeitraum von zehn Jahren, als „beleidigend für mich" zurückgewiesen. Die Kostenschätzung wurde auf Veranlassung der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V." von der angesehenen schweizer Firma „Prognos AG", Basel (Europäische Arbeitsgruppe für angewandte Wirtschaftsforschung), „auf der Grundlage der vorliegenden Gesetzentwürfe für die Notstandsgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland" durchgeführt. Wir veröffentlichen dazu heute zunächst einen Auszug aus der Stellungnahme der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler", die die Ergebnisse der von Minister Höcherl beanstandeten schweizer Untersuchung zusammenfaßt und die wir mit freundlicher Genehmigung des E. S. Mittler Verlages, Frankfurt, der dort soeben erschienenen Broschüre „Kostenheft zum Memorandum Ziviler Bevölkerungsschutz heute" entnommen haben. (Der Preis dieser Publikation beträgt 5,— DM.) *D. Red.*

Die Schätzungen der Prognos AG über die zu erwartenden Gesamtkosten aller projektierten Notstandsmaßnahmen umfassen:

a) eine Minimalschätzung.

Diese Minimalschätzung kommt zu dem Ergebnis, daß bei Annahme der Gesetzentwürfe in der vorliegenden Form und bei Verwirklichung in einem Zeitraum von 10 Jahren j ä h r l i c h mindestens 9,9 Milliarden DM aufgewendet werden müssen.

b) eine mittlere Schätzung.

Hierbei wurde u. a. zugrundegelegt, daß von den Ermächtigungen des Schutzbaugesetzes in einem etwas weiteren, aber immer noch mäßigen Umfange Gebrauch gemacht wird.

Diese mittlere Schätzung kommt zu dem Resultat, daß (wiederum bezogen auf einen Zeitraum von 10 Jahren) j ä h r l i c h rund 13 Milliarden DM aufgewendet werden müssen.

Die Kosten der Baumaßnahmen nach dem Schutzbaugesetz konnten von der Prognos AG nicht im Detail nachgewiesen werden. Bei der Minimalschätzung wurden deshalb von der Prognos nur solche Korrekturen an den in den Gesetzentwürfen vorgelegten Zahlen vorgenommen, die sich entweder aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ergaben oder die erforderlich waren, um offensichtliche Fehlannahmen in den amtlichen Kostenschätzungen zu eliminieren. Unter diesen Voraussetzungen legt die Prognos in ihrer Minimalschätzung 6,2 Milliarden DM Baukosten jährlich zugrunde.

In der mittleren Schätzung geht die Prognos auf den auf S. 19 dargelegten Gründen von einem Betrag von rund 8,8 Milliarden DM pro Jahr für die Baukosten aus dem Schutzbaugesetz aus.

Die detaillierten Berechnungen, die von der Stadt Düsseldorf für den Deutschen Städtetag durchgeführt wurden, bestätigen diese mittlere Schätzung der Prognos AG. Nach diesen Baukostenberechnungen werden nämlich hier jährliche Aufwendungen von 9,6 Milliarden DM notwendig.

Somit ergibt sich:

1. Minimalschätzung der Prognos AG für das gesamte Notstandspaket ohne spezifische Überprüfung der Baukosten: 9,9 Millarden DM jährlich.
2. Minimalschätzung der Prognos AG (ohne Schutzbaukosten) bei Einsatz der von der Stadt Düsseldorf für den Deutschen Städtetag ermittelten Schutzbaukosten: rd. 13,3 Milliarden DM jährlich.
3. Mittlere Schätzung der Prognos AG für das gesamte Notstandspaket: rd. 13,1 Milliarden DM jährlich.
4. Mittlere Schätzung der Prognos AG (ohne Schutzbaukosten) bei Einsatz der für den Deutschen Städtetag ermittelten Schutzbaukosten: rd. 13,9 Milliarden DM jährlich.

Diese vier Schätzungen erfassen die der deutschen Volkswirtschaft jährlich insgesamt erwachsenden Kosten. Über die Frage, ob die tatsächlichen Ausgaben beim Inkrafttreten der Gesetze in der vorliegenden Form näher an der Minimal- oder näher oder auch über der mittleren Schätzung liegen, schreibt die Prognos AG: „Exakt läßt sich die Wahrscheinlichkeit, daß dieser Betrag in den tatsächlichen Ausgaben erreicht — oder auch übertroffen — wird, entsprechend der unsicheren Basis nicht berechnen. Ein Hemmnis gegenüber extremen Kostensteigerungen liegt möglicherweise in der mangelnden Bereitschaft der Bundesregierung oder der Landesregierungen, Ausgaben derartigen Umfanges in den Haushalt zu übernehmen. In Fällen, in denen die Kosten Belastungen von Gemeinden oder Privatpersonen darstellen, findet eine zusätzliche Kontrolle in Form parlamentarischer Bewilligungen allerdings nicht statt".

Zu den Schutzbaukosten wird schließlich bemerkt, daß „eine theoretisch einigermaßen ausreichende Schutzbauquote bei den in der Begründung zum Gesetzentwurf zugrunde gelegten Annahmen in einem Zeitraum von 10 Jahren noch keineswegs erreicht werden kann". Günstiger ist die Situation nach 20 Jahren, d. h. im Jahre 1984. Bis zu diesem Zeitpunkt wären aber allein an Schutzbaukosten nach dem heutigen Preisstand rd. 200 Milliarden DM aufzuwenden. Hinzuzurechnen wären die von der Prognos AG errechneten 37 bis 43 Milliarden DM Kosten, die für die übrigen Notstandsgesetze in den ersten zehn Jahren anfallen würden.

Bundeswehr der „größte Auftraggeber in Europa"

Bei Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft erklärte von Hassel, der Verteidigungshaushalt erscheine mit 19,2 Milliarden DM zwar ungeheuerlich groß, jedoch könnten mit diesem Geld nur die dringlichsten Aufgaben erfüllt werden. Nach Angaben des Ministers ist die Bundeswehr der größte Auftraggeber in Europa.

Frankfurter Rundschau v. 17. VIII. 64.

Einspruch der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände gegen die neue Bundespostordnung

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF) hat beim Bundestag Einspruch erhoben gegen die Bestimmungen des § 13, 1—3 und § 59,2 Ziff. 5 der neuen Postordnung, nach denen Beförderung und Zustellung von Postsendungen in Zukunft vom Inhalt der Sendungen abhängig gemacht werden soll. Die ADF stellt fest:

Wenn § 13,1 festlegt, daß Sendungen von der Postbeförderung ausgeschlossen sein sollen, deren Inhalt oder Beförderung gegen strafgesetzliche Bestimmungen verstößt, so ist damit eine außergerichtliche Meinungskontrolle ermöglicht, die gegen im Grundgesetz garantierte Grundrechte verstößt. Die Prüfung einer Sendung auf die Strafbarkeit ihres Inhalts ist nicht Aufgabe der Bundespost. Eine solche Prüfung bedeutet einen Eingriff in das in Art. 5,1 gewährleistete Recht der Meinungsäußerung und Meinungsverbreitung. Sie bedeutet ferner eine Verletzung des Zensurverbotes (Art. 5,1 d. GG). Die Zensur erstreckt sich bei Sendungen, deren Inhalt gegen strafgesetzliche Bestimmungen verstößt, nach dem Wortlaut der Verordnung auf alle Sendungen schlechthin, also auch auf verschlossene Sendungen. Um den in der Verordnung genannten Tatbestand festzustellen, ist eine Zensur über sämtliche zur Beförderung aufgegebenen Sendungen Voraussetzung. Die Verordnung des § 13, 1—3 der neuen Bundespostordnung verletzt auch das Post- und Briefgeheimnis, das in Art. 10 d. GG. gewährleistet ist, da der Inhalt der Sendungen von Beamten gelesen werden muß, sowohl von geschlossenen (§ 13,1) wie von offenen Sendungen (§ 13,2), um die für eine Beförderung maßgebenden Feststellungen zu treffen. In § 13,2 wird festgestellt, daß Sendungen, deren „Außenseite oder einsehbarer Inhalt" erkennbar gegen das öffentliche Wohl oder die Sittlichkeit verstoßen, von der Beförderung ausgeschlossen sind. Auch mit dieser Bestimmung ist das Recht der freien Meinungsverbreitung verletzt. Wenn in den Ausführungsbestimmungen zu § 13 (veröffentlicht im Amtsblatt des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen vom 4. 11. 1963 Nr. 115 S. 1005 ff, S. 1021 ff.) festgestellt wird, daß z. B. mit der Begründung

„gegen das öffentliche Wohl verstoßend" Äußerungen verstanden werden, die sich gegen „öffentlich anerkannte Einrichtungen" wenden, so wird die Tragweite dieses Verstoßes gegen die Meinungsfreiheit und gegen das Recht der Information deutlich. Die sehr unklaren Formulierungen der Verordnung „Verstoß gegen das öffentliche Wohl", „Verstoß gegen die Sittlichkeit" usw. sind so willkürlich auslegbar, daß die Verordnung auch gegen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verstößt, das eindeutige und klare Bestimmungen verlangt.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände sieht in dieser Verordnung eine nicht vertretbare Ausdehnung von Befugnissen von Behörden und behördlichen Betrieben und eine Umgehung und Verletzung der in der Verfassung dem Staatsbürger garantierten Grundrechte. Diese Verordnung wird dazu beitragen, die Rechtsstaatlichkeit unserer Demokratie weiter zu unterhöhlen und die Rechtsunsicherheit zu verstärken. Die Arbeitsgemeinschaft bittet deshalb alle verantwortlichen Personen, sich einer solchen Entwicklung mit allen Kräften zu widersetzen und die Bestimmungen der §§ 13 und 59 der Bundespostordnung vom 16. Mai 1963 aufzuheben.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände
gez.: Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD
für den Internationalen Versöhnungsbund
gez.: Herbert Günneberg
für die Internationale der Kriegsdienstgegner
gez. Dr. August Bangel
für die Deutsche Friedensgesellschaft
gez.: Christel Küpper
für die Welt-Organisation der Mütter aller Nationen
gez.: Herbert Stubenrauch
für den Verband der Kriegsdienstverweigerer
Offenbach (Main), 12. August 1964

Rund 4 Millionen russische Kriegsgefangene in deutschen Lagern umgekommen

Im letzten Weltkrieg haben nahezu vier Millionen kriegsgefangene russische Soldaten den Tod gefunden. Zu dieser Feststellung kam gestern im Frankfurter Auschwitzprozeß der Bonner Historiker Dr. Hans-Adolf Jacobsen, der als Sachverständiger über nationalsozialistische Kriegsziele im letzten Krieg referierte. Nach Darstellung des außerordentlich gut informierten Wissenschaftlers, der auf alle Zusatzfragen der Verteidigung präzise Antworten gab, waren bis 1945 rund 5,7 Millionen russische Soldaten in Gefangenschaft geraten, von denen nur etwa eine Million in den Lagern überlebte.

Im Mittelpunkt des Sachverständigengutachtens standen der am 6. Juni 1941 vom Oberkommando der Wehrmacht erlassene Kommissarbefehl und die rechtswidrigen Befehle der SS-Einsatzgruppen, die die gnadenlose Ermordung Hunderttausender sowjetischer Kriegsgefangener und Juden in den von den Deutschen besetzten Ostgebieten ermöglichten. Dieser Kommissarbefehl hat nach Darstellung Jacobsens seine Wurzeln in den Plänen Hitlers, Himmlers und anderer Nazigrößen über die Behandlung der besiegten Völker. Wie die Polen, so hätten auch die Russen zu einem Sklavenvolk degradiert, ihre politische Führung und Intelligenz daher vernichtet werden sollen. Die slawische Bevölkerung hätte zu 75 Prozent nach Sibirien ausgesiedelt werden sollen.

Spandauer Volksblatt v. 15. VIII. 64.

„Stockholms Tidningen" über die deutschen Ostgrenzen

De Gaulle hat im Laufe der Jahre mehrmals festgestellt, daß die deutsche Grenze gegen Polen längs der Oder-Neiße-Linie verlaufen soll. Da sich Westdeutschland weigert, dies anzuerkennen, belastet die Auffassung des Generals vor allem die „Gaullisten" in Westdeutschland, die in einer Union mit de Gaulles Frankreich den Leitstern für Europa sehen ...

Das sind begreiflicherweise bittere Pillen für die Herren Adenauer, Strauß, Guttenberg usw. Es ist auch bedauerlich, daß die jetzige Regierung in Bonn nicht einsehen will oder

einzusehen wagt, daß eine westdeutsche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie verschiedene jener Befürchtungen verscheuchen würde, die vor allem in Polen und der Tschechoslowakei vor einem zukünftigen deutschen Revisionismus bestehen. Diese Befürchtungen als kommunistische Greuelpropaganda abzuweisen, ist ebenso gefährlich wie unsachlich.

In gewissen Kreisen in Westeuropa ist man vielleicht auch allzu sehr geneigt, die großdeutsche Geschichtsschreibung anzuerkennen, die diese Gebiete als „urdeutsch" darstellt.

Aber vor allem müßte sich die heutige Bundesrepublik — das gilt für die Regierung, alle Parteien und die breite Öffentlichkeit — im klaren sein, daß kein Staat für irgendwelche deutschen Revisionsforderungen eintreten will, auch wenn diese Forderungen hinter einer demokratischen Fassade mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht verborgen werden.

Je eher die deutsche Bundesrepublik die jetzigen Grenzen „in West und Ost, in Nord und Süd", wie sich General de Gaulle auf der obenerwähnten Pressekonferenz ausdrückte, anerkennt, um so besser.

Die westdeutsche Auffassung muß revidiert werden, nicht die deutschen Grenzen. Eine westdeutsche Erklärung, welche die jetzigen Grenzlinien anerkennt, würde zweifellos zu einer Entspannung in Mitteleuropa beitragen.

Stockholms Tidningen v. 12. VIII. 64.

Die „Times" für „Einfrieren" der Atomwaffen in Zentraleuropa

Eine Beteiligung der Bundesrepublik an der vorgesehenen multilateralen Atomstreitmacht der NATO ruft überall in Osteuropa Furcht hervor und macht die Wirkung vieler Handelsabkommen wieder zunichte. Die Hallstein-Doktrin verhindert weiter, daß osteuropäische Staaten diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufnehmen und das Zollsystem der EWG wird vielleicht noch weitere Barrieren für den Ost-West-Handel bringen. So sieht man die Entwicklung jenseits der Elbe. Im Westen mag man ungehalten darüber sein, daß die Osteuropäer so nervös und mißtrauisch sind. Doch wenn die Bundesrepublik wieder schwer bewaffnet ist, dann glauben die Polen und die Tschechen und andere Osteuropäer einfach nicht an das Versprechen des Westens, daß die deutsche Einheit nur auf friedlichem Weg erreicht werden soll; sie gehen wieder zurück in die Sicherheit, die ihnen die Waffen der Sowjetunion bietet...

Je mehr man den Komplex Zentraleuropa untersucht, mit all der Angst und den Leidenschaften, die die Trennungslinie quer durch Deutschland hervorruft, desto notwendiger scheint es, sich wieder einmal mit dem Plan für ein „Einfrieren" der nuklearen Waffen in den beiden Deutschlands und den anderen Staaten in diesem Teil der Welt zu befassen. Oder wenn man glaubt, daß es diskriminierend sei, wenn man Staaten beim Namen nennt, dann soll Harold Macmillans Plan wieder hervorgeholt werden, in dem ein solches Gebiet durch Meilen und Kilometerangaben definiert ist.

Times v. 20. VIII. 64.

Druckfehler-Berichtigung

In dem Aufsatz von Prof. Dr. George W. F. Hallgarten „Nach fünfzig Jahren. Die deutsche Geschichte als Schlüssel zu den Weltkriegen" in Heft 8/64 muß es heißen:

S. 607: Karl Lamprecht (statt „Lambrecht"),

S. 610: „in seines nichts durchbohrendem Gefühle" (statt „seinem"),

S. 620: Versuch, an Vergangenes anzuknüpfen ... (statt „Vergessenes").

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Bemerkungen

Gertrud Bienko, Studienrätin in Koblenz, ist die Verfasserin der kürzlich von der „Humanistischen Union" veröffentlichten vielbeachteten Denkschrift über das neue Lesebuch für katholische Konfessionsschulen in Bayern, von dem auch ihr in diesem Heft abgedruckter Originalbeitrag für die „Blätter" handelt.

Roshan Dhunjibhoy, 1931 in Kalkutta geboren, hat u. a. in Boston und an der Sorbonne Literatur- und Theaterwissenschaft studiert und anschließend u. a. für Radio UNESCO in Paris, Agence France Press, den französischen Rundfunk und die BBC gearbeitet. Sie lebt zur Zeit in Düsseldorf und ist vor allem in der Kultur- und Dokumentarfilm-Produktion tätig. Vor kurzem nahm sie, nicht zum erstenmal übrigens, am allsonntäglichen „Internationalen Frühschoppen" Werner Höfers im Westdeutschen Rundfunk teil.

Kalixte Mukendi stammt aus Elisabethville, der Hauptstadt der vielgenannten Kongo-Provinz Katanga, wo er 1938 geboren wurde. Seit dreieinhalb Jahren in Deutschland, studiert er zur Zeit in Köln Allgemeine und Wirtschafts-Geographie sowie Geologie, arbeitet gleichzeitig aber auch als politischer Publizist. Auch er war vor einigen Wochen Gast des „Internationalen Frühschoppens" des WDR.

Vorgesehen sind u. a.:

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim:
Gefährdete Demokratie

Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel:
Zum Thema „Heimatrecht"

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Die Avantgarde der Gewaltlosigkeit

Prof. Dr. T. Vladigerov, Sofia:
Die wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder:
Offener Brief an Gustav Heinemann (5/64)

Präses D. Ernst Wilm:
Prager Christliche Friedenskonferenz und Ev. Kirche in Deutschland (6/64)

Prof. Dr. jur. Harold Rasch:
Deutsche Ostpolitik in der Sackgasse — und ein Ausweg (7/64)

Prof. Dr. Georg W. F. Hallgarten:
Die deutsche Geschichte als Schlüssel zu den Weltkriegen (8/64)

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Felck
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Ragnar Forbech, Dompfarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten Washington, D.C.
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Neilen, MdB, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Dr. Laszlo Marton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris †
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz †
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Gertrud Bienko, Studienrätin in Koblenz, ist die Verfasserin der kürzlich von der „Humanistischen Union" veröffentlichten vielbeachteten Denkschrift über das neue Lesebuch für katholische Konfessionsschulen in Bayern, von dem auch ihr in diesem Heft abgedruckter Originalbeitrag für die „Blätter" handelt.

Roshan Dhunjibhoy, 1931 in Kalkutta geboren, hat u. a. in Boston und an der Sorbonne Literatur- und Theaterwissenschaft studiert und anschließend u. a. für Radio UNESCO in Paris, Agence France Press, den französischen Rundfunk und die BBC gearbeitet. Sie lebt zur Zeit in Düsseldorf und ist vor allem in der Kultur- und Dokumentarfilm-Produktion tätig. Vor kurzem nahm sie, nicht zum erstenmal übrigens, am allsonntäglichen „Internationalen Frühschoppen" Werner Höfers im Westdeutschen Rundfunk teil.

Kalixte Mukendi stammt aus Elisabethville, der Hauptstadt der vielgenannten Kongo-Provinz Katanga, wo er 1938 geboren wurde. Seit dreieinhalb Jahren in Deutschland, studiert er zur Zeit in Köln Allgemeine und Wirtschafts-Geographie sowie Geologie, arbeitet gleichzeitig aber auch als politischer Publizist. Auch er war vor einigen Wochen Gast des „Internationalen Frühschoppens" des WDR.

Vorgesehen sind u. a.:

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim:
Gefährdete Demokratie

Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel:
Zum Thema „Heimatrecht"

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Die Avantgarde der Gewaltlosigkeit

Prof. Dr. T. Vladigerov, Sofia:
Die wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder:
Offener Brief an Gustav Heinemann (5/64)

Präses D. Ernst Wilm:
Prager Christliche Friedenskonferenz und Ev. Kirche in Deutschland (6/64)

Prof. Dr. jur. Harold Rasch:
Deutsche Ostpolitik in der Sackgasse — und ein Ausweg (7/64)

Prof. Dr. Georg W. F. Hallgarten:
Die deutsche Geschichte als Schlüssel zu den Weltkriegen (8/64)